

elán

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

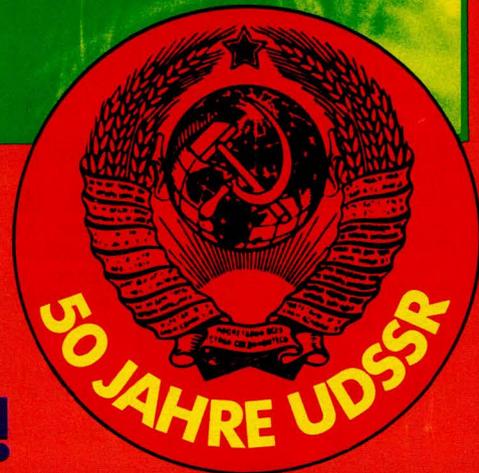


Jetzt sind wir dran

Mehr Lohn für Lehrlinge

Warten nach den Wahlen!

Geschenkt wird uns nichts!



elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Köln
(verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Roland Lang,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich/
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS-
GESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290

DRUCK

Heska,
Klein-
Krotzenburg

PFUND SACHEN



Sündenregister

Immer weniger katholische Christen gehen zur Beichte. Der Kardinal: Das Sündenbewußtsein habe sich in der letzten Zeit gewandelt. Jedoch könne der Gläubige nur im Beichtstuhl eine Bestandsaufnahme seines Lebens machen.

„Bild-Zeitung“, 27.10.72

Anliegerverkehr

Wer leichte Mädchen in einer für den allgemeinen Verkehr gesperrten Anliegerstraße mit dem Auto besuchen will, kann grundsätzlich nicht daran gehindert werden.

Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm.

Persönlich

Nicht jeder Staatsbürger kann verlangen, daß ein Minister sich mit ihm persönlich unterhält. Entscheidung des Verwaltungsgerichts Kassel (Nach Kalender der Deutschen Pfandbriefanstalt).

„Kreuzfeuer“

Herr Strauß, darf ich mal eben etwas sagen?

Monitor-Redakteur Casdorff bei einem „Kreuzfeuer-Interview“ mit FJS.

Sterbefälle

Durch die Grippeepidemie Anfang 1970 wurden zahlreiche Sterbefälle vorweggenommen. Statistische Monatshefte für Niedersachsen 9/1972.

Bewaffnet wie moderne Gangster

Polizei bildet Terror-Truppe

280 Mann starke Sondergruppe in Bayern

Kölner Stadt-Anzeiger vom 8.11.72

Elefant in grün

Frisch gestrichen für die gestrige Premiere wurden die Dickhäuter des Zirkusfestivals.

„NRZ“, Oberhausen, 6.10.72

Streik der Heiligen

Schutzpatron bittet Papst um Rücktritt. Italiens Schutzpatron ist in den Streik getreten.

„Westfäl. Rundschau“, 5.10.72

Diktators-Angst

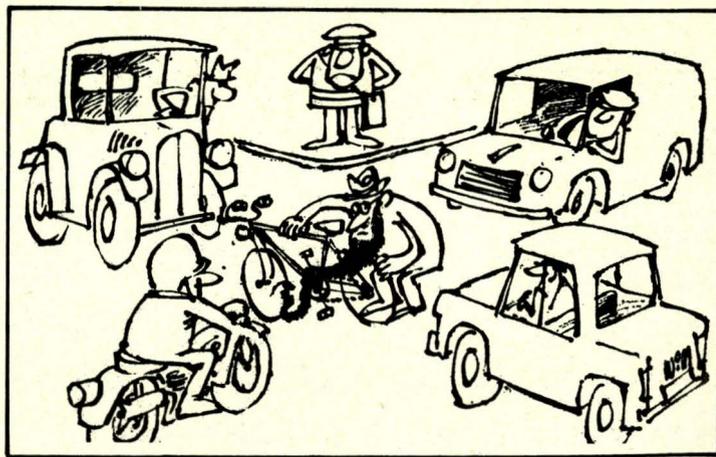
Park Chung Hee, südkoreanischer Staatspräsident, hat im Hinblick auf den diplomatischen Dialog mit Nordkorea Kriegsrecht über das Land verhängt und das Parlament aufgelöst.

„Rheinischer Merkur“, 20.10.72.

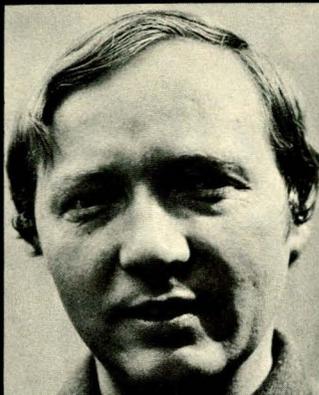
Schwarzseher

Wir Schwarzen müssen zusammenhalten.

Der farbige Sänger Roberto Blanco auf einer CSU-Wahlshow zu F. J. Strauß



Lieber Leser



Die Quittung war deutlich. Strauß und Barzel konnten es in der Wahlnacht noch nicht richtig fassen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung ihnen nicht auf den Leim gegangen war. Die Quittung galt allen Machenschaften und Winkelzügen der CDU/CSU und ihrer kapitalstarken Hintermänner gegen Frieden und Entspannung in Europa, gegen die Verträge von Moskau und Warschau und zuletzt gegen den Grundvertrag mit der DDR. Es war die Quittung für eine Politik, die sich gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend in der BRD richtet. Das Wahlergebnis ist ein Sieg für alle engagierten Demokraten und Sozialisten unseres Landes! Jetzt haben wir neue und deutlichere

Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag für eine SPD/FDP-Regierung. Also wird jetzt alles anders und besser? Viele Wähler, besonders die jugendlichen, haben ihre Kreuze auf dem Wahlschein mit dieser Hoffnung gemacht. Allerdings – das Märchen vom „Machtwechsel“, wie es noch nach den Wahlen 1969 die Ründe machte, kann uns heute niemand mehr auftischen. Wir wissen sehr wohl: der alte Kapitalismus mit Ausbeutung und Existenzangst besteht uneingeschränkt weiter. Daran werden und wollen SPD und FDP auch mit ihrer neuen Mehrheit nicht rühren. Der Kampf um mehr Lohn, um Mitbestimmung, für die Grundrechte der Jugend – der Klassenkampf wird weitergehen. Mit dem Zurückschlagen der CDU/CSU wurde ein wichtiger Schritt getan. Allerdings haben die Kräfte der schärfsten Reaktion längst noch nicht aufgegeben. Demokratie, Frieden, Sicherheit und sozialer Fortschritt werden sich auch jetzt nicht im Selbstlauf verwirklichen. Deshalb wird die arbeitende und lernende Jugend der neuen Bundesregierung in den Auftragsblock schreiben: jetzt und sofort die Unterstützung der US-Aggression in Indochina aufgeben und Nixon zum sofortigen Friedensschluß in Vietnam drängen! Macht unverzüglich Schluß mit dem Milliardenfraß der sinnlosen Rüstung! Hört jetzt und sofort auf mit der Unterstützung der faschistischen Terrorregime in Griechenland, Portugal, Spanien und der Türkei! Wer es ernst meint mit dem Fortschritt, der muß solide Dämme gegen die Welle von Unternehmer-Verbrechen gegen die Arbeiterjugend bauen: ein neues und wirksames Jugendarbeitsschutzgesetz und die strenge Bestrafung aller Verstöße – das verlangt die Arbeiterjugend von der neuen Regierung. Das gehört in eine Regierungserklärung, wie sie die Jugend braucht (siehe auch Seite 4 – 7 dieser Ausgabe).

Wir jungen Sozialisten haben die DKP unterstützt. Ihr aktiver Wahlkampf hat wesentlich zum Sieg über Strauß und Barzel beigetragen – auch wenn sich dies noch nicht in den entsprechenden Stimmen für die DKP niedergeschlagen hat. Beharrlich, Schritt für Schritt wird es auch weiterhin darum gehen, die Macht des Großkapitals zurückzudrängen und die marxistischen Kräfte in der BRD und ihre Partei zu stärken. Die Forderungen der Jugend, und der Kampf zur Durchsetzung ihrer Grundrechte haben nichts an Aktualität verloren. Eine alte und wichtige Erfahrung, die uns Kapitalismus und Klassenkampf gelehrt haben, ist nach wie vor voll gültig: geschenkt wird uns nichts. Die Jugend muß weiterkämpfen. Und zwar gemeinsam!

Rolf Priemer

(Rolf Jürgen Priemer)

Nach den Wahlen
 Was junge Leute jetzt verlangen 4
 Eine Regierungserklärung, wie sie die Jugend braucht 6

Cartoon
 „Sozialpartnerschaft“ im Wandel der Zeiten 8

Arbeiterjugend
 Lehrlinge in der Tarifbewegung: Die Bosse müssen zahlen 9
 Tribunal gegen Siemens 10
 Welttreffen der Arbeiterjugend in Moskau 11

Lehrlingsheime
 „Heimstatt Hermann Josef“, Köln 12

Vietnam
 Auf jede Mark kommt es an! 14

50 Jahre Sowjetunion
 Aus dem Nichts ins Jahr 2000 16

Kurzgeschichte 18

Jugendpolitische Blätter
 Albert Norden: Über das Problem der Nation / Interview: Portugal auf der Anklagebank / Jürgen Kuczynski: Warum sind Monopole aggressiv? 19

elan-Polit-Poster
 Grundvertrag BRD – DDR 24

Forum der Jugendverbände
 Von der 13. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) / Die Entwicklung des SHB / SHB-Grundsatzerklärung 27

Monats-Magazin 31

elan-Report
 wo sie Menschenwürde fanden 35

Festival
 Vorbereitungen in aller Welt: Subbotnik, Songs und Solidarität 38

Leser-Post 40

Franz-Josef Degenhardt
 Vorabdruck aus seinem Buch „Zündschnüre“ 42

Kultur-Magazin 44

Witze 48

Titelfoto: Günter Rossenbach

Fotos: Columbia-Bavaria (1), Dörr (3), dpa (3), Hollmann (1), Polikeit (1), Ponier (1), Wolfgang Schröder (1), Silberzahn/Meinberg (1), S-p-Foto (1), Straub (4)

Das war ein Erfolg, der nicht von einzelnen errungen werden konnte. Jugend- und Studentenverbände, hunderttausende junger Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberaler und Christen haben diese Schlacht gegen Strauß und Barzel geschlagen und mitentschieden. In nie gekanntem Ausmaß machten sie deutlich: CDU/CSU und NPD wollen wir nicht! Jungwähler-Tests, Kandidatenbefragungen, Tribunale, Großveranstaltungen, Demonstrationen, Betriebsaktionen und Jungwähler-Initiativen führten zu einer massenhaften Politisierung, die gerade jetzt genutzt werden muß. Um eine Politik durchzusetzen, die im Interesse der Jugend liegt.

Die Forderungen der Jugend liegen auf dem Tisch

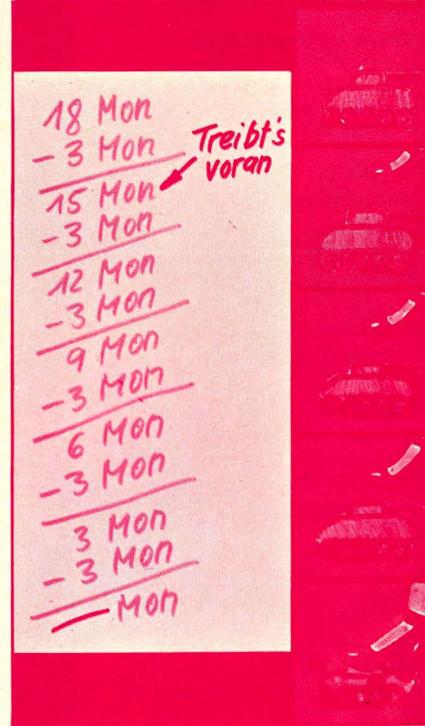
WAS JUNGE LEUTE JETZT VERLANGEN

„Jede junge Stimme macht die Jugend stark“ hieß ein Poster der Gewerkschaftsjugend, mit dem besonders für eine hohe Wahlbeteiligung der Jungwähler geworben wurde. Außerdem hatte der DGB acht Prüfsteine (jeder enthielt einen gewerkschaftlichen Forderungskomplex) für die Auswahl von Kandidaten vorgelegt.

Wer Barzel wählt, wählt Strauß!



SJD - „Die Falken“



„Wer Barzel wählt, wählt Strauß!“ warnte die SJD – Die Falken mit einem poppigen Poster und forderte: „Stoppt Strauß und Barzel!“

Die Forderung nach drastischer Erhöhung des Bildungsetats auf Kosten der Rüstung ersah der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) mit dem Aufruf an alle Studenten: „Verhindert die Regierungsbildung von Strauß und Barzel! Deshalb: Jede Stimme gegen die CDU/CSU!“

„Jede Stimme gegen die Bosse! Jungwähler, nutze dein Wahlrecht!“ – hieß die Wahlkampflosung der SDAJ, die besonders über Lehrlingszeitungen und Tribunale popularisiert wurde.

„Experten über Strauß“ luden die Jungsozialisten in mehreren Städten zu Großveranstaltungen.



Landauf, landab kämpften die demokratischen Jugendverbände in mehr als einhundert Jugendinitiativen gegen Strauß und Barzel – die politischen Interessenvertreter der Millionäre.

Strauß und Barzel haben eine Niederlage erlitten, aber sie sind nicht geschlagen. Ihre entspannungsfeindliche Politik wirkt weiter. Zum Beispiel gegen den Grundvertrag mit der DDR. Strauß und Barzel können nicht geschlagen werden, indem man sie in Sachen Antikommunismus zu übertreffen sucht. Und auch nicht mit Gemeinsamkeitsangeboten. Gegen die CDU/CSU hilft nur der geschlossene Kampf der Demokraten. Das gilt nicht nur in Wahlzeiten, sondern überhaupt.

Aus den unüberhörbar vorgetragenen Forderungen der Jugend ergibt sich das „Regierungsprogramm, das die Jugend braucht“ – bitte umblättern.



„In der gegenwärtigen Situation wird eine Politik des demokratischen und sozialen Fortschrittes, sowie der Völkerverständigung nicht nur durch faschistische Organisationen wie NPD und Aktion Widerstand, sondern auch von den reaktionären Kräften in der CDU/CSU um Strauß und Barzel bedroht. Das bedeutet, daß die Jugendaktion 5. Dezember ihre Hauptaufgabe darin sieht, die arbeitende und lernende Jugend über diese Gefahren aufzuklären.“ Damit rief die Essener „Jugendaktion 5. Dezember“ zum Kampf gegen Strauß und Barzel auf. Zur Jugendaktion gehören: Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Falken, Jusos, Jungdemokraten, Aktionsgemeinschaft Essener Schüler, MSB Spartakus und SHB.

Das ist die Regierungserklärung, die die Jugend braucht!

Eine solche Regierungserklärung verlangen wir vom Bundeskanzler. Diese Regierungserklärung kommt nicht von selbst. Die Forderungen der Jugend können durch gemeinsamen Kampf verwirklicht werden.

Im Wahlkampf waren wir — die Jugend — für die Parteien große Stars. Keine Zeitungsanzeige war zu teuer, kein Versprechen zu groß, um besonders die Stimmen der jungen Wähler zu gewinnen. Aber die Wahlen liegen hinter uns wie die schmeichelnden Worte Bonner Politiker. In Kürze wird die Bundesregierung ihr Programm für die nächsten vier Jahre vorlegen: die Regierungserklärung. Die Forderungen der demokratischen Jugendorganisationen liegen auf dem Tisch. Dringend notwendige Forderungen der Jugendverbände, die aktiv wie nie zuvor den Wahlkampf mitgeprägt haben.

Eines ist jetzt schon sicher: auch diese SPD/FDP-Bundesregierung hat sich der Unternehmer-Ausbeutungsordnung (genannt „soziale Marktwirtschaft“) verschrieben. Deshalb wird sie die wesentlichen Forderungen der Jugend nicht von selbst aufgreifen. Für uns heißt das: die Jugend muß weiterkämpfen. Sie wird auch in Zukunft nur soviel Rechte haben, wie sie für sich selbst erkämpft. Deshalb veröffentlicht elan hier die Regierungserklärung, die die Jugend braucht. Sie beinhaltet Forderungen, die von den demokratischen Jugendverbänden gestellt wurden. Somit sind sie eine geeignete Meßlatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum jugendpolitischen Teil meiner Regierungserklärung.

Viele junge Menschen sind für ihre Interessen aktiv geworden. Die Umstände haben sie dazu gezwungen, den Kampf um ihre Rechte in die eigene Hand zu nehmen. Die Bundesregierung unterstützt voll und ganz diese berechtigten Anliegen junger Menschen. Sie erklärt verbindlich, sich unbeirrbar von den grundlegenden Interessen der Jugend leiten zu lassen. Diese Bundesregierung bricht auch auf diesem Sektor mit der bisher geübten Praxis, im Interesse des Großkapitals die Interessen der Masse unseres Volkes zu mißachten.

Unsere Jugendpolitik läßt sich in fünf wesentlichen Punkten zusammenfassen, die wir die Grundrechte der Jugend nennen.

Das ist im einzelnen:

- + Das Grundrecht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsbildung.
- + Das Grundrecht der Jugend auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung.
- + Das Grundrecht der Jugend auf sinnvolle Freizeit, auf Erholung, Sport und Gesundheit.
- + Das Grundrecht der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie.
- + Das Grundrecht der Jugend, in Frieden zu leben und zu arbeiten - ohne Militarismus und Neonazismus.

Ein wichtiger Teil unserer Jugendpolitik ist eine fortschrittliche Bildung und Erziehung, die frei ist von den schädlichen Einflüssen des Antikommunismus, des Militarismus und Neonazismus und der Vorherrschaft der Unternehmer. Wir werden die Durchführung von Wehrkundeunterricht an den Schulen ebensowenig dulden, wie das verfassungswidrige Berufsverbot für Demokraten im öffentlichen Dienst.

Unser besonderes Augenmerk gilt der beruflichen Bildung. Sie wird aus der Zuständigkeit der Unternehmerorganisationen herausgenommen, da die Profitinteressen des Kapitals den Bildungs- und Ausbildungsinteressen der Jugend entgegenstehen. Eine einheitliche Berufsausbildung in betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie Berufsschulen wird von den Gewerkschaften mitbestimmt und kontrolliert.

Die Bundesregierung sichert für das gesamte Bildungswesen genügend Lehrer, Räume, Geldmittel sowie gute Arbeits- und Lernbedingungen zu. Die dazu nötigen Finanzmittel werden durch drastische Kürzung des Rüstungsetats und stärkere Besteuerung der Großkonzerne erbracht.

Die Bundesregierung gewährleistet an mindestens zwei bezahlten Berufsschultagen wöchentlich wenigstens 15 Stunden Unterricht für alle Lehrlinge und Jugendlichen unter



18 Jahren. Wir werden schnellstens ein neues Berufsbildungsgesetz vorlegen, das den Anforderungen einer modernen Berufsbildung gerecht wird und den Vorstellungen der arbeitenden Jugend und Gewerkschaften entspricht.

Unsere Politik ist darauf gerichtet, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen, ohne Unterscheidung nach Alter und Geschlecht.

Entsprechend den Forderungen der Jugendverbände wird ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz geschaffen, das eine wirksame Kontrolle der Betriebe und harte Strafen bei Verstößen gegen das Gesetz vorsieht.

Für Jugendvertreter und Jugendvertrauensleute wird ein spezieller Kündigungsschutz erlassen, der das Recht auf Weiterbeschäftigung nach Beendigung des Lehrverhältnisses sichert. Jugendvertreter und junge Betriebsräte werden vom Wehr- und Ersatzdienst freigestellt. Die Bundesregierung wird Voraussetzungen dafür schaffen, Naherholungszentren zu errichten und auszubauen. Jugendheime und andere Freizeitstätten werden in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt.

Wir werden mehr Mittel zur Unterstützung der freien Jugendarbeit und der demokratischen Jugendverbände zur Verfügung stellen, ohne damit politische Auflagen zu verbinden. Ein besonderes Anliegen wird die Entwicklung und Förderung des Breiten-sports sein.

Die Bundesregierung wird um der Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Jugend willen unverzüglich die Voraussetzungen zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre schaffen. !

Die Bundesregierung ist gewillt, der undemokratischen Macht des Großkapitals Einhalt zu gebieten. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung werden erfüllt. Wo Eigentum an Produktionsmitteln und an Grund und Boden nicht zum Wohle der Allgemeinheit verwendet wird, erfolgt gemäß Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes die Vergesellschaftung dieses Eigentums.

Die Bundesregierung erklärt ihren Willen, das KPD-Verbot aufzuheben, weil damit demokratische Bestrebungen unterdrückt und fortschrittliche Organisationen verboten werden können.

Das Recht der Soldaten auf politische und gewerkschaftliche Betätigung wird ebenso gewährleistet, wie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Bürgerrechte. Das verfassungsmäßige Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird nicht eingeschränkt. Prüfungsausschüsse werden abgeschafft.

Das Recht, in Frieden zu leben und zu arbeiten, ohne Militarismus und Neonazismus, ist das entscheidende Grundrecht. Zu seiner Verwirklichung nimmt die Bundesregierung einen Katalog von Maßnahmen in Angriff:

Die Verträge von Moskau und Warschau über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit werden inhaltlich verwirklicht. Der Grundvertrag mit der DDR wird vom Bundestag unverzüglich zur Ratifizierung vorgelegt. Seine Inhalte sind wichtige Grundlagen zukünftiger Regierungspolitik.

Die Bundesregierung wird Beiträge zur baldigen Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa leisten. Die Bundesregierung wird die Deutsche Demokratische Republik völkerrechtlich anerkennen und sich dafür einsetzen, daß beide deutsche Staaten Mitglieder der UNO werden.

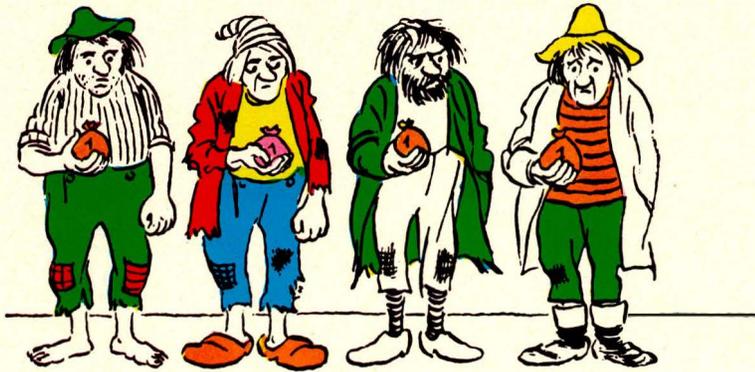
Die Bundesregierung erklärt das Münchener Abkommen gegen die CSSR ausdrücklich für von Beginn an ungültig.

Ziel der Politik der Bundesregierung ist, die Spaltung Europas in militärische Blöcke zu überwinden. Eigene Beiträge dazu werden stufenweise Kürzung des Rüstungshaushalts und der Truppenstärke sein. Die Grundwehrdienst- und Ersatzdienstzeit wird auf 12 Monate beschränkt. Die Bundesregierung verurteilt die Aggression der USA gegen die Völker Indochinas. Sie wird zukünftig keine politische, finanzielle und moralische Unterstützung für die USA mehr leisten.

Die Bundesregierung unterstützt den Kampf der Völker um nationale Befreiung. Sie beendet unverzüglich die bisher geübte Praxis der Unterstützung für die faschistischen Regimes in Griechenland, Spanien, Portugal, Rhodesien und Südafrika.



„Sozialpartnerschaft“ im Wandel der Zeit



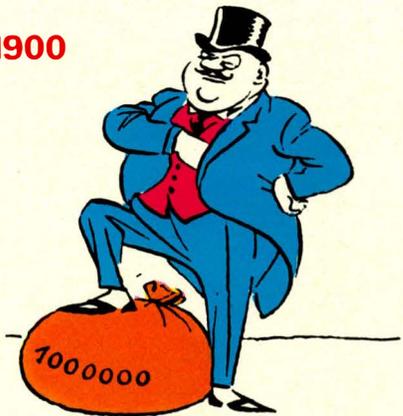
1700



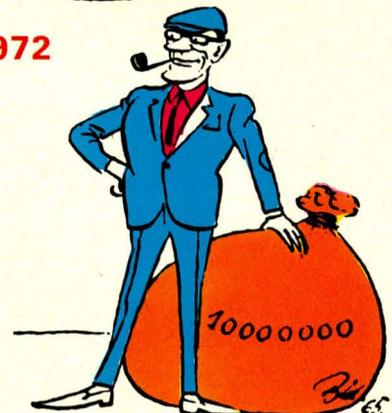
1800



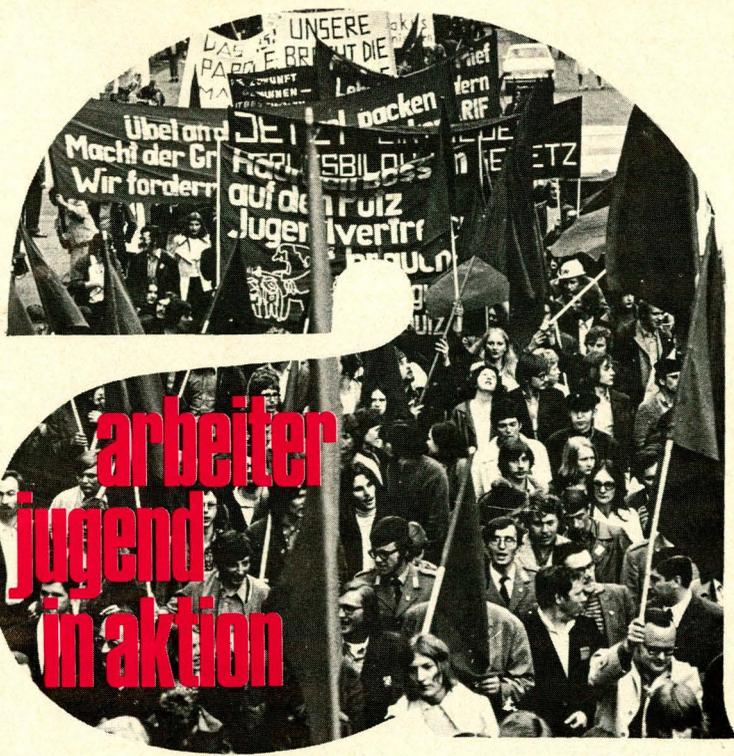
1900



1972



Herluf Bidstrup



**Arbeiter
jugend
in aktion**

Die Bosse müssen zahlen!

Über 40 Jugendvertretungen melden Tarifforderungen an

Ein neuer Wind weht in den Betrieben. Wie nie zuvor diskutieren Lehrlinge und Jungarbeiter in der Metallindustrie über die Tarifrunde 1972/73. Sie wissen: zum Jahresende laufen die alten Tarifverträge aus und junge und alte Kollegen werden gemeinsam für mehr Lohn kämpfen. Während bei den älteren Kollegen Lohnforderungen um 12 bis 15 Prozent lautwerden, meldeten sich bereits über 40 Jugendvertretungen aus so bekannten Großbetrieben wie Krupp, Hoesch, Opel, Daimler-Benz, Blohm + Voss, HDW und Siemens zu Wort. Ihre Forderungen für die Lehrlinge lassen sich auf den Nenner bringen: 100 DM mehr für jeden Lehrling und Wegfall der Altersstaffelung. Diese jungen Gewerkschafter in den Betrieben haben einen Beschluß der 9. Jugendkonferenz der IG Metall 1971 aufgegriffen. Dort heißt es: „In den nächsten Tarifbewegungen ist eine weitere und verstärkte Anhebung der Vergütungen für

Auszubildende anzustreben. Die Höhe solcher Vergütungen muß sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Auszubildenden und dem gesellschaftlichen Wert der Ausbildung orientieren.“ Schon für die letztjährige Tarifbewegung forderte die IG-Metall-Jugend eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Mark und mußte sich dann mit 30 bis 40 DM zufriedengeben. Um so mehr drängen junge Gewerkschafter darauf, daß wenigstens in diesem Jahr der Beschluß ihrer Bundesjugendkonferenz verwirklicht wird. Inzwischen hat der Hauptvorstand der IG Metall die ersten Beschlüsse für die kommende Tarifbewegung gefaßt. Für die eisenschaffende Industrie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland werden 40 DM mehr für alle Lehrlinge und Wegfall der Altersstaffeln gefordert, für die Klöckner-Hütte, Bremen 60 DM mehr. Die Tariflöhne der Arbeiter sollen um 0,60 DM erhöht werden und die Ange-

stellengehälter um 11 Prozent. Der Hauptvorstand der IG Metall bleibt damit – vor allem bei den Lehrlingslöhnen – weit hinter den Forderungen aus den Betrieben zurück. Dabei sind die Forderungen der Lehrlinge vollauf berechtigt. Manfred Janusch, Jugendvertreter bei der Rhein Stahl-Gießerei in Mülheim erläutert: „Die Gewerkschaftsjugend strebt eine Lehrlingsentlohnung an, die es dem Lehrling ermöglicht, sein Leben unabhängig von Dritten zu gestalten. Es kommt hinzu, daß auch für die Lehrlinge die Preise um über sechs Prozent gestiegen sind und Preiserhöhungen treffen bekanntlich die am härtesten, die ohnehin schon das wenigste haben. Oft genug steht man ja vor der Frage, ob man es sich überhaupt noch leisten kann, in eine Diskothek zu gehen. Und solange die Unternehmer aus unserer Ausbildung Profit schlagen, egal ob während oder nach der Lehre, sollen sie gefälligst zahlen, damit wir nicht mehr unseren Eltern auf der Tasche zu liegen brauchen.“ Die Unternehmer können zahlen, obwohl sie wieder – wie vor jeder Tarifbewegung – den Chorgesang von der schlechten Konjunktur anstimmen. In Börsenkreisen wird für dieses Jahr mit Gewinnansteigerungen in der gesamten Industrie bis zu 25 Prozent gerechnet. Mit Recht fordern die Beschlüsse der Bundesjugendkonferenz der IG Metall und die Resolutionen aus den Betrieben eine stärkere Einbeziehung der Lehrlinge und der Jugend in die Tarifbewegung. Mehr Vertreter der Jugend müssen mit Sitz und Stimme in den Tarifkommissionen vertreten sein. Heinz-Josef Weber, Jugendvertreter bei der

Hoesch-Verwaltung: „Wir möchten selbst am Ball sein, wenn es um die Forderungen der Lehrlinge geht. Wir sind mit den Abschlüssen der letzten Jahre nicht zufrieden. Das muß jetzt anders werden.“ Die Lehrlinge wissen, daß sie das Streikrecht besitzen. Erst kürzlich wurde das wieder vom DGB-Juristen Karl Kehrman bestätigt. In einem Gutachten kommt er zu dem Ergebnis: „Soweit Regelungen durch Tarifvertrag rechtswirksam getroffen werden können (also auch über Ausbildungsvergütungen), sind sie auch erstreikbar.“ Und immer mehr wächst die Bereitschaft in den Betrieben, Forderungen im gemeinsamen Kampf von Jung und Alt durchzusetzen. Als Beispiel dafür mag ein Beschluß der Funktionärskonferenz der IG Metall in Remscheid gelten, in dem die Forderungen aus den Betrieben begrüßt und unterstützt werden: „Insbesondere unterstützen wir die Forderung nach einer einheitlichen Anhebung der Ausbildungsbeihilfen um 100 DM monatlich für jeden Auszubildenden, den Wegfall der Altersabschläge für Auszubildende, junge Facharbeiter und Arbeiter, den Wegfall der Leichtlohngruppen 1 und 2, weil diese die jungen Kolleginnen und Kollegen entscheidend benachteiligen. Wir fordern die Tarifkommission auf, sich diesen Forderungen anzuschließen und mit Nachdruck zu vertreten. Um die Durchsetzung dieser Forderungen zu gewährleisten, kommt es schon jetzt darauf an, die jungen Kolleginnen und Kollegen in die Vorbereitung des Tarifkampfes aktiv einzubeziehen.“ W. Bartels





In Kürze

Jugend im Montandreieck

Am 30. September und 1. Oktober fand in der Industriestadt Differdingen/Luxemburg ein Seminar der Jugend im Montandreieck Lothringen/Luxemburg/Saarland statt. Teilnehmer waren die Progressive Jugend Luxemburgs und die Jungen Sozialisten Luxemburgs, die Kommunistische Jugendbewegung Frankreichs, die Jungsozialisten in der SPD, Saarland und die SDAJ, Landesverband Saar. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die wirtschaftliche Lage und die soziale Situation der Jugend im Montandreieck und der Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa.

Bei diesem Treffen kam zum Ausdruck, daß die beteiligten Jugendorganisationen gewillt sind, über alle unterschiedlichen Fragen hinweg die Gemeinsam-

keiten herauszustellen: Gemeinsamkeiten in der Beurteilung dieser Gesellschaft, Gemeinsamkeiten bei der Erarbeitung der Forderungen der arbeitenden und lernenden Jugend.

Goldenes Vorhängeschloß

Kürzlich wurde das „Goldene Vorhängeschloß“ des elan an den Besitzer des Autohauses Moll in Biberach/Oberschwaben verliehen. Moll hatte ein Lehrling durch mindestens 20 Schläge, Fußtritte und Stöße so mißhandelt, daß es noch Wochen später unter Schmerzen litt.

Jugendvertreter entlassen!

Die Firma Küppersbusch in Gelsenkirchen will die Jugendvertreter Klaus Siemens und Hans-Josef Kowalski entlassen. Die beiden Lehrlinge, die als aktive Gewerkschafter bekannt sind, erhielten jetzt ein Schreiben der Geschäftsleitung, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß sie nach ihrer Lehre nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden.

In Hamburg konnte mit dem entschlossenen Einsatz der Jugendvertretung und der IG Metall die Kündigung der Jugendvertreterin Regina Fuhrmann durch die Geschäftsleitung der Hauni-Werke rückgängig gemacht werden.

tern das letzte herausgepreßt haben und es auch heute noch so handhaben. 125 Jahre Siemens: das ist Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. Früher wie heute.“ Zahlreiche Zeugenaussagen belegten die sechs Anklagepunkte:

- Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Angestellten, ganz besonders der Jugendlichen, der Frauen, Mädchen und ausländischen Arbeiter.
- Verweigerung einer zukunftsorientierten Berufsausbildung und jeder echten Mitbestimmung.
- Planung und Durchführung von Völkermord und Kriegsverbrechen.
- Bereicherung an Rüstungsproduktion.
- Neokolonialistische Politik gegenüber den Völkern der Dritten Welt.
- Unterstützung reaktionärer Politiker um Franz Josef Strauß und Widerstand gegen jede Entspannungspolitik.

Das Tribunal der Arbeiterjugend sprach den Siemens-Kon-

zern in allen Punkten der Aklage schuldig. In einem Schlußappell, den Hundert Jugendliche mit ihrer Unterschrift unterzeichneten, heißt es: „Demokratischer Fortschritt, Mitbestimmung und mehr Rechte der Arbeiterklasse auf der einen Seite, und der Profitinteresse auf der anderen Seite, das ist ein unlösbarer Gegensatz. Mehr Geld für Lehrlinge und alle Lohnabhängigen auf der einen und Millionen Profite für Nichtsteuer der Siemens-Familie, das ist wie Feuer und Wasser... Sorgen wir dafür, daß alle Lehrlinge in die IG Metall eintreten, machen wir die Gewerkschaftsjugend stark. Besorgen wir den Bossen einen heißen Tarifkampf. Stärken wir unserer Jugendvertretung den Rücken. Sorgen wir dafür, daß die Zeitung der Siemens-Lehrlinge zu einem noch besseren Kampfmittel wird!“ Die Erst-Unterzeichner der Appells waren Floh de Cologne. Und sie zeigten mit ihrer „Rock-Jazz-Rakete LUCKY STREIK“ Beispiele dafür, wie die Arbeiterjugend sich gegen die Bosse wehren kann.

Jubiläum einmal anders

Tribunal der Arbeiterjugend gegen den Siemens-Konzern

2 500 Jugendliche begingen das 125. Jubiläum des „Hauses Siemens“ auf besondere Art. Am 24. und 25. Oktober fand in München und Nürnberg in total überfüllten Sälen das Tribunal der Arbeiterjugend gegen den Siemens-Konzern statt. Die SDAJ – Veranstalter des Tribunals – beging das Jubiläum ohne die üblichen Festreden. Sie brachte Tatsachen ans Tageslicht, über die die

Siemensbosse den Mantel des Schweigens und der Verharmlosung decken. Walter Listl, SDAJ-Landesvorsitzender von Bayern und Leiter des Tribunals: „Zu diesem zweifelhaften Jubiläum ist es an der Zeit, daß sich die Arbeiterjugend zu Wort meldet und beweist: Siemens ist zum größten Elektrokonzern Europas geworden, weil die Bosse von Siemens von der ersten Stunde an aus den Arbei-



Die „Flöhe“ – Erstunterzeichner des Schluß-Appells – zeigte wie man sich gegen Bosse vom Schlage Siemens wehren kann.

Ausbeutung für immer beseitigen

Junge Menschen aus 113 Ländern trafen sich auf der Weltkonferenz der Arbeiterjugend in Moskau / Exklusiv für elan kabelte
Olga Trofimowa aus Moskau

Über der Tribüne des Säulensaals im Moskauer Gewerkschaftshaus hing ein riesiges Plakat, auf dem ein junger Arbeiter abgebildet ist. Am 10. November wurde hier die Weltkonferenz der Arbeiterjugend eröffnet. Unter dem Motto „Arbeitende Jugend in der ge-

zweig er beschäftigt ist und auf welchem Erdteil er zu Hause ist. Die Delegierten waren sich darin einig: Das Ziel der fortschrittlichen Weltjugend ist es, die Arbeit frei zu machen, die Ausbeutung für immer zu beseitigen.

Die Jugendlichen aus den Ländern, in denen noch das Kapital herrscht, berichteten von Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, von den Angriffen auf die Grundrechte der Jugend, von schlechten Bildungsbedingungen. Interessiert verfolgten die Delegierten aus Japan, England, Italien, Dänemark, der Bundesrepublik und anderen Staaten, welche Stellung ihre Altersgenossen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten einnehmen.

Clas-Goran Karlson, Mitglied einer Gruppe der Sozialistischen Jugend Schwedens, gab nicht nur seiner Meinung Ausdruck: „Die jungen Arbeiter sind der Willkür der Unternehmer am meisten ausgesetzt. Unter den jungen Leuten Schwedens gibt es doppelt so viele Arbeitslose wie unter den Erwachsenen. Für die Jungen und Mädchen ist es schwer, einen Beruf zu erlernen oder das Hochschulstudium aufzunehmen. Wir haben viel über die Lage unserer Altersgenossen in anderen Ländern erfahren. Dieses Treffen in Moskau steht im Zeichen eines großen Festes der gesamten fortschrittlichen Menschheit, des 50. Gründungstages des Sowjetstaates. Heute ist die UdSSR ein zuverlässiges Bollwerk des Friedens, das allen fortschrittlichen Bewegungen auf dem Erdball Hilfe leistet.“ (Bei Redaktionsschluss waren die Delegationen der Bundesrepublik noch nicht zurückgekehrt. Wir werden noch ausführlich über das Welttreffen berichten und die Vertreter der Jugend der Bundesrepublik fragen, welche Schlußfolgerungen sie für den gemeinsamen Kampf der Arbeiterjugend in unserem Land aus dem Moskauer Treffen gezogen haben.)



„Für die Rechte der Jugend – Welttreffen der arbeitenden Jugend, Moskau, 1. bis 15. November 1972“ – So lautet der Text dieses Plakates zur Weltkonferenz der Arbeiterjugend.

genwärtigen Gesellschaft und ihr Kampf für ihre Rechte, für sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit und Frieden“ trafen sich junge Delegierte aus 113 Ländern. Auch die Jugend der Bundesrepublik war vertreten durch Delegationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der SDAJ, der Falken, der Jungsozialisten und der Jungdemokraten.

Auf dieser Konferenz stand zur Debatte, was die Arbeiterjugend heute bewegt, unabhängig von der politischen Überzeugung des einzelnen, unabhängig davon, in welchem Industrie-



Vor dem Ausbildungszentrum der Farbwerke Hoechst verteilte die SDAJ Hessen die ersten 2 500 Exemplare einer Dokumentation „Berufsbildung in Hessen“. Die Dokumentation liefert ausgezeichnetes Faktenmaterial und ist erhältlich bei der SDAJ Hessen, 6 Frankfurt, Leibnitzstr. 3.

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

DER TRAFÖ

SDAJ-Betriebsjugendzeitung Siemens-Bremen

Lohnkampf beginnt

Die Jugendvertretung der Seebeck-Werft hat folgende Forderungen für die kommende Tarifbewegung aufgestellt: Wegfall der Altersstaffeln, 100 DM mehr für jeden Lehrling, Teilnahme der Lehrlinge an Urabstimmung und Streik, gleiche Laufzeit der Tarifverträge für Lehrlinge und ältere Kollegen. Die Jugendvertretung gab folgende Begründung dazu ab: „Es kommt darauf an, Forderungen aufzustellen, die einen realen Boden finden, und für deren volle Durchsetzung Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte bereit sind zu kämpfen. Wir sind der Meinung, daß 100 DM mehr für alle Lehrlinge voll durchsetzbar sind. Diese Forderungen verstehen wir als einen weiteren Schritt zum Prozenttarif. Sie bedeutet nicht nur eine finanzielle Besserstellung für die Lehrlinge, sondern auch eine Entlastung für die Arbeiterhaushalte. Sie bringt uns dem Ziel und der Forderung der Gewerkschaftsjugend näher, unabhän-

gig von Dritten zu leben. Nicht unsere Eltern sollen die Ausbildung bezahlen, sondern die Unternehmer. Deshalb verstehen wir die Forderung nach 100 DM mehr für alle Lehrlinge als eine Mindestforderung.“ (Aus: „Der Trafo“, SDAJ-Betriebsjugendzeitung für Siemens, Bremen)

direkt
Jugendinformationsblatt der IG Druck und Papier Jugend - Nr. 1 / Oktober 72

Solidarität

Die Konkurrenz unter einzelnen oder unter Gruppen der Lohnabhängigen muß unbedingt aufgehoben werden! Erst dann ist unser Kampf gegen die Unternehmer wirksam. Ein wichtiges Ziel unserer gewerkschaftlichen Arbeit muß deshalb sein: Die Einheit aller Arbeiter und Angestellten herzustellen. Eine Einheit, die auf der Einsicht in die grundsätzlich gleiche Lage in Betrieb und Gesellschaft beruht. Das ist unsere Macht, die nicht anders heißt als SOLIDARITÄT. Gemeinsam sind wir stärker! (Aus: „direkt“, Jugendinformationsblatt der IG Druck und Papier Jugend, München, Oktober 1972)

„La Bottega del Papa“ (Der Laden des Papstes) – so nennen selbst die gläubigen Italiener die geheimnisvolle Wirtschaftsmacht des Vatikans. Banken, Bergwerke, Baugesellschaften, Beteiligungen an Automobil-, Lebensmittel-, Textil-, Reifen- und Rüstungskonzernen, vermehren täglich jene weltweite Kapitalmacht der katholischen Kirche, deren Milliarden-Höhe heute kein Außenstehender in der Welt genau kennt. Zu den kleineren Besitzungen gehört die „Heimstatt Hermann-Josef“, ein katholisches Lehrlingswohnheim in Kölns Mitte: Kasinostraße 1. Von dem unermesslichen Reichtum der Kirche und christlicher Nächstenliebe haben die 60 Lehrlinge in der Heimstatt bisher allerdings herzlich wenig verspürt. Im Gegenteil – für die ärmlichen und erbärmlichen Wohn- und Lebensbedingungen im Heim müssen sie mehr bezahlen, als sie Lehrlingslohn bekommen. Die 60 sind sauer, und wenn sie an Weihnachten denken, dann fällt ihnen zuerst ein: bloß weg von „Hermann-Josef“!



Kasinostraße 1

Lehrlingsheime in der BRD

Von Peter Bubenberger

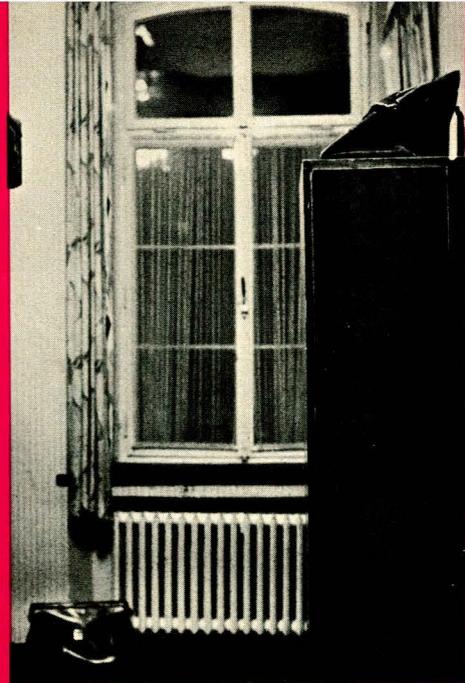
Dieter S., 17 Jahre alt, wollte Bauzeichner lernen. Daheim in der Eifel gab es keine Lehrstelle, also suchte und fand er eine in einem mittelgroßen Betrieb in Köln. Schwieriger war es, in der fremden Stadt ein Bett und ein Dach über dem Kopf zu finden. Ein Privatzimmer? Zu teuer. Ins Kolpinghaus kam man erst ab 18 Jahre rein. Als sich die Gelegenheit bot, im katholischen Lehrlingswohnheim „Hermann-Josef“ unterzukommen, war Dieter im ersten Augenblick froh. Lange währte der Augenblick allerdings nicht. „Es war alles so unfreundlich und schmutzig, am liebsten wäre ich direkt wieder abgehauen, vor allem als ich den Preis hörte. Aber was sollte ich denn machen . . .“

333,- DM muß Dieter wie jeder Lehrling im Heim monatlich für Kost und Logis bezahlen.

Als Lehrlingslohn bekommt er aber nur 177,- DM. Dieter beantragte eine Ausbildungsbeihilfe und erhielt sie auch in Höhe

von 283,- DM im Monat. Dieter bekam eine Schlafstelle („denn mehr ist das wirklich nicht“) mit drei anderen Kollegen zugeteilt. Eisenbetten, zweistöckig. Er räumte seine Sachen in den Spind ein. Und als er die Tür danach abschließen wollte, kam die nächste Überraschung: es ging nicht. Kein Schlüssel, kein Schloß – bis heute, trotz Bitten, Anfragen und Protest. **Das war der Anfang, eine böse Überraschung folgte jetzt der anderen in schneller Folge.**

Das Schloß, das am Spind fehlt, findet er am Fenstergriff wieder, als er ein bißchen frische Luft hereinlassen will: abgeschlossen. Der Schlüssel liegt beim Heimleiter. „Ich war zwar noch nie im Knast“, sagt Dieter, „aber hier ist das wohl nicht viel anders.“ Es soll noch dicker kommen an diesem ersten Tag und jedem anderen, der darauf folgt. Im Waschraum wird ihm beinahe schlecht, so übel stinkt ein Abfallkübel direkt neben den Waschbecken. Beim



Ausziehen im Zimmer macht er seine erste künstlerische Übung, in der er heute Meister ist: der Fußboden ist so schmutzig, daß er auf einen Stuhl steigt, um den Boden nicht mit den nackten Füßen zu berühren. „Das ist besser so“, erklärten ihm die Kollegen, „die Bettwäsche wird nämlich nur alle eineinhalb Monate gewechselt.“ Heute macht Dieter diese Übung nicht mehr auf dem Stuhl, sondern sitzend auf der Bettkante...

Der Gedanke, in einer Strafanstalt statt in einem Lehrlingswohnheim zu sein, kam Dieter (nicht nur an diesem ersten Abend) zum zweiten Mal genau um 22 Uhr.

Er liegt im Bett, liest noch ein bißchen und hört Schallplatten. Plötzlich wird es dunkel – Licht und Plattenspieler aus. So sollte es nun Abend für Abend sein. Punkt zehn Uhr wird zentral der Strom abgestellt. „Ob wir uns daran gewöhnt haben?“, beantwortet Dieter meine Frage: „Wie kann man sich an solche Methoden, wie sie noch nicht mal beim Barras sind, gewöhnen?“ An den Barras werden die 60 Lehrlinge

Morgen für Morgen erinnert, wenn genau um 6.45 Uhr die Heimleitung mit dem unüberhörbaren Ruf „Aufstehen“ durch die Flure tobt. „Ob einer Urlaub hat oder krank ist – um 6.45 Uhr ist es aus mit Schlaf“, sagt Dieter.

„Das schlimmste aber ist das Essen“, sagt Dieter, „vor allem die ewigen Butterbrote mittags auf Arbeit.“

Das sieht so aus: morgens Marmelade oder Rübenkraut (wahlweise) mit Brot oder Brötchen (die allerdings nur zweimal wöchentlich). Bis zum Abend kriegt man Butterbrote mit auf den Weg. Oft ist der Aufschnitt grün – verdorben, ungenießbar. Abends gibt es dann warmes Essen. „Neue Kartoffeln haben wir noch nie gesehen“, sagt Dieter, „und dann müssen wir oft lange warten. Denn die Küche ist überlastet. Du glaubst nicht, wie sauer wir alle sind.“

Wer am Wochenende (natürlich auf eigene Kosten) nicht nach Hause fahren kann, darf für zusätzlich 57,- DM pro Monat im Heim essen.

„Mal mit einer Freundin am Wochenende tanzen gehen oder ins Kino – ist nicht drin bei den 137 Mark, die noch übrig bleiben“, sagt Dieter.

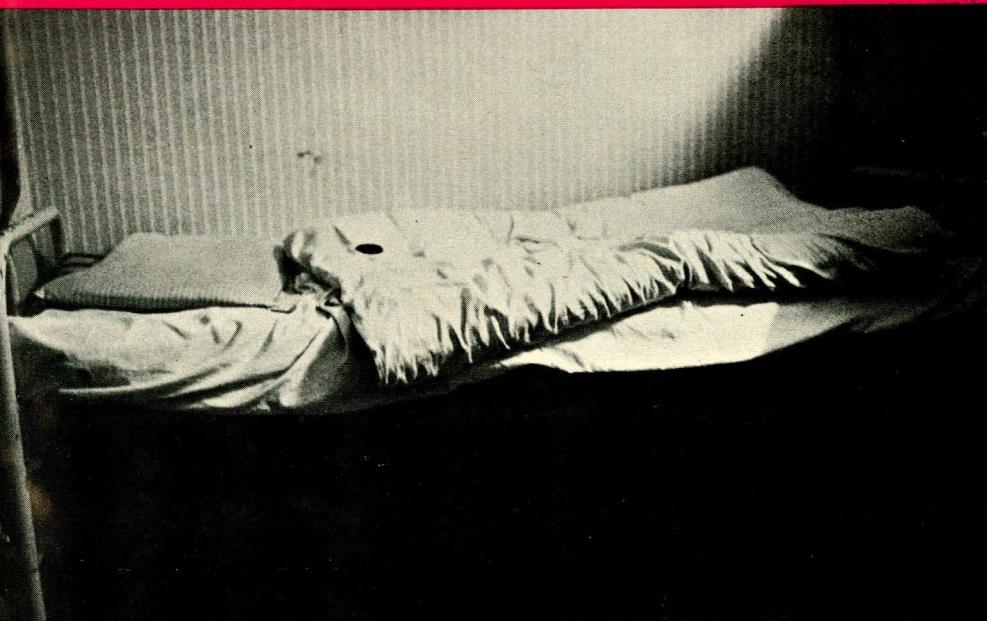
„Straßenbahn, Zahnpasta, Seife, Kleiderreinigung, mal ein paar neue Schuhe, was zu Trinken auf Arbeit oder abends im Heim – alles muß ich davon bezahlen.“

Wenn seine Eltern nicht die Fahrkarte bezahlen würden – Dieter könnte am Wochenende nicht mal nach Hause fahren. „Und nicht jeder von uns 60 kriegt was von zu Hause“, sagt er.

Heimleiter Janocha hat drei Praktikanten zur Seite, um den 60 Lehrlingen das widerfahren zu lassen, was in der „Heimstatt Hermann Josef“ unter pädagogischer Betreuung verstanden wird. „Wenn einer von uns Probleme hat, dann kümmert sich keiner darum. Dem Janocha kann man auch keine Vorwürfe machen. Er ist überlastet, überfordert. Deswegen reagiert er nur noch autoritär, verliert die Nerven und brüllt. Fällt einer mal auf, zum Beispiel weil er Hasch genommen hat, was öfter vorkommt, oder wegen einer Schlägerei oder weil er geklaut hat – dann fliegt er sofort raus. Keiner denkt daran, daß die Umstände im Heim auch mit zu so etwas beigetragen haben. Wenn die geändert würden, käme so etwas kaum noch vor.“

Soweit Dieter S. und die Geschichte der „Heimstatt Hermann-Josef“. Die 60 Lehrlinge haben sich auch schon lange Gedanken gemacht, wie sie ihre Interessen im Heim besser zur Geltung bringen und die menschenunwürdigen Umstände verändern können: sie fordern einen Heimrat, der aus den gewählten Etagensprechern bestehen soll und einen Heimsprecher wählen soll. „Wir wollen im Betrieb als Lehrlinge nicht länger der letzte Dreck sein. Das gilt auch für das Heim. Wir sollen arbeiten und bezahlen, also müssen wir auch mitbestimmen“, sagt Dieter zum Schluß. „Schreib das ruhig, das können nicht genug Kollegen und Eltern erfahren.“

Der Name wurde von uns geändert. Dieter bat uns darum, weil er befürchtet, wegen seiner Äußerungen aus dem Heim zu fliegen.



16. Dezember –
weltweiter Tag der
Solidarität
mit Vietnam

Auf jede Mark kommt es an!

Seit Dienstag, den 31. Oktober 1972, könnten in Vietnam die Waffen schweigen. So war es fest vereinbart zwischen den Regierungen der Demokratischen Republik Vietnam und den USA. War schon dieser Terminplan nach ständigen Verzögerungen durch die USA zustande gekommen, so hat Nixon auch die Vereinbarung eines Waffenstillstandsabkommens zum 31. 10. gebrochen. Nach dem Tag der geplanten Unterzeichnung, am 1. November, meldeten die Zeitungen die stärksten US-Bombenangriffe auf die DRV seit dem August des letzten Jahres. Scheinheilig hatte US-Präsident Nixon seine Wahlversprechen gemacht. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und auch der einheimischen Antikriegsbewegung sicherte er zu: Bald ist der Krieg zu Ende. Bald kommen unsere Boys nach Hause.

Schon ging um die Welt ein Aufatmen. Aber zu früh: Noch einmal verschärfte Nixon den Terror, verzögerte den Waffenstillstand bis nach den Wahlen, um sich Spielraum für neue Erpressungen offenzuhalten.



Das auf Initiative der DRV erzielte Abkommen, das jetzt nur noch der Unterschrift durch die USA bedarf, legt in den Hauptpunkten fest, daß auf dem gesamten Gebiet Südvietnams ein Waffenstillstand eintritt, daß die USA ihre militärischen Aktivitäten, die Bombenangriffe auf die DRV und die Verminierung der Häfen einstellen, daß die amerikanischen Truppen und ihre Verbündeten sich aus Vietnam zurückziehen, daß beide Seiten alle Gefangenen freilassen und daß die südvietnamesische Bevölkerung in wirklich freier, demokratischer Wahl unter internationaler Aufsicht selbst über die politische Zukunft Südvietnams entscheidet. Die US-Regierung sabotiert trotz ihrer Zusage die Unterschrift unter dieses Abkommen. Kissinger will sich „verhört“ haben, als es um den Unterzeichnungstermin ging. Und

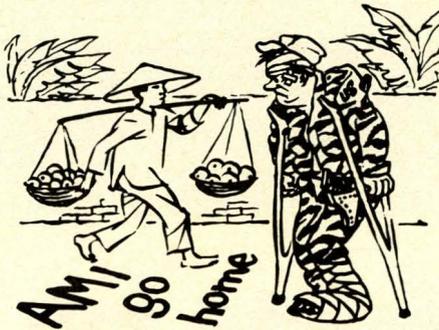
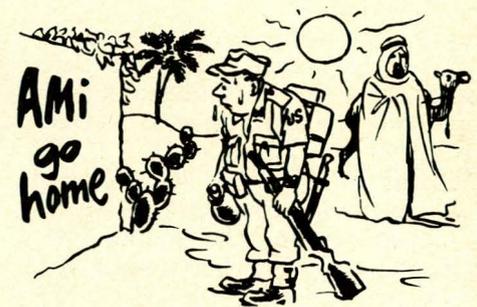
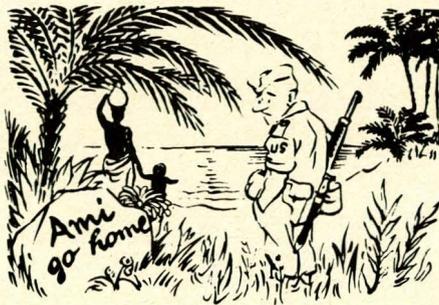
nam-Solidarität unterzeichnet, in dem das Vietnam-Abkommen begrüßt wird: „Die Unterzeichnung und Inkraftsetzung dieses Abkommens darf nicht länger hinausgezögert werden. Wir fordern die Nixon-Regierung auf, das getroffene Abkommen zum vereinbarten Zeitpunkt zu unterzeichnen. Wir appellieren an die Bundesregierung, alles zu tun, um die US-Regierung zur sofortigen Unterzeichnung zu bewegen.“ Allein der Marxistische Studentenbund Spartakus sammelte bis zum 10. November 63 000 Unterschriften. Unter den Unterzeichnern sind die bekannten Leichtathleten Heide Rosendahl, Günter Nickel und Manfred Ommer, sowie der Trainer des „Deutschen Leichtathletik-Verbandes“ Ulrich Jonath. Am 16. November übergab eine Delegation des MSB Spartakus die Unterschriften der US-Botschaft.

von den westdeutschen Massenmedien heruntergespielt würden.

Und auf einer Kundgebung im Bundestagswahlkampf in München meinte er gar: „Wir können nicht unserem engsten Verbündeten, den wir brauchen und behalten wollen, offensichtlich auf der Nase herumtanzen.“ Und dies sei kein „amerikanischer Krieg. Vielmehr ist Nordvietnam für den Krieg verantwortlich“.

Selbst mit Lügen rechtfertigten Regierungspolitiker die US-Aggression in Indochina. Und auch an die neue Bundesregierung geht unsere Forderung: Macht Schluß mit jeder Unterstützung des verbrecherischen Krieges der USA in Vietnam!

Man muß sich einmal vor Augen halten: ein solches Abkommen, wie es heute unterschrittsreif auf dem Tisch liegt, wäre schon vor fünf Jahren möglich gewesen.



Nixon verschanzt sich hinter seiner Saigoner Marionette Thieu, die angeblich nicht mitspielt. Die USA wollen ihren mörderischen Krieg noch verlängern. Sie feilschen um jeden Tag. Doch jeder Tag Krieg bedeutet: neue Bombenüberfälle, neuer Mord, neuer Terror gegen ein um seine Freiheit kämpfendes Volk. Der Ruf geht um die Welt: Die USA müssen die Vietnam-Vereinbarungen einhalten! In Stockholm demonstrierten Tausende Menschen. Der sowjetische Ministerpräsident Kosygin sagte dem vietnamesischen Volk weitere Unterstützung zu. Die größte französische Gewerkschaft forderte Nixon auf, die Vereinbarung in die Tat umzusetzen. In der Bundesrepublik haben zahlreiche Persönlichkeiten einen Appell der Initiative Internationale Viet-

Fünfzehn katholische und evangelische Theologen der Bundesrepublik haben in einem Telegramm an Präsident Nixon gefordert, das vereinbarte Abkommen sofort in Paris vom Außenminister der USA unterzeichnen zu lassen. Diesen Appell unterschrieben unter anderem Prof. Dr. D. Hellmuth Gollwitzer, Prof. Dr. theol. Heinrich Missalla, D. Martin Niemöller, Prof. Dr. theol. Uta Ranke-Heinemann, D. Kurt Scharf und Dr. theol. Dorothee Sölle-Steffensky. Die alte Bundesregierung (wie ihre Vorgänger) hat sich dem weltweiten Protest nicht angeschlossen. Im Gegenteil! Im Juli nach seinem US-Besuch bejammerte Wirtschaftsminister Schmidt, daß die „großen Erfolge“, die der amerikanischen Regierung in der Vietnam-Politik gelungen seien,

Die Demokratische Republik Vietnam hat dazu immer wieder ihre Bereitschaft erklärt. Wieviele Menschen könnten noch leben...

Die Kräfte des Friedens in der Welt können daraus nur eine Lehre ziehen: gleich ob das Waffenstillstandsabkommen heute oder in vier Monaten oder sonstwann abgeschlossen wird – die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk muß fortgesetzt und noch verstärkt werden. Nur die weltweite Solidarität mit Vietnam kann die US-Aggressoren daran hindern, das Morden noch lange fortzusetzen.

Machen wir weiter in der Kampagne des Weltbundes der Demokratischen Jugend für ein Kinderkrankenhaus in Hanoi. Auf jede Mark kommt es an!

elan-Redakteur Georg Rohde besuchte mit einer internationalen Journalisten-Delegation die Sowjetunion. Er berichtet von seinen Eindrücken:

Fünf Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 gehen die Völker der Sowjetrepubliken in die letzte Etappe zum Zusammenschluß. Am 30. Dezember 1922 findet der I. Unionskongreß der Sowjets statt. Im Einklang mit dem Willen der Völker Rußlands, der Ukraine, Belorußlands und Transkaukasiens bestätigte der I. Unionskongreß die Deklaration und den Vertrag über die Gründung der UdSSR.

Genosse Lenin umreißt die wichtigsten Aufgaben:

Diese Republik eignet sich besonders zum Getreideanbau, also muß die Getreideproduktion erhöht, andere Republiken müssen mitversorgt werden.

Woanders sind große Kohle- oder Erzvorkommen. Eine Spezialisierung ist unvermeidlich. Unrentable Produktionszweige werden eingestellt: Die Versorgung mit diesen Gütern wird aus den anderen Gebieten heranrollen.

Die Aufgaben sind unermeßlich. Lenins Worte machen deutlich, daß dieser Unionskongreß nicht Schlußpunkt, sondern Beginn einer ganz neuen Form menschlichen Zusammenlebens ist.



Aus dem Nichts ins Jahr 2000



Die Völker der Sowjetunion – es sind heute über 100 – haben zu diesem Zeitpunkt, vor 50 Jahren, einen unterschiedlichen Entwicklungsstand. Einige Völker, vor allem im hohen Norden, haben noch nicht einmal eine eigene Schriftsprache, Schulen sind ihnen nahezu unbekannt. All diese Aufgaben können nur bewältigt werden, weil die Zaren, die Atamane, die Industrie- und Finanzbosse und mit ihnen die Profitsucht, die Notwendigkeit, den Menschen auszubeuten, beseitigt sind. Damit sind die wichtigsten Voraussetzungen für uneigennützig gegenseitige Hilfe, für das friedliche und gleichberechtigte Miteinander der Völker der Sowjetunion geschaffen.

Was ist aus diesen Menschen geworden, die zum ersten Mal in der Geschichte der

Menschheit über ihr Schicksal selbst bestimmten?

Fast 50 Jahre nach dem I. Unionskongreß besuchten 14 Jugendjournalisten aus kapitalistischen und Entwicklungsländern das erste sozialistische Land auf der Erde. Sie lernten fünf der insgesamt fünfzehn Unionsrepubliken kennen: die Russische Sozialistische Förderative Sowjetrepublik, die armenische, kasachische, die belorussische und die litauische Sowjetrepublik. Das war zum Beispiel die Kasachische SSR: Die Maschine der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot“ gleitet durch den Morgen über der Kasachischen Sowjetrepublik. Es rumpelt etwas, als das Fahrgestell ausgefahren wird; unten sind die Häuser und Bäume schon deutlich zu erkennen. Alma-Ata, die Hauptstadt Kasachans,

Sowjetunion gestern: Lenin mit jungen Erbauern des Sowjetstaates

empfängt uns freundlich, mit warmen Spätsommertemperaturen und blauem Himmel über dem Altai-Gebirge. Auf der Fahrt zum Hotel sitzt Gulja neben mir, die junge Kasachin, die in den nächsten Tagen für mich dolmetscht.

Sie nennt mir die Namen der breiten Straßen, durch die wir fahren und erzählt über Entstehung und Aufgaben der großzügig angelegten Wohnhäuser, Kultur-, Sport-, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen.

Ich denke dabei an die verrückten Vorstellungen, die in der bürgerlichen Presse der BRD über dieses Land verbreitet werden: den Bürgern bei uns wird tatsächlich noch eingeredet, daß man am Stadtrand auf

Wohnzelle trifft, zwischen denen Kamele herumlaufen, daß exotisch-ärmlich gekleidete Menschen durch staubige Straßen gehen – so wie es vor mehr als fünfzig Jahren noch war.

Nicht nur die moderne Architektur, die großzügigen Parkanlagen; vor allem den Menschen merkt man an, wenn man mit ihnen spricht, etwas von ihren alltäglichen Problemen kennenlernt, daß sie gut auf das Jahr 2000 vorbereitet sind.

Später erzähle ich Gulja, woran ich während der Fahrt im Bus gedacht habe. Sie lächelt einen Moment verständnisvoll, dann wird sie sehr ernst: „Kasachstan wurde am 26. August 1920 Republik der Sowjetunion“, erzählt sie. „Vor der Revolution lebten die Menschen in großem Elend. Sie waren arm, Industrie gab es praktisch nicht. Viele konnten nicht lesen und schreiben. Die Zaren hetzten die Völker ihres Reiches gegeneinander auf, und konnten so die Unterdrückung noch verschärfen. Auch Frauen und Kinder wurden behandelt wie das Vieh.“

Heute ist die Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik mit 2 700 000 Quadrat-

dehnen. Die gemeinsamen Interessen der Sowjetbürger, das gemeinsame Interesse an ihrer sozialistischen Zukunft, hinderte alle Feinde, diese Errungenschaften zu vernichten.

Und schon im Jahr 1941 können die kasachischen Arbeiter ihren Kollegen in den anderen Sowjetrepubliken ihren Dank erweisen.

Der Facharbeiter in der Fabrik für Schermaschinenbau im Alma-Ata, Igor Kurslow, berichtet davon: „Es war im November 1941. Die Hitler-Faschisten morden und brennen in ganz Europa. Am 22. Juni hatten sie auch die Sowjetunion überfallen. Sie wollen den ersten sozialistischen Staat, die erste Gemeinschaft gleichberechtigter Völker auslöschen.“

Stalingrad ist bedroht. Rechtzeitig werden auch zwei Werkhallen nach Alma-Ata evakuiert. In vier Teilen der Stadt wird das Werk aufgebaut. Zuerst kann nur im Freien produziert werden – bei Wind und Wetter. Aber schon drei Monate später – im Februar 1942 – läuft die Produktion für die Front auf vollen Touren. Schon 1944 kann wieder mit der Friedensproduktion begonnen werden, und ab 1948 kann man die Produktion spezialisieren.

Die Solidarität der sowjetischen Völkergemeinschaft hat gesiegt, den Weg in die sozialistische Zukunft vom faschistischen Terror befreit.“

Die Gestaltung der Zukunft, der Aufbau des Sozialismus bedeuten in der Sowjetunion die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, bei Beibehaltung der nationalen Kultur und Eigenarten. Und das wird gerade deshalb möglich, weil die Völker der Sowjetunion aufeinander angewiesen sind und so zu einer Einheit zusammenwachsen, die nicht erzwungen, sondern gewollt und notwendig ist.

All das Gerede bürgerlicher Schreiberlinge von angeblicher Benachteiligung der Minderheiten, von der Unterdrückung der Völker in der Sowjetunion stellt sich hier vor Ort als platte Lüge heraus.

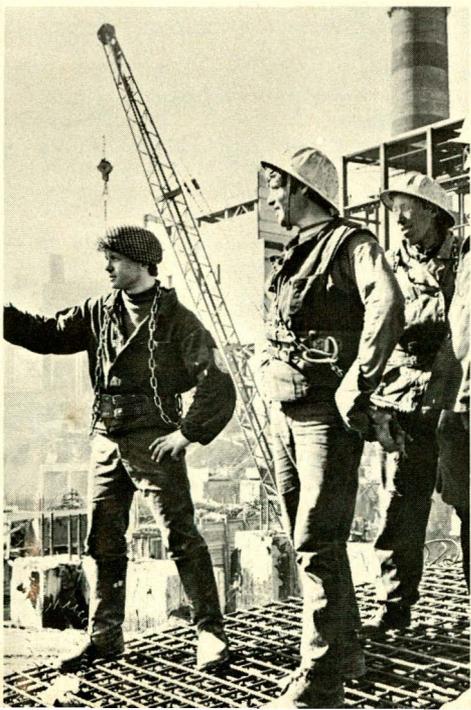
Eines Abends während unserer Rundreise durch die Sowjetunion sitzen wir mal wieder zusammen, unterhalten uns in einem Kauderwelsch von englisch, französisch, italienisch, russisch und deutsch, die Dolmetscher sind dabei, wir trinken etwas, singen zusammen – und versuchen, die Vielzahl der Eindrücke zu bewältigen.

Eine Frage, die uns bewegt: In allen kapitalistischen Ländern ist es das Schicksal der Minderheiten, unterdrückt zu werden. Eine andere Existenzform ist für sie unter den Wolfsgesetzen des Kapitalismus nicht denkbar.

Aber in der Sowjetunion ist nicht nur ein gleichberechtigtes Nebeneinander, sondern vor allem das Miteinander Wirklichkeit geworden. Mofidul Hoq, unser Genosse aus dem jungen Staat Bangladesch, gibt die Antwort: „Unser Volk konnte sich erst vor kurzer Zeit unter ungeheuren Qualen und Opfern von seinen Unterdrückern befreien, von den einheimischen Feudalherren und den ausländischen Monopolen. Aber allein diese Opfer gewährleisten, daß wir eine Zukunft bauen können, in der die Menschen ihr Leben selbst gestalten können. Ich bin sicher, daß die Völker der Sowjetunion nicht zuletzt deshalb so fest an unserer Seite stehen, weil sie ähnliche Erfahrungen machten.“



Sowjetunion heute: Der Rote Platz in Moskau (oben) und junge Arbeiter auf der Baustelle für das Morgen (unten).



kilometern Fläche und mit 13 Millionen Einwohnern eine reiche Republik. Zum Ende des laufenden Planjahrfünfts (1975) werden im Westen der Republik jährlich 13 Millionen Tonnen Öl gefördert, jährlich werden 60 Millionen Tonnen Kohlen abgebaut und jährlich fünf Millionen Tonnen Stahl erzeugt.

Analphabeten gibt es selbstverständlich nicht mehr.

Ungeheuer, wenn man bedenkt, daß hier vor der Revolution fast das Nichts war.

Wo kam das her?

Gulja sagt: „Wir haben den anderen Völkern der Sowjetunion sehr viel zu verdanken.“ Nach der Revolution kamen aus allen anderen Republiken Menschen nach Kasachstan, halfen beim Aufbau. Erfahrungen wurden ausgetauscht und angewandt. Wo vorher Steppe war, entstanden Kohlebergwerke, wuchsen Bohrtürme, begannen sich unübersehbare Getreidefelder auszu-



Meiers haben ein Kind gekriegt

Wenn der Körper des technischen Zeichners Egon Wenzel ausgeschlafen und frisch gewaschen am Frühstückstisch sitzt, hat sein Geist gewöhnlich schon das Haus verlassen und schwebt bereits über dem Reißbrett, um einen verdächtigen Winkel noch einmal zu messen oder eine übergeschnappte Ordinate zur Vernunft zu bringen. Diese Gelegenheit ergreift seine Frau gern, um ihm die neuesten Tagesereignisse mitzuteilen. Gestern sagte sie: „Meiers haben ein Kind gekriegt!“

„Von wem?“ fragte Egon höflich, aber etwas zerstreut.

Frau Wenzel legte eine kleine Pause ein, um ihrem Mann Zeit zu geben, sich vom Reißbrett zu lösen und an den Frühstückstisch zurückzukehren. Dann sagte sie etwas lauter: „Bei Meiers ist was angekommen!“

„So . . .“, sagte Egon, „was angekommen? – Was denn?“

„Was Kleines!“

„Ach so“, brummte der technische Zeichner enttäuscht und begab sich wieder an sein Reißbrett zurück. Kleinigkeiten interessierten ihn im Augenblick nicht. Frau Wenzel brach das Gespräch ab.

Beim Mantelanziehen im Korridor nahm sie es wieder auf: „Meiers haben ein Kind gekriegt, Egon. Ein Töchterchen, schon vor vierzehn Tagen! Und wir haben noch nicht gratuliert. Wie unangenehm das werden kann, wenn man sich mal zufällig trifft. Tu dann wenigstens nicht so, als ob du es nicht weißt!“

Als Egon die Treppe hinunterging, kreiste neben Winkeln und Kurven auch Meiers Kind in seinem Kopf und nahm immer mehr Platz in Anspruch. „Meiers – ham ein – Kind ge – kriegt! Meiers – ham ein – Kind ge – kriegt!“ hämmerte es im Rhythmus der Treppenstufen in Egons Gehirn.

Meiers wohnten einige Häuser weiter und waren eigentlich nur eine zufällige und ziemlich flüchtige Bekanntschaft. Immerhin, ein Kind kam nicht jeden Tag an; und es bestand durchaus die Möglichkeit, daß Meiers seine Ankunft als wichtiges Ereignis betrachteten und von anderen Leuten dasselbe erwarteten. Man durfte es nicht vergessen. Die Formel war ja auch ziemlich einprägsam und leicht zu merken. Sie klang wie Marschmusik, und Egon marschierte nach ihr im Vierteltakt zur Straßenbahnhaltestelle: „Meiers – ham ein – Kind ge – kriegt! Meiers – ham ein – Kind ge – kriegt!“

Er wurde die Melodie den ganzen Tag nicht mehr los. Seine Zerstretheit fiel sogar in der Arbeitsbesprechung auf, und der Chefkonstrukteur fragte: „Kollege Wenzel, hast du das mitgekriegt?“ Egon zuckte zusammen. „Mitgekriegt? Ich? Nein, Meiers waren das!“ Die Sekretärin wunderte sich, daß sie heute von Egon so oft mit „Fräulein Meier“ angedredet wurde, obwohl sie gar nicht so hieß. Nüchterne Stahlkonstruktionen nahmen zu Egons Erstaunen zeitweilig die Formen von Schnullern und Kinderklappern an.

Der Arbeitstag ging zu Ende, aber die Melodie blieb, wenn auch in abweichenden Variationen. Etwa so: „Meiers ham – Meiers ham – Meiers ham ein Kind gekriegt!“ Oder so: „Meiers ham ein Kind gekriegt – Kind gekriegt – Kind gekriegt!“ Während am Vormittag Vierteltakt und Dur-Tonarten vorgeherrscht hatten, setzte sich in den frühen Nachmittagsstunden ein schnelles Walzertempo durch. Ab 16 Uhr tauchte das Thema nur noch in Moll auf, und ab 16.45 Uhr ausschließlich als Rumba oder Samba.

Egon Wenzels Nervenbahnen fingen allmählich an heißzulaufen. Irgendwann mußte eine Lösung kommen, die ihn von dem Kind-Komplex befreite. Sie kam abends in der Straßenbahn. Dort saß, wie von einem gütigen Schicksal hingesetzt, Frau Meier, und der Platz neben ihr war noch frei. Egon belegte ihn sofort und fragte, nachdem er das Wetter nur ganz kurz gestreift hatte: „Und was macht Ihre kleine . . . hm – also ist das möglich? Eben wußte ich den Namen noch – Ihre kleine . . .“ Auch Frau Meier mußte anscheinend etwas nachdenken. Dann lächelte sie. „Ach, Sie meinen unsere Susi?“

„Natürlich! Die kleine Susi! Wie geht es ihr?“

„Soweit ganz gut. Und sie macht uns viel Freude. Abgesehen von gewissen Unarten natürlich. Gestern hat sie mir mal wieder die Strümpfe zerrissen.“

„Die Strümpfe?“

„Ja. Und dann hängt sie sich an die Fenstervorhänge und schaukelt sich.“

„Nicht möglich!“ murmelte Egon verwundert.

„Aber das ist noch nichts Besonderes, Herr Wenzel! Damit muß man sich eben abfinden. Unangenehm ist es schon, daß sie dauernd an den Hausschuhen meines Mannes herumknabbert. Dann gibt es natürlich immer ordentlich eins drauf, und zwar mit dem Hausschuh, damit sie sich das merkt.“ Wie brutal die Mütter heutzutage sind, dachte Egon erschrocken. Kaum zwei Wochen alt, und schon mit dem Hausschuh

„Vorgestern wäre beinahe ein Unglück passiert“, fuhr Frau Meier fort. „Da hat Susi einen Blumentopf auf die Straße geworfen, als sie auf dem Fensterbrett spazierenging.“

„Auf dem Fensterbrett? Aber ich bitte Sie, Frau Meier –“

„Wieso Frau Meier? Ich bin doch Frau Müller!“

„Was Sie sagen!“ stammelte Egon. „Irren Sie sich auch nicht?“

Frau Müller schwieg. Sie wollte dadurch offenbar andeuten, daß sie sich nicht irrte. „Dann haben Sie auch kein Kind ge . . . bekommen?“ Egon wollte ganz sicher gehen. Es war ja möglich, daß seine Frau die Namen verwechselt hatte.

Frau Müller sah ihn durchdringend an und schien einige harte Vokabeln auf der Zunge zu haben. Dann begnügte sie sich aber doch mit der sachlichen Feststellung: „Ich nicht. Aber unsere Susi, vor ungefähr vier Wochen. Und gleich vier Stück, drei Kätzchen und einen Kater.“

„Soso“, sagte Egon mechanisch. „Nur einen Kater!“

„Ja, zum Glück nur einen“, meinte Frau Müller spitz, „Kater sind im allgemeinen dümmere als Katzen.“

Erich Hanko

blätter

Über das Problem der Nation

Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros der SED, hielt am 3. Juli 1972 an der Parteihochschule „Karl Marx“ der SED einen Vortrag über „Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus“, aus dem elan das Kapitel „Über das Problem der Nation“ wiedergibt. Mit der Paraphierung des Grundvertrages zwischen der DDR und der BRD sind die Ausführungen Nordens aktueller denn je und angesichts der insbesondere von der CDU/CSU betriebenen politisch-ideologischen Kampagne zu diesem Thema vermittelt Nordens Vortrag grundsätzliche und notwendige Argumente.

Ausdruck des Nationalismus in der Ideologie und Politik des BRD-Imperialismus ist die in letzter Zeit mit besonders großem Stimmumfang vorgetragene Beschwörung der sogenannten „Einheit der Nation“. Sie dient auch als Vorwand für die internationale Kampagne gegen die Anerkennung der DDR.

Greifen wir einige Beispiele der vergangenen Wochen heraus:

Der CDU-Vorsitzende Barzel erklärte in der Beratung des Bundestages am 10. Mai 1972, als es um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ging: „Wir halten an dem Grundsatz der deutschen Einheit fest.“

Die Fraktion der CDU/CSU verabschiedete Mitte Juni 1972 eine besondere Erklärung, wonach sie es sich zur Aufgabe macht, „das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen zu erwirken“.

Und der Bundestagspräsident von Hassel unterstrich in einer Ansprache an den Bundestag, daß es darauf ankomme, „der Einheit unserer Nation zu dienen“, daß es gelte, „unbeirrbar an den unsere ganze Nation betreffenden

Fragen auch in Zukunft festzuhalten“. Das sei eine „Verpflichtung des Bundestages“.

Man beschwört in allen Variationen die

„gemeinsamen Traditionen und Erinnerungen an das gemeinsame historische Schicksal“ und konstatiert die angebliche Fortexistenz einer deutschen Nation, wobei rechte SPD-Führer in einen unheiligen Wettbewerb mit den Barzel und Strauß treten.

Bereits vor einem Jahr hat der VIII. Parteitag der SED unterstrichen, daß über die nationale Frage längst die Geschichte entschieden hat und es sinnlos ist, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen. Für all jene, die es immer noch nicht wahrhaben wollen, hat Genosse Erich Honecker am 19. Juni 1972 unmißverständlich erklärt: „Das von Bonn immer wieder ins Spiel gebrachte Gerede von der ‚einheitlichen Nation‘ ist nichts anderes als eine Fiktion.“

Warum ist das eine Fiktion?

Heute ist die Lage doch so, daß in der DDR die neue, die sozialistische Nation wächst, während in der BRD die alte kapitalistische Nation fortbesteht. Zwischen ihnen gibt es keine Klammer, weil eine vom Gesetz der Ausbeutung des Menschen beherrschte Nation und eine ausbeutungsfreie Nation von keiner sogenannten nationalen Klammer zusammengehalten werden können. Die eine Nation entwickelt sich als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems, während die BRD zur imperialistischen

Welt gehört, mit der uns überhaupt keine Gemeinsamkeit verbindet und verbinden kann. Es gibt nicht zwei Staaten einer Nation, sondern zwei Nationen in Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung.

Zu den Kriterien einer Nation gehört bekanntlich das gemeinsame **Territorium**. Es existiert nicht. Das Volk der DDR lebt auf einem anderen Territorium als das Volk der BRD.

Zu den Kriterien einer Nation gehört die gemeinsame **Wirtschaft**. Sie existiert nicht. Vielmehr handelt es sich um die sozialistische, ausbeutungsfreie Wirtschaft in der DDR und im Gegensatz dazu um die monopolkapitalistische Ausbeuterwirtschaft in der BRD.

Zu den Kriterien einer Nation gehören die gemeinsamen bestimmenden **psychischen und moralischen Eigenschaften**. Sie existieren nicht. Denn die Lebensgewohnheiten und Auffassungen der Menschen im Sozialismus einerseits und im Imperialismus andererseits stehen in einem diametralen Gegensatz zueinander.

Die Bonner Ideologen der sogenannten „einheitlichen deutschen Nation“ werfen als Argument auch die angebliche „**Gemeinschaft der Gefühle**“ in die Diskussion. Sie existiert nicht. Es bedarf keiner Beweisführung, daß die Gefühle der Arbeiter der volkseigenen Betriebe fundamental verschieden von

den Gefühlen der privatkapitalistischen Besitzer der Betriebe, Banken und Werften der BRD sind. Dieses ganze Gerede von der „Gemeinschaft der Gefühle“ ist eine Anleihe beim subjektiven Idealismus. Es hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun und ist darum völlig unhaltbar.

Zu den Kriterien einer Nation gehört die gemeinsame **Kultur**. Sie existiert nicht. Denn die herrschende Kultur ist stets die Kultur der herrschenden Klasse, also in der BRD die imperialistische

Kultur. Die Kunst und alle anderen Bereiche der Kultur dienen der herrschenden monopolkapitalistischen Schicht, die das Volk von den echten künstlerisch-kulturellen Werten trennt. Der Sinn des Sozialismus aber liegt in der Weckung und Befriedigung der geistigen und künstlerischen Bedürfnisse

des Volkes, vor allem der Arbeiterklasse. Die Kultur des Sozialismus und die des Imperialismus trennt eine Welt voneinander, auch wenn beide in ein und derselben Sprache vermittelt werden.

Zu den Kriterien einer Nation gehört die **geschichtliche Gemeinsamkeit**. Aber schon Plato schrieb über seine Sklavengesellschaft der griechischen Antike, und Lord Disraeli, der englische Ministerpräsident des 19. Jahrhunderts, legte es in seinem bekanntesten Roman nieder, daß in jedem Staat zwei Nationen leben: die Armen und die Reichen. In der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft eines Landes existieren vom Gesichtspunkt der sozialen Klassenstruktur faktisch zwei Nationen. Unsere geschichtlichen Traditionen, das sind der Bauernkrieg des Mittelalters, die Revolution von 1848, der Kampf von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegen die Monarchien und die Eroberungskriege, die Novemberrevolution 1918 und die revolutionären Kämpfe in den folgenden Jahren. Wir fühlen uns als Erben und Vollstrecker des Vermächtnisses von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann, die Deutschland als sozialistische Republik gestalten wollten und darum von der Reaktion ermordet wurden.

In der BRD werden völlig entgegengesetzte geschichtliche Traditionen gepflegt. Dort feiert man in den Geschichtsbüchern die Schlächter der Bauern des Mittelalters, die Hohenzollernsche Reaktion, dort werden Krieg und Ausbeutung und die Niederschlagung der deutschen Arbeitererhebungen des 20. Jahrhunderts verherrlicht.

Was das frühere deutsche Reich betrifft, so bestand die sogenannte **Gemeinsamkeit** doch nur darin, daß die Armen der Amboß waren, auf den der Hammer der Reichen nach Lust und Willkür schlug. Das gilt für die feudale wie für die kapitalistische Gesellschaft.

Die deutschen Bauern der größten Erhebungen des mittelalterlichen Europas fühlten so wenig **Gemeinsamkeit** mit ihren Fürsten wie die deutschen Arbeiter des 19. und 20. Jahrhunderts keine **Gemeinsamkeit** mit ihren Ausbeutern empfanden – und das trotz der einheitlichen Sprache.

Was dieses Argument von der **gemeinsamen deutschen Sprache** betrifft, so sprechen die Österreicher bekanntlich auch deutsch, und in großen Teilen der Schweiz und Luxemburgs und Ostfrankreichs ist es genauso. Mit diesem Argument der **gemeinsamen Sprache** kommt man in sehr gefährliche Nähe zur großdeutschen Konzeption Hitlers, der seine ersten Annexionen mit der Notwendigkeit der staatlichen Zusammengehörigkeit aller deutschsprachigen Menschen begründete. Uns aber stehen die russisch sprechenden Arbeiter Moskaus, die englisch sprechenden



Bergarbeiter Schottlands, die französisch sprechende Belegschaft von Renault, die italienischen Landarbeiter tausendmal näher als die deutsch sprechenden Herren Siemens, Abs und Krupp.

Indem das Proletariat – wie Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ begründeten – die politische Herrschaft erobert, erhebt es sich zur nationalen Klasse, konstituiert es sich selbst zur Nation. Mit der Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht und dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft entwickelt sich ein neuer Typus der Nation, die sozialistische Nation. So ist es in der Deutschen Demokratischen Republik im Gegensatz zur BRD. Dort besteht die bürgerliche Nation fort, dort wird die nationale Frage weiterhin durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt, der im Verlauf des welthistorischen Prozesses beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus seine Lösung finden wird.

Der eigentliche Charakter der nationalistischen Bonner Konzeption und der daraus abgeleiteten politischen Taktik wird völlig klar, wenn man ihr Ziel ins Auge faßt. Es geht den herrschenden Kreisen in der BRD darum, mit der Parole von der angeblichen „Einheit der Nation“ das vom proletarischen Internationalismus und vom sozialistischen Patriotismus geprägte Bewußtsein der Bürger der DDR zu stören, den Prozeß der Integration der DDR in die sozialistische Staatengemeinschaft aufzuhalten, um eines Tages die DDR im Zeichen einer solch angeblichen „Gemeinsamkeit“ doch noch in den Machtbereich des Imperialismus zurückführen zu können.

Wenn Bonn so verbissen das normale interstaatliche Verhältnis zwischen DDR und BRD ablehnt und auf sogenannten „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ besteht, dann handelt es sich um eine aktualisierte Variante der Adenauerschen Wiedervereinigungspolitik, allerdings diesmal nicht unter unmittelbar militärischen Vorzeichen. Sie wird jetzt wieder ins Spiel gebracht,

um es zu verderben. Wer heute „innerdeutsch“ sagt, meint und will Einmischung. Man möchte die DDR doch noch unter Bonns Imperialistenjoch zwingen, was natürlich aussichtslos ist. Es geschieht, um sich der im Vertrag mit der Sowjetunion eingegangenen Verpflichtung zu entziehen, normale, zwischen unabhängigen Staaten übliche völkerrechtliche Beziehungen mit der DDR aufzunehmen. Dabei ist es, nebenbei gesagt, für die Aufnahme solcher Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten völlig gleichgültig, ob sie sich als Staaten einer Nation oder zweier Nationen betrachten. In einem Vertrag über die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen hat dieses Problem nichts zu suchen; es ist auch gegenstandslos im Zusammenhang mit der Frage der Aufnahme beider Staaten in die UNO; denn diese ist ja eine Organisation von Staaten und nicht von Nationen.

So in die Enge getrieben, flüchteten sich die Feinde der gleichberechtigten UNO-Aufnahme beider deutscher Staaten, die identisch sind mit den Saboteuren der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen ihnen, in das Argument, daß ja die vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges die Verantwortung für beide deutsche Staaten tragen. Aber erstens hat die Sowjetunion 1955 alle Souveränitätsrechte der DDR übertragen, und zweitens ist die Bundesrepublik einer der wichtigsten kapitalistischen Staaten, der seine tatsächliche Souveränität gerade gegenwärtig zu einer internationalen Offensive gegen die DDR mißbraucht. Auf Betreiben Bonn wurde 1972 der DDR sowohl der Eintritt in die Weltgesundheitsorganisation wie auch die gleichberechtigte Teilnahme an der Stockholmer Umweltschutzkonferenz verweigert, wodurch deren Universalität verhindert worden ist. Wo immer ein Staat die Beziehungen zur DDR normalisieren will, da läßt Bonn alle Mienen der diplomatischen, wirtschaftlichen und finanziellen Erpressungen springen – von Österreich bis Indien, von Stockholm bis Rom, von Afrika bis Lateinamerika.

Die Flucht der Regierung der BRD in die sogenannte Viermächte-Verantwortung und vertragsfremde Fragen wie das Problem der Nation können nur als Versuch gewertet werden, sich ein neues Alibi für ihr dem Völkerrecht widersprechendes Verhalten zu verschaffen. Im Gegensatz zum imperialistischen Verhalten der BRD zur DDR hat diese niemals versucht, der Bundesrepublik im Verhältnis zu anderen Staaten einen minderen Status zuzusprechen beziehungsweise sich in die Beziehungen zwischen anderen Staaten und der BRD einzumischen. Die DDR ist jederzeit bereit, mit allen Staaten, darunter auch mit der BRD, normale völkerrechtliche Beziehungen aufzunehmen.

elan-Interview

Auf der Anklagebank: Portugal

Am 13. und 14. Januar 1973 wird in Dortmund ein Kongreß unter der Losung „Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique“ stattfinden. Bisher haben 57 Jugendgruppen, Jugendorganisationen, christliche Jugendgruppen und „Aktionskomitees 3. Welt“ den Aufruf unterstützt und zur Vorbereitung des Kongresses ein sechsköpfiges Komitee aus den Reihen der veranstaltenden Organisationen eingesetzt. elan-Redakteur Peter Bubenberger sprach über die Ziele und Aufgaben des Kongresses mit Gerald Baars vom „Aktionskreis 3. Welt Dortmund“.

elan: Gerald, du gehörst zu den Initiatoren des Kongresses und bist Mitglied des Vorbereitungskomitees. Wie setzen sich die bisher beteiligten Gruppen zusammen?

Baars: Wir sind davon ausgegangen, daß es möglich und notwendig ist, die verschiedenen christlichen, demokratischen und sozialistischen Jugendgruppen und -organisationen, die in vielfältiger Form aktive Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien leisten, in einem breiten Aktionsbündnis zusammenzufassen, um so die Solidaritätsbewegung gegen Portugals „Vietnamkrieg in Afrika“ stärker und wirksamer zu machen. Bisher sind es vor allem die „Aktionskomitees 3. Welt“ in den verschiedenen Städten und christliche Jugendgruppen, die den Kongreß unterstützen. Weiterhin nehmen die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und der Marxistische Studentenbund Spartakus und der Sozialdemokratische Hochschulbund teil. Wir sind aber sicher, daß sich noch weitere Gruppen und Organisationen beteiligen werden. Insbesondere hoffen wir auf eine noch stärkere Mitarbeit von christlichen Gruppen. Denn christliches Engagement und Solidarität mit den vom Imperialismus unterdrückten Völkern gehören zusammen, wie ich meine.

elan: Welche Ziele habt ihr euch mit dem Kongreß gestellt?

Baars: Es sind vor allem drei Hauptziele, die wir uns stellen.

1. Die militärische, finanzielle und politische Unterstützung des blutigen portugiesischen Kolonialkrieges gegen die Völker von Angola, Guinea/Bassao und Mozambique durch die Bundesregierung muß gestoppt werden.
2. Mit unserem Kongreß wollen wir einen Beitrag leisten, das faschistische Portugal in der Weltöffentlichkeit zu isolieren. Und wir wollen
3. die Solidarität in unserem Land mit

den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien verstärken.

elan: Wie wird die Arbeit des Kongresses konkret aussehen? Welche Aufgaben, Fragen und Probleme sollen angesprochen werden?

Baars: Wir werden den Kongreß mit Reden von Vertretern der Befreiungsbewegungen aus Angola, Mozambique und Guinea-Bissao einleiten. In sechs Arbeitsgemeinschaften werden wir dann an die Arbeit gehen. Die kolonialistische Politik Portugals in Afrika, die Rolle der rassistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien, bei der Unterstützung Portugals, die Rolle der westdeutschen Konzerne und der Bundesrepublik bei der Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Völker, das Verhältnis von Kirche und Kolonialismus, die Rolle der Befreiungsbewegungen im militärischen Kampf, ihre sozialen und politischen Leistungen beim

Aufbau und der Verwaltung der befreiten Gebiete dieser Länder – das werden Themen unseres Kongresses sein. Die Ergebnisse unserer Diskussionen und Ausarbeitungen wollen wir einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Und wir werden auch gemeinsam beraten, wie wir im Ergebnis des Kongresses zu gemeinsamen konkreten Aktionen und Kampagnen kommen können. Zum Beispiel: Schluß mit der Lieferung militärischer Ausrüstungsgegenstände an Portugal durch die Bundesregierung – das wäre eine solche Kampagne.

Oder auch eine möglichst breite Teilnahme an der kirchlichen Aktion „Angola-Sonntag“, die im Mai 1973 sein wird.

elan: „Antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ – das ist die Losung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin (DDR). Kann man sagen, daß ihr euren Kongreß auch als einen Teil dieser antiimperialistischen Solidarität und als Beitrag zu den Weltfestspielen versteht?

Baars: Auch in zahlreichen anderen Ländern setzen sich Jugendliche aktiv gegen den portugiesischen Kolonialismus und für die Befreiungsbewegungen ein – unser Kongreß ist selbstverständlich ein Teil dieser weltweiten Solidaritätsbewegung der Jugend.

Wir wollen das gemeinsame Handeln der Jugend in der BRD für die unterdrückten Völker in den portugiesischen Kolonien fördern. Dabei ist nicht das Entscheidende, welche politische, weltanschauliche oder religiöse Haltung jemand hat. Das Entscheidende ist, aktiv teilzunehmen und einen Beitrag zu leisten für die Befreiung der Völker vom Imperialismus. Dieser Grundgedanke und Geist der Weltfestspiele gilt sicher auch für unsere Arbeit.

Meldungen aus den Jugendverbänden

Anläßlich des 1. Kongresses des Sozialistischen Jugendverbandes der CSSR wurde in Prag am 26. September 1972 ein Programm „Über gegenseitige Zusammenarbeit zwischen dem Sozialistischen Jugendverband der CSSR und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend der BRD“ vereinbart, das vom 1. Sekretär des SSM, Jurhay Varholic und dem Bundesvorsitzenden der SDAJ, Rolf-Jürgen Priemer, unterzeichnet wurde.

Das Programm hat Gültigkeit für die Jahre 1972/73. Es sieht unter anderem regelmäßige Konsultationen zwischen den beiden Jugendverbänden sowie die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen SSM und SDAJ auf zentraler, regionaler und örtlicher Ebene und den Austausch von Materia-

lien, Studien- und Touristendelegationen vor.

In dem Programm heißt es:

„Der SSM und die SDAJ werden deshalb politische Dokumente, Materialien, Publikationen, Informationen und Erfahrungen aus der Praxis und aus dem Leben und der Arbeit der jungen Menschen in ihren Ländern austauschen und sich mit den in ihrer Tätigkeit erreichten Erfolgen bekannt machen. Sie werden Austausche von Studien-delegationen realisieren, Konsultationen durchführen, Austausch von Journalisten, Pressematerialien und Informationen auf der Seite ihrer oder ihnen nahestehender Zeitschriften und über die Arbeit der fortschrittlichen Jugend ihrer Länder vornehmen.“

In dem Programm erklären sich beide



Organisationen für die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an und ihre Bereitschaft, zu seiner Annullierung beizutragen. SSM und SDAJ sehen in den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 in Berlin/DDR eine gute Möglichkeit, die antiimperialistische Jugendbewegung zu stärken. Der SSM begrüßt die Initiativen der SDAJ in der BRD, in Vorbereitung des Festivals die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte der Jugend herzustellen im Geiste des Auf Rufes des Internationalen Vorbereitungs komitees.

Im Düsseldorfer „CVJM-Haus des Jungen Mannes“ wird die Hilfsaktion Vietnam vom 2.–3.12.72 einen „Friedens bazar“ durchführen. Ein großer Kunstmarkt unter der Schirmherrschaft von Uta Ranke-Heinemann wird am 4.12.1972 eröffnet. Gleichzeitig findet eine Fotoausstellung über Vietnam mit Bildern des Fotojournalisten Hilmar Pabel statt.

von der Kolonialherrschaft befreien und eine eigene, ihrem Volk dienende Öl wirtschaft betreiben wollen, dann werden sich die großen kapitalistischen Ölkonzerne gegen solche Freiheits behebungen aus ökonomischen Gründen wenden, werden Konterrevolutionen anzuzetteln versuchen oder ein anderes Land, wie etwa Israel, zum Angriff auf sie ausrüsten oder direkt selber einfallen, wie England 1956 in Ägypten. Man sagt darum öfter: Öl ist der Grund der „Spannungen“ im Nahen Osten, es ist das Öl, das die amerikanische 7. Flotte im Mittelmeer für die amerikanischen Monopole „schützen“ soll.

Doch muß man heute weiter, umfassender sehen. Heute stehen sich in der Welt zwei Gesellschaftsordnungen gegenüber. Jede der beiden Gesellschaftsordnungen hat ihre eigene ökonomische Basis, mit eigenen Gesetzmäßigkeiten. Das heißt, es sind sowohl einzelne Monopole wie auch das gesamte Monopolkapital, die in ihrem ökonomisch begründeten Streben nach Weltherrschaft durch die Existenz des Sozialismus beschränkt sind, ja die durch den Fortschritt der Geschichte, durch die Befreiung immer neuer Länder von der Herrschaft des Monopolkapitals immer mehr in ihrem Streben nach ökonomischer und politischer Macht, in der Ausbeutung und Unterdrückung von Millionen und aber Millionen Menschen zur Erzielung von Monopolprofiten eingengt werden.

Wenn wir das verstehen, werden wir auch die ganze Bedeutung der zwischen der Sowjetunion und den USA im Mai in Moskau geschlossenen Verträge über gewisse Rüstungsbeschränkungen verstehen. Sie stellen einen Sieg des notwendig, letztlich ökonomisch begründeten Kampfes des Sozialismus gegen das notwendig, ökonomisch begründete, aggressive Monopolkapital, sie stellen eine beschränkte Bändigung des Monopolkapitals dar.

Eine beschränkte (!) Bändigung – darum schrieb auch die „Prawda“ nach dem Abschluß der Abkommen: „Auch künftig muß der unversöhnliche Kampf gegen die aggressiven imperialistischen Kräfte . . . geführt werden.“³⁾ Denn solange das Monopolkapital existiert, ist es, ökonomisch bedingt, notwendigerweise aggressiv.

Seine Aggressivität wird erst mit dem Ende seiner Existenz verschwinden. Aber jeder neue Schritt zur Bändigung seiner Aggressivität ist von größter Bedeutung. Darum tun wir jetzt alles für die Einberufung und den Erfolg einer europäischen Sicherheitskonferenz.

1) W. I. Lenin, die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Werke Bd. 28, Berlin 1959, S. 237f.

2) W. I. Lenin, Werke Bd 22, Berlin, 1960, S. 257

3) Zitiert nach „Neues Deutschland“, 30. Mai 1972, S. 6

Warum sind Monopole aggressiv?

Über Charakter und Ziele des Monopolkapitals / Die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes gegen die aggressiven imperialistischen Kräfte / Eine Betrachtung von Prof. Jürgen Kuczynski

Menschen sind nun einmal aggressiv, lehren bürgerliche Verhaltensforscher – der bekannteste unter ihnen ist heute wohl Konrad Lorenz – und fügen entschuldigend hinzu: Das haben sie von den Tieren geerbt. Und so sind natürlich auch die Monopolisten aggressiv. Doch stimmt das nicht. Ich habe viele Tiere, zum Beispiel Schnecken, und auch einzelne Monopolisten kennengelernt, die gar nicht aggressiv waren, ja einen geradezu milden Charakter zu haben schienen. Ein Konzernherr seufzte sogar im September 1939: „Zu schade, schon wieder ein Weltkrieg notwendig!“

Und der Mann hatte von seinem Standpunkt aus gar nicht ganz unrecht. Notwendig! Ja notwendig sind Kriege für das Monopolkapital. Niemand hat das klarer nachgewiesen als Lenin, der noch weiter präziserte und ökonomisch notwendig sagte. „Der Imperialismus dagegen, d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich

kraft seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch sehr geringe Friedfertigkeit und Freiheitsliebe und sehr große, überall wahrzunehmende Entwicklung des Militarismus aus.“¹⁾

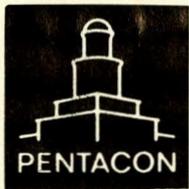
Es sind aber nicht die Monopolisten als Menschen, sondern die Monopole, die auf Grund ihrer ökonomischen Eigenschaften aggressiv sind. „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen“, schreibt Lenin im „Imperialismus“.²⁾

Monopol heißt doch Alleinherrschaft – das heißt zum Beispiel, jeder Ölkonzern wird versuchen, das gesamte Erdöl der Welt sich anzueignen, um Produktion und Preis zu beherrschen – und wenn das nicht gelingt, wird er sich mit anderen Ölkonzernen zusammenschließen, um ein gemeinsames Weltmonopol zu schaffen. Und wenn einzelne ölproduzierende Länder wie der Irak oder Syrien sich

**schnell
und
sicher**



**spiegel-
reflex-
scharfe
Fotos**



PRAKTICA LTL

Einfaches Filmeinlegen mit PENTACON-Loading. Das ausgewählte Motiv spiegelreflexscharf wiedergeben. Einen Schritt vorwärts machen mit der PRAKTICA LTL.



Das Hobby zur Perfektion führen. Im Spiegelreflexsucher auf einen Blick alles erfassen. Durch PENTACON-Innenmessung richtig belichten.

Kombinat VEB PENTACON DRESDEN
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Weitere Informationen durch Ihren Fotohändler oder durch BERO FLEX Kamera-Film-AG, 1 Berlin 15, Umlandstr. 158

Der Grundvertrag BRD - DDR

Der Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR hat folgenden Wortlaut:

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Die hohen vertragschließenden Seiten, eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten, in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, in der Erkenntnis, daß sich daher die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten haben, ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 5

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen.

Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen.

Artikel 6

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 7

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.



Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3

Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, daß keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden Ständige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet. Die praktischen Fragen, die mit der Einrichtung der Vertretungen zusammenhängen, werden zusätzlich geregelt.

Artikel 9

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen darin überein, daß durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage nach dem Austausch entsprechender Noten in Kraft. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der hohen vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet. Geschehen in Berlin am..... 1972 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik
Deutschland

Für die Deutsche
Demokratische Republik

Jetzt:

Ratifizieren! Unterzeichnen! Verwirklichen!

elam
POLIT-POSTER

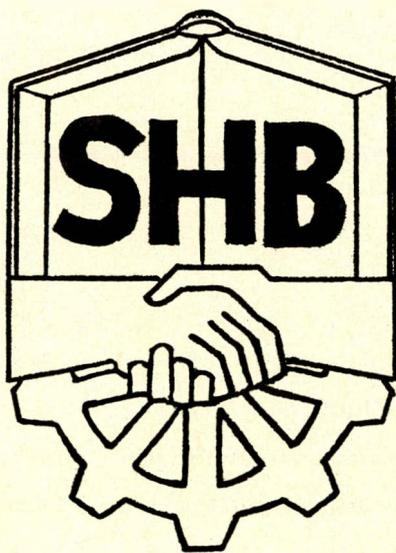
Konkret
jetzt
jeden
Donnerstag

f o r u m

forum der
jugend-
verbände

SHB: „Man kann nicht zwei Herren dienen“

Von der 13. ordentlichen Bundesdelegierten-
versammlung des Sozialdemokratischen Hochschul-
bundes (SHB) berichtet Wolfgang Bartels



Rund 90 Delegierte von rund 80 SHB-Gruppen in allen Hochschulorten der Bundesrepublik waren vom 3. bis 5. November in der Mensa der Bonner Universität zusammengekommen, um mit der Diskussion und Verabschiedung wichtiger Grundsatzdokumente den weiteren Kurs des Verbandes zu bestimmen. Herzlich wurden zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland begrüßt, Vertreter des Internationalen Studentenbundes, des Studentenrates der UdSSR, des Zentralrats der FDJ aus der DDR, der Dachorganisation der französischen Studenten UNEF und einer ganzen Reihe fortschrittlicher Organisationen aus der Bundesrepublik. Schon beim ersten Blick in die Mensa wurde dem Beobachter deutlich,

worum es hier ging. Auf dem riesigen Transparent hinter dem Präsidium war der Name „Sozialdemokratisch“ mit Tesakrepp-Streifen überklebt. Eine Anspielung darauf, daß der SPD-Vorstand seiner Studentenorganisation die Führung des Namens untersagt hat (siehe auch den Beitrag „Der lange Weg des SHB“).

Die Konferenz war gekennzeichnet von der Standortbestimmung des SHB in der sozialdemokratischen Bewegung und der Auseinandersetzung mit der Politik der Parteiführung.

Dilemma der SPD-Führung

Der bisherige Erste Sprecher des SHB, Stefan Albrecht, kennzeichnete in seinem Rechenschaftsbericht „das Dilemma rechtssozialdemokratischer Politik“: „Man kann nicht zwei Herren zugleich dienen, entweder man ist für oder gegen die Arbeiterklasse.“ Die Erfahrung habe



„Und noch das Hündchen weg, dann werden wir rechte Freunde!“

gezeigt, „daß die SPD-Führung weitgehend bereit ist, auf die Forderungen der Reaktion einzugehen“. Da die Maßnahmen der Reaktion, in verschiedenen Fragen von der Regierung aktiv vorangetrieben, den wachsenden Widerstand der Bevölkerung hervorrufen, komme hier den klassenbewußten Kräften in der Sozialdemokratie eine sehr wichtige Rolle zu: „Indem sie sich als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse theoretisch und praktisch bewähren müssen, und die Verbindung mit der arbeitenden Bevölkerung festigen, wird es auch möglich sein, die innerparteilichen Kräfteverhältnisse positiv zu beeinflussen.“

Deswegen wird der SHB am Namen „Sozialdemokratisch“ festhalten, wie es in einem einstimmig gefaßten Beschluß zum Ausdruck gebracht wird. Der Beschluß der SPD-Führung wird als Versuch bezeichnet, die „Diskussion über den Inhalt sozialdemokratischer Politik mit administrativen Mitteln zu verhindern“.

In einem ausführlichen Grundsatzprogramm und einer thesenartigen Grundsatzserklärung – von der Konferenz mit mehr als der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet – werden die Grundlagen und Ziele der Arbeit des SHB festgelegt (siehe auch: Im Wortlaut). Der SHB kämpft an der Seite der Arbeiterklasse für demokratische Reformen, um den Einfluß der Arbeiterklasse zu erhöhen und die Bedingungen für die Erkämpfung des Sozialismus zu verbessern, für den der SHB eintritt. Als politischer Studentenverband vertritt er die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung und führt den Kampf um die Demokratisierung der Hochschule und für die Durchsetzung der materiellen und politischen Interessen der Studenten.

Schlüssel zum Erfolg: Aktionseinheit

Um dieses Ziel zu erreichen, betrachtet der SHB die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte, vor allem das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten, als unumgänglich. Im Hochschulbereich arbeitet der SHB daher besonders eng mit dem Marxistischen Studentenbund – Spartakus zusammen. Hierbei verweist der

SHB auf die Beispiele von programmatischen Vereinbarungen und praktischer Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in anderen Ländern wie z.B. in Frankreich, Chile, Finnland und Italien. Vor allem das gemeinsame Regierungsprogramm der Französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei wird in einem einmütig gefaßten Beschluß als „eine wichtige Grundlage für die Diskussion um die Perspektive des gemeinsamen Kampfes in der BRD“ begrüßt. Stefan Albrecht wies daraufhin, daß die Erfahrungen in Frankreich wertvolle Hinweise für die Arbeit des SHB geben, denn „die Münchner Antikommunismus-Beschlüsse (der SPD-Führung) sollen nicht für immer die Sozialdemokratie an die großbürgerliche CDU/CSU binden“.

Mit großer Einmütigkeit faßte die Konferenz eine Reihe weiterer Beschlüsse, die in ein Aktionsprogramm eingearbeitet wurden. Der SHB wird im kommenden Jahr eine Kampagne gegen Rechts an den Hochschulen, vor allem gegen den reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und den CDU-Karrieristen-Club „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS), führen. Anlässlich des Jahrestages der Berufsverbotsbeschlüsse im Januar 1973 wird eine Kampagne gegen die Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte die Notwendigkeit des breiten Bündnisses aller demokratischen Kräfte zeigen. Der SHB unterstützt die vds-Kampagne gegen die materielle Misere im Bildungsbereich, wird eine breit angelegte Kampagne gegen den Numerus clausus führen und seine Bemühungen für eine demokratische Studienreform und ein demokratisches Ausbildungsförderungssystem verstärken.

Vorwärts zum X. Festival

Auch der internationale Teil des Aktionsprogramms hat beachtliches Format. Der SHB wird seine Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas besonders durch eine Steigerung der materiellen Hilfeleistung beweisen. Bis zu seiner nächsten Bundesdelegiertenversammlung will er mindestens 25 000 DM für das Kinderkrankenhaus Nguyen Van Troi sammeln. Von den USA wurde die sofortige Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens verlangt. Um die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu verstärken, wird der SHB zentrale Veranstaltungen durchführen. Der SHB wird eine zentrale Großveranstaltung zur Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Anfang Januar 1973 in Dortmund unterstützen und mitvorbereiten. Besonderes Augenmerk legt der SHB als Mitglied des Arbeitskreises Festival auf seine Beiträge zur Vorbe-

ereitung der X. Weltfestspiele 1973 in Berlin/DDR.

Die Diskussionen auf dieser Konferenz verliefen nicht immer widerspruchsfrei. Nachdem linksopportunistische Kräfte zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, spielten wieder rechtsopportunistische Einflüsse aus Kreisen der Jungsozialisten eine zunehmende Rolle, ohne jedoch die Gesamtpolitik des Verbandes beeinflussen zu können.

Die Neuwahlen zum Bundesvorstand des SHB brachten folgendes Ergebnis: Bundesvorsitzender wurde Hans-Bernhard Northof (Erlangen), stellvertreten-

de Bundesvorsitzende wurden Herbert Oberste-Lehn (Bielefeld) und Rolf Pohlhausen (Marburg). Oberste-Lehn war kürzlich aus der SPD und den Jungsozialisten ausgeschlossen worden „wegen konsequenter Vertretung der Linie des SHB“. Der vorherige Bundesvorsitzende Stefan Albrecht betonte: „Wir betrachten es als Zeichen der Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften der Jungsozialisten, gerade Oberste-Lehn für den Bundesvorstand vorzuschlagen.“ Weiter gehören dem Bundesvorstand an Peter Stein (Hamburg) und Konrad Tiburzy (Oldenburg).

Der lange Weg des SHB

Die Entwicklung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) vom parteifrommen Karrieristenverein zum sozialistischen Studentenverband

Von Wolfgang Bartels

Noch bevor sich die SPD-Führung von ihrem ersten Studentenverband, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) trennt, gründet sie im Jahre 1960 als parteifrommen Ersatz den SHB. Der SDS ist der rechten Parteiführung unbequem geworden, weil die in ihm organisierte junge sozialistische Intelligenz nicht bereit ist, den Übergang der SPD auf Positionen des Monopolkapitals, die Öffnung zur angeblich klassenneutralen „Volkspartei“ und die Aufgabe marxistischer Prinzipien durch das Godesberger Programm von 1959 mitzuvollziehen.

Doch so erfreulich sich der neue Hochschulbund im Sinne der rechten Parteiführung mit seiner scharf antikommunistischen Ideologie als Sprungbrett für Parteikarrieren auch anläßt, die Freude währt nicht lange. Wird im Jahre 1962 der Antikommunismus vom SHB noch „als selbstverständliche Konsequenz unserer demokratischen Überzeugung“ gefeiert, treten bereits ein Jahr später die ersten Kontroversen zwischen SHB und SPD in ost- und bildungspolitischen Fragen auf. In den Jahren darauf folgen Kontakte zum SDS, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Kontaktaufnahme zu Studentenorganisationen sozialistischer Staaten, die Forderung nach Anerkennung der DDR. In jenen Jahren schreibt „Die Zeit“: „Die Sozialdemokraten sind nun in der Auseinandersetzung mit ihrem intellektuellen Nachwuchs wieder dort, wo 1960 der Streit begonnen hatte.“

1967: Zum ersten Mal Mittelentzug

Die Distanzierung des SHB von der offiziellen SPD-Politik wird immer schärfer. Er wendet sich gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen das KPD-Verbot und gegen den Krieg in Vietnam. Als Ende 1966 die SPD mit der CDU/CSU im Ehebett der Großen Koalition landet, beginnt der SHB sich als Teil der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) zu betrachten, was ihm das erste Mal den Entzug der finanziellen Mittel durch den SPD-Vorstand einbringt. 1968 beschließt die Bundesdelegiertenversammlung des SHB, nur solche SPD-Kandidaten im Bundestagswahlkampf zu unterstützen, die die Koalition mit der CDU/CSU, die Notstandsgesetze, die geplante undemokratische Wahlrechtsreform und die Politik der Sozialpartnerschaft und der „Konzertierten Aktion“ ablehnen und für mehr demokratische Rechte eintreten.

Während die „antiautoritäre“ Studentenbewegung und der SDS in ihrer Auflösungsphase noch gegen das „Establishment“ kämpfen und Gewerkschaftsfeindlichkeit mit illusionären Avantgarde-Ansprüchen in der Studentenschaft blühen lassen, entwickelt der SHB die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung und gelangt so erstmals zu einem Konzept der Interessenvertretung der Studenten an der Seite der Arbeiter-

klasse. Zusammen mit dem 1970 gegründeten Marxistischen Studentenbund – Spartakus gelingt es dem SHB, den Verband Deutscher Studentenschaften (vds), den studentischen Dachverband, vor der Zerschlagung durch links-chaotische Kräfte zu bewahren und wieder zu festigen. Der SHB wird zu einer führenden Kraft in der demokratischen Studentenbewegung.

SHB bekennt sich zum fortschrittlichen Teil der Sozialdemokratie

Die Auseinandersetzungen zwischen dem SHB und dem rechten SPD-Partei-Flügel spitzen sich weiter zu, als im SHB zunehmend erkannt wird, daß die SPD-Regierungspolitik im Interesse des Monopolkapitals steht. Die Konsequenz für den SHB ist die stärkere Hinwendung zum fortschrittlichen Teil der Sozialdemokratie. Zum entscheidenden Punkt im Verhältnis zur SPD entwickelt sich die Frage der Aktionseinheit. In Absetzung zum verstärkten antikommunistischen Kurs der SPD-Führung wird vom SHB das Bündnis mit allen demokratischen Kräften, vor allem mit Kommunisten, gefordert und praktiziert. Die Ablehnung und Ignorierung der Münchner Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung durch den SHB führt im März 1971 erneut zur Streichung der finanziellen Unterstützung. Im Dezember beschließt die 12. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des SHB eine klare antiimperialistische

Informationen über den SHB-Förderkreis über SHB, 53 Bonn, Rosental 11. Spenden für den SHB auf das Postscheckkonto Köln 10251.

Orientierung. Das führt dazu, daß eine dem Druck der SPD-Führung nachgebende Minderheit als „Sozialistische Fraktion“ die Konferenz verläßt. Als die SPD-Führung feststellen muß, daß die opportunistische Gruppierung, von der sie sich eine Verwässerung der klaren Linie des SHB erhofft hatte, in Bedeutungslosigkeit und Auflösung versinkt, beschließen die Führungsgremien der SPD im Juni 1972, dem Verband die Führung des Namens „sozialdemokratisch“ zu untersagen.

Brandt gehorcht Barzel

Der Zeitpunkt dieser Maßnahme ist nicht zufällig. Durch den Ausbau seiner starken Stellung an den Hochschulen (der SHB zählt 3 000 Mitglieder in ca. 80 Gruppen), durch die Unterstützung, die seine Politik zunehmend in Kreisen der Jungsozialisten findet und durch die

wegen seines konsequenten Eintretens für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gestärkte Zusammenarbeit mit Untergliederungen der SPD und der Gewerkschaften wird der SHB der Reaktion ein Dorn im Auge. Barzel fordert im Bundestag von der SPD Maßnahmen gegen ihre Studentenorganisation und Brandt zögert nicht lange, sie durchzuführen.

Eine breite Solidaritätsbewegung mit dem SHB in- und außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung beginnt. Von der SPD-Führung wird die Zurücknahme der Namensaberkennung gefordert. Ein Förderkreis hilft dem SHB über die Finanzierungslücken hinwegzukommen.

Der SHB ist nicht bereit, dem Druck der rechten Parteiführung nachzugeben. Im November 1972 erklärt der bisherige

Erste Sprecher, Stefan Albrecht, vor der 13. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung: „Die Ursache für das Vorgehen des Parteivorstandes liegt in seiner Position gegen die Arbeiterbewegung und gegen die sozialistischen Kräfte in der SPD begründet. Das Eingehen auf seine Forderungen zur Abgrenzung hätte ihm mehr und weiteren politischen Spielraum für Repressalien und Diversionsmöglichkeiten gelassen, in keinem Fall aber uns mehr Aktionsmöglichkeit gegeben. Ein Eingehen auf seine Forderungen zur Abgrenzung hätte uns zudem nach und nach von der Masse der Studenten isoliert, die uns gerade deswegen wählen, weil wir ihre Interessen gegen die Reaktion und das Kapital vertreten und damit teilweise auch gegen den rechten SPD-Flügel.“

Im Wortlaut:

Grundsatzerklärung des SHB

Der SHB kämpft für eine Gesellschaftsordnung, in der das kapitalistische Profitprinzip abgeschafft ist und der arbeitende Mensch im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Planung und Entwicklung steht, für eine Gesellschaftsordnung also, die auf der Grundlage der Ausübung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen die Demokratisierung aller Lebensbereiche für die arbeitende Bevölkerung bedeutet: für den Sozialismus.

Unter den Bedingungen des heutigen Monopolkapitalismus und seiner Tendenz zur Reaktion in allen gesellschaftlichen Bereichen kämpft der SHB an der Seite der Arbeiterklasse für demokratische Reformen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich, um so die Einflußmöglichkeit der Arbeiterklasse gegen die Macht- und Herrschaftssphäre des Großkapitals zu erhöhen und die Bedingungen zur Er kämpfung des Sozialismus zu verbessern.

In diesem Rahmen ist es für den SHB notwendig, in der Verbindung von gewerkschaftlich orientierter Massenpolitik an der Hochschule und Politik als Bestandteil der fortschrittlichen Sozialdemokratie im Kampf um eine demokratische Wissenschafts- und Bil-

dungspolitik einen Beitrag zum demokratischen und sozialistischen Kampf der Arbeiterbewegung zu leisten.

Der SHB als politischer Studentenverband hat zum Ziel, die Studenten für den demokratischen und sozialistischen Kampf zu gewinnen. Deshalb leistet der SHB einen Beitrag dazu, die Studenten in der politischen Praxis ihre reale Lage und ihr historisches Interesse an der Überwindung des staatsmonopolistischen Systems erkennen zu lassen.

Der SHB vertritt in den Organen der verfaßten Studentenschaft die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung: Er führt den Kampf um die Demokratisierung der Hochschule und um die Durchsetzung der materiellen und politischen Interessen der Studenten, wozu auch die politische und soziale Gleichberechtigung der ausländischen Kommilitonen gehört. Durch diese Politik fördert der SHB bei der Masse der Studenten die Einsicht in die Notwendigkeit des organisierten solidarischen Handelns.

Die Demokratisierung des Bildungswesens ist die vorrangige Aufgabe im demokratischen Kampf des SHB an der Hochschule.

Ein demokratisches Bildungswesen beinhaltet für den SHB eine wissenschaftliche Ausbildung mit höchstmöglicher Qualifikation für den

späteren Beruf und die Ausrichtung der Lehrinhalte an den sozialen und politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Die Ausbildung muß den Lernenden befähigen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, um ihm selbständiges politisches Denken und Handeln zu ermöglichen. Das erfordert die Einbeziehung des wissenschaftlichen Sozialismus in Forschung und Lehre, vertreten durch marxistische Wissenschaftler an der Hochschule.

Als institutionelle und strukturelle Konsequenz fordert der SHB die Integrierte Gesamthochschule, in der die Mitbestimmung von Lernenden und Lehrenden sowie der Gewerkschaften gesichert ist. Der notwendig umfassende Ausbau des Bildungswesens wie auch die Realisierung eines Gleichheit der Bildungschancen für Arbeiterkinder anstrebbenden Ausbildungsförderungssystem für alle Auszubildenden darf finanziell nicht auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden, sondern muß durch Herabsetzung des Rüstungshaushalts und Erhöhung der Besteuerung der Konzernprofite erfolgen.

Der SHB trägt im demokratischen Kampf an der Hochschule mit zu der Einsicht bei, daß die fortschrittlichen Forderungen der lernenden Jugend gegen die Monopolbourgeoisie nur an der Seite der Arbeiterklasse durchgesetzt werden können.

Der SHB ist eine sozialdemokratische Studentenorganisation, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus um die sozialistische Umgestaltung der BRD kämpft. Hierbei leistet die marxistische Theorie und Praxis der Politik des Verbandes einen Beitrag für die Erreichung des Zieles, dem Sieg der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten gesellschaftlichen Schich-

ten über die Klasse des Monopolkapitals.

Der SHB geht davon aus, daß der Sozialdemokratie in den gegenwärtigen und zukünftigen Klassenauseinandersetzungen eine entscheidende Rolle zukommt, weil ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse auf die Sozialdemokratie orientiert und in der SPD organisiert ist. Der SHB hat jedoch andere Auffassungen als der rechte Flügel der SPD, dessen Strategie theoretisch wie praktisch die kapitalistische Ordnung zu stabilisieren versucht und auf die Integration der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Intelligenz in das herrschende imperialistische System ausgerichtet ist.

Deshalb sieht der SHB es als eine wichtige Aufgabe an, die klassenbewußten Kräfte in der SPD zu stärken. So arbeiten die in der SPD organisierten SHB-Mitglieder gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften aktiv bei den Jungsozialisten und in der SPD mit, um der marxistischen Theorie und Praxis innerhalb der SPD größeren Einfluß zu verschaffen.

Um wirkungsvoller demokratische Ziele und Vorstellungen durchsetzen zu können, arbeitet der SHB an den Hochschulen und im gesamtgesellschaftlichen Rahmen mit anderen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammen.

Ausgangspunkt dieser Zusammenarbeit ist die objektive Interessenlage der Studenten und die Notwendigkeit der Durchsetzung dieser Interessen gegen den gemeinsamen Klassengegner, die Vertreter des Monopolkapitals. Der SHB arbeitet im Kampf für die Demokratisierung des Bildungswesens mit all jenen Organisationen zusammen, mit denen in bestimmten Fragen gemein-

same Interessen und Auffassungen bestehen.

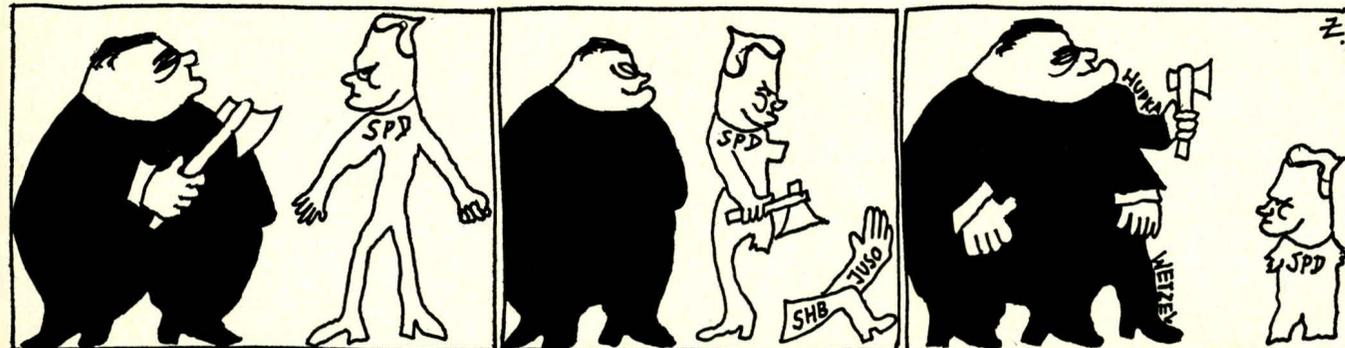
Besondere Bedeutung kommt im anti-imperialistischen Kampf der Zusammenarbeit mit der Arbeiterjugend zu, denn der Kampf gegen die Ausbildungsmisere in Hochschule und Betrieb hat die gleichen Ursachen, ebenso wie im Kampf gegen Militarisation und gegen den Abbau demokratischer Rechte arbeitende und lernende Jugend dem gleichen gemeinsamen Gegner gegenüberstehen.

Auf Grund der Erfahrungen aus der Spaltung der Arbeiterbewegung und unter der Terrorherrschaft des Hitlerfaschismus sieht der SHB die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung, namentlich von Sozialisten und Kommunisten.

Nur wenn der SHB in theoretischer und praktischer Hinsicht an den Hochschulen und innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung eine eigenständige Position vertritt, kann er einen relevanten Beitrag in die gemeinsame Arbeit der fortschrittlichen Kräfte einbringen. Die Bündnispolitik des SHB soll einen Beitrag zur Durchsetzung demokratischer Reformen, zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, zur Zurückdrängung der Reaktion und zur Erreichung grundlegender Veränderungen im ökonomischen, sozialen und politischen Leben der BRD leisten, um die Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

Auf der internationalen Ebene des Klassenkampfes unterstützt der SHB den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen in den unterentwickelten gehaltenen Ländern gegen Imperialismus und Kolonialismus.

VORWÄRTS MIT DEM SHB!



DU MUSST DIR DIE LINKEN GLIEDER ABHACKEN, DANN WIRST DU AUCH SO STARK WIE ICH !

SO IST ES RICHTIG, BRAV !

SIEHST DU, JETZT STÖRT NUR NOCH DER KOPF !



Wintersport zu kleinen Preisen

**Die Naturfreunde-
jugend macht's
möglich!**

**Von
Ruth Sauerwein**

Jetzt kommt die schöne Winterzeit – und damit auch der Wintersport und seine Freuden. Die Reisegesellschaften haben schon tonnenweise Papier bedruckt, auf dem alles in den leuchtendsten Farben geschildert wird. Spätestens bei den Preisen wird das Ganze dann für viele weniger strahlend. Für die schmalen Brieffaschen der Lehrlinge und jungen Arbeiter

ist da wenig dabei. Wer einen zünftigen Winterurlaub zusammen mit anderen Jugendlichen erleben möchte und dabei seine Brieffasche schonen will – für den ist sicher im Programm der Naturfreundejugend das Passenda dabei. Die Naturfreundejugend bietet allen Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren ihre deutsch-französischen Skilehrgänge und

zwischen 16 und 25 Jahren zahlreiche andere internationale Begegnungen. Diese finden sowohl in der Bundesrepublik – im Gebiet von Oberstdorf und des Kleinen Walsertales – als auch in den französischen Wintersportgebieten statt. Darüber hinaus werden während der Osterferien auch Skifreizeiten für Schüler veranstaltet. Bei all diesen Programmen sollen

die Jugendlichen die Möglichkeit haben, in ihrer Interessenlage entsprechendes Eigenleben zu entwickeln.

Sinn und Ziel dieser Freizeiten ist es, daß sich Jugendliche aus verschiedenen Ländern treffen, daß sie ihre Probleme und Lebensauffassungen kennenlernen. An den Skilehrgängen werden Jugendliche aus England, Schweden, Holland, Belgien, Frankreich und der Bundesrepublik teilnehmen.

Und jetzt das wichtigste: nämlich die Preise. Der Teilnehmerbeitrag liegt je nach Lehrgangsort und Lehrgangsdauer zwischen 260,- und 412,- DM. Darin sind enthalten: volle Erstattung der Fahrtkosten Bundesbahn II Klasse, Unterkunft und Verpflegung, kostenlose Benutzung der Skilifte und Bergbahnen, Betreuung durch Skilehrer und Versicherung. Wenn notwendig, werden auch die Skiausrüstung und Skischuhe kostenlos zur Verfügung gestellt.

Hier ein kleiner Preisvergleich: Nehmen wir bei den Naturfreunden einen Skilehrgang von zwei Wochen in Oberstdorf für 412,- DM. Bei Ameropa-Reisen gibt es ein Angebot für junge Leute. Dabei kommt man auf folgende Kosten:

Erste Woche mit Anreise Nachsaison,	
Halbpension:	248,- DM
jede weitere Woche:	116,- DM
Zwei Mahlzeiten	
pro Tag:	15,- DM
Lift, pro Woche:	40,- DM
Ski-Kurs	
pro Woche:	40,- DM
Ein Paar Skier	
zum Ausleihen:	5,- DM
Ein Paar	
Ski-Stiefel:	3,- DM

856,- DM

Ihr seht den Unterschied. Und dazu kommt bei den Naturfreunden noch die Begegnung mit Jugendlichen aus anderen Ländern!

Und wen es jetzt drängt, sich nach Einzelheiten zu erkundigen, der wendet sich an:
Naturfreundejugend Deutschland

**Bundesjugendleitung
7 Stuttgart 60
Großglocknerstr. 28
Tel.: (07 11) 33 76 87/88**

Sie dürfen nicht rein

Essener Jugend gegen „Barzillenträger“

Von Werner Winter

Etwa seit den Bundestagswahlen von 1969 versucht Franz-Josef Strauß seinen schwarzen Kreuzzug nach Norden – insbesondere auch auf das Ruhrgebiet auszudehnen. Mit CSU-Freundeskreisen und reaktionären FDP-Absplittierungen versuchte er, die Menschen im Ruhrgebiet schwarz einzufärben.

Ebenso wie der braune Adolf Thadden bei den Wahlen 1969, stieß jetzt auch FJS auf entschiedenen Widerstand bei der Bevölkerung des Ruhrgebiets. Besonders beispielhaft ist die „Jugendaktion 5. Dezember“ in Essen. Am 5.12.1970 hatten sich die Essener Gewerkschaftsjugend, die SDAJ, die Falken und die Jungsozialisten gegen die Machenschaften der CDU/CSU zusammengeschlossen. Am 6.11.1972 wollten Strauß und Barzel in der Essener Grugahalle vor ihren mit Bussen angefahrenen CDU-Mitgliedern reden.

Die Essener Jugendverbände waren nicht eingeschlafen. Im

Gegenteil: die Jungdemokraten, der Marxistische Studentebund Spartakus, der Sozialdemokratische Hochschulbund und die Aktionsgemeinschaft Essener Schüler schlossen sich der Jugendaktion an.

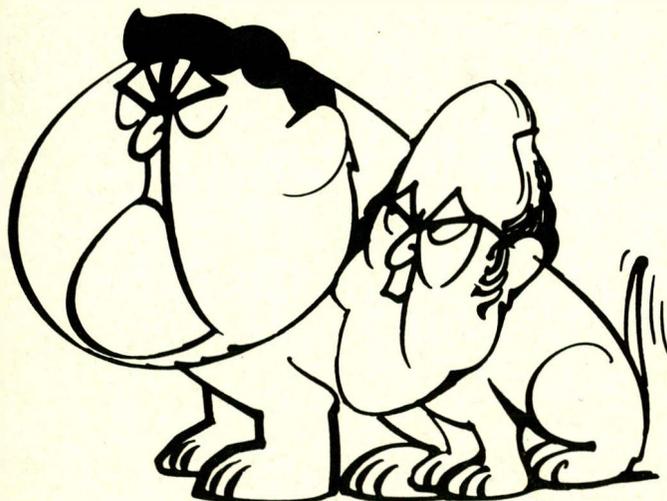
800 Essener kamen zur Gegenkundgebung auf den Rütterscheider Markt. Der IG-Metall-Bevollmächtigte Karl-Heinz Völker und der Jugend-Bildungsreferent des DGB, Stefan Schardt, brachten in kurzen Ansprachen zum Ausdruck, was viele – vor allem junge Leute – denken: „Strauß/Barzel ist für die Jugend keine Alternative. Jede Stimme für die CDU/CSU ist eine Stimme gegen die Jugend – gegen die Arbeiter.

Wir von der Gewerkschaft messen die Parteien an dem Prüfstein: mehr Rechte für die Arbeitnehmer. Und da kann uns die CDU/CSU nichts Akzeptables bieten.“

Später vor der Grugahalle fanden sich 2 000 Demonstranten ein. Die Grugahalle war in eine Festung umgebaut. Absperrungen, drei Hundertschaften Polizei, Wasserwerfer, Pferde scharfe Hunde. In der Halle verkaufte Barzel seine Demagogie. Wie weh die Jugendaktion 5. Dezember der CDU getan hat, zeigte sich auf einer Pressekonferenz in Bonn, wo Barzel gegen die „Volksfront der Junioren“ wettete.

Die Bosse haben Angst vor der Wahrheit. Sie haben Angst vor dem geschlossenen Auftreten der demokratischen Jugendverbände.

Für uns kann das nur heißen: Weiter so!



Wir müssen draußen bleiben



3 500 Schüler demonstrieren auf dem Bremer Marktplatz gegen das Berufsverbot für ihren Lehrer Horst Griese.

Wer nähere Informationen über den Schulstreik und die Arbeit des Sozialistischen Schülerbundes Bremen (SSB) haben möchte, kann sich wenden an: Christoph Kurp, 28 Bremen, Weyerbergstr. 52

„Wir wollen Horst Griese!“

Bremer Schüler kämpfen für ihren Lehrer

Von Cordt Schnibben

Mit der „Begründung“: „... da Sie im Oktober 1971 für die DKP zur Bürgerschaftswahl kandidierten“ wurde der Bremer Lehrer Horst Griese nicht in den Schuldienst eingestellt. Aber Horst Griese hatte sich nicht nur für seine Partei eingesetzt. Als Kommunist ist es für ihn selbstverständlich, ein guter Lehrer zu sein. Und seine Schüler schätzen ihn.

Anders ist es nicht zu erklären, daß 2 500 Schüler in einer Unterschriften-Aktion des Sozialistischen Schülerbundes Bremen (SSB) forderten: „Horst Griese in den Schuldienst!“

An mehreren Schulen wurden Vollversammlungen durchgeführt, an einigen Aktionskomitees gegründet. Die Schulbehörde reagierte sauer: Vollversammlungen wurden verboten.

Horst Griese erhielt Hausverbot an allen Schulen und durfte somit nicht mehr in den Schulen sprechen. Proteste der Schülerschaft wurden von Senats- und Schulbehörde überhört. Die Antwort der Schüler: Schulstreik!

Acht Schulen hatten diesen ein-tägigen Streik am 7. November durch Vollversammlungen bzw. Schülervertretungen beschlossen.

Schüler von allen Bremer Gymnasien folgten am 8.11. dem Streikaufruf des SSB. In mehreren Demonstrationen zogen sie von ihren Schulen zum Marktplatz.

Ein Mitglied der Gesamtschülervertretung sprach zu den 3 500 Schülern, die anschließend zum Gerichtsgebäude demonstrierten. Dort fand an diesem Tag der Prozeß des vor einem Jahr nicht berufenen Hochschullehrers und DKP-Mitglied Horst Holzer statt. Unterwegs schlossen sich rund 1 000 Studenten an.

Diese seit der Demonstration von 1968 gegen die Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr machtvollste Aktion der Bremer Schüler zeigt, daß viele Schüler erkannt haben, daß das Berufsverbot für fortschrittliche Lehrer auch gegen ihre Interessen verstößt, zeigt auch, daß die Schüler bereit sind, gegen das Berufsverbot zu kämpfen.

Verschwinden die Autos?

Was tun gegen das tägliche Verkehrschaos?

Von Georg Rohde

Eine Nachrichtenagentur meldet: „Wieder sind über 300 Menschen, darunter 250 Schulkinder, in Tokio dem sogenannten ‚fotochemischen Smog‘ zum Opfer gefallen.“

Gäbe es den Wind nicht, wären die Bewohner des Los-Angeles-Distrikts in den USA längst erstickt. Dort kam schon vor 1968 ein Auto auf zwei Einwohner, und diese Tausende und aber Tausende rollender Giftgasaggregate bliesen täglich fast 10 200 Tonnen Kohlenoxyd durch ihre Auspuffrohre in die Atmosphäre. Tag für Tag wird eine 15 Meter hohe Luftschicht über dem Distrikt mit frischen Gasen vollgepumpt – dem Wind allein, der frischen

Luft bringt, verdanken die Bewohner ihr Leben.

Ähnliche Nachrichten kommen aus vielen anderen Städten der Welt. Besonders während des Berufsverkehrs verstopfen vor allem Personenkraftwagen die Straßen der Städte.

Dabei haben Untersuchungen in Westeuropa gezeigt, daß private Personenkraftwagen nur etwa zwei bis drei Stunden täglich gebraucht werden. Den Rest der Zeit stehen sie ungenutzt herum.

Öffentliche Nahverkehrsmittel sind viel wirtschaftlicher als private Personenkraftfahrzeuge. Das genügt aber nicht, uns vor der rollenden Auto-Lawine zu retten.

Das Nahverkehrssystem im Stadtzentrum wird nur leistungsfähig sein, wenn die verschiedenen Arten von Verkehrsträgern eigene Fahrwege erhalten. Das heißt: Man muß in die Höhe und in die Tiefe gehen. Underground-, Schnell- und Hängebahnen werden gebaut. Aber wie kann man erreichen, daß z.B. jeder Angestellte morgens auf sein Privat-Auto verzichtet und statt dessen die Bahn nimmt? Wesentliche Voraussetzungen dafür sind der Ausbau des Nahverkehrsnetzes, die Kopplung der Verkehrsnetze dicht zusammenliegender Großstädte. Es muß gewährleistet werden, daß man im Be-

rufsverkehr die Bahn nicht plattgepreßt wie eine Ölsardine verläßt. Die Bahnen müssen in solchen Zeiten also in dichter Folge fahren.

Oder der Fahrpreis: während man in Berlin/DDR für 20 Pfennig eine Stadtrundfahrt machen kann, muß man in Dortmund/BRD schon für zwei Stationen 1,20 DM löhnen. Und in den sozialistischen Ländern denkt man bereits an die unentgeltliche Benutzung der kommunalen Verkehrsmittel.

Wenn man die Stadtverwaltungen in unserem Land darauf anspricht, brechen sie in Krokodilstränen aus und verweisen auf das schlaaffe Stadtsäckel. Das stimmt sogar. Die meisten Großstädte in der BRD stecken tief in den roten Zahlen.

Aber in -zig Rote-Punkt-Aktionen kamen Vorschläge auf den Tisch:

Die Gemeinden dürfen nicht mehr so stark besteuert werden. Vor allem die großen Unternehmer müssen zur Kasse: sie sind am meisten daran interessiert, daß die Hausfrauen den Supermarkt in der City, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Arbeitsplatz schnell und pünktlich erreichen.

Es ist auch hier das alte Lied: wer den Millionären nichts nimmt, kann den Millionen nichts geben.

Vor der Wache überfallen

Bundeswehr nahm Zivilisten gefangen

Von A. van Buren

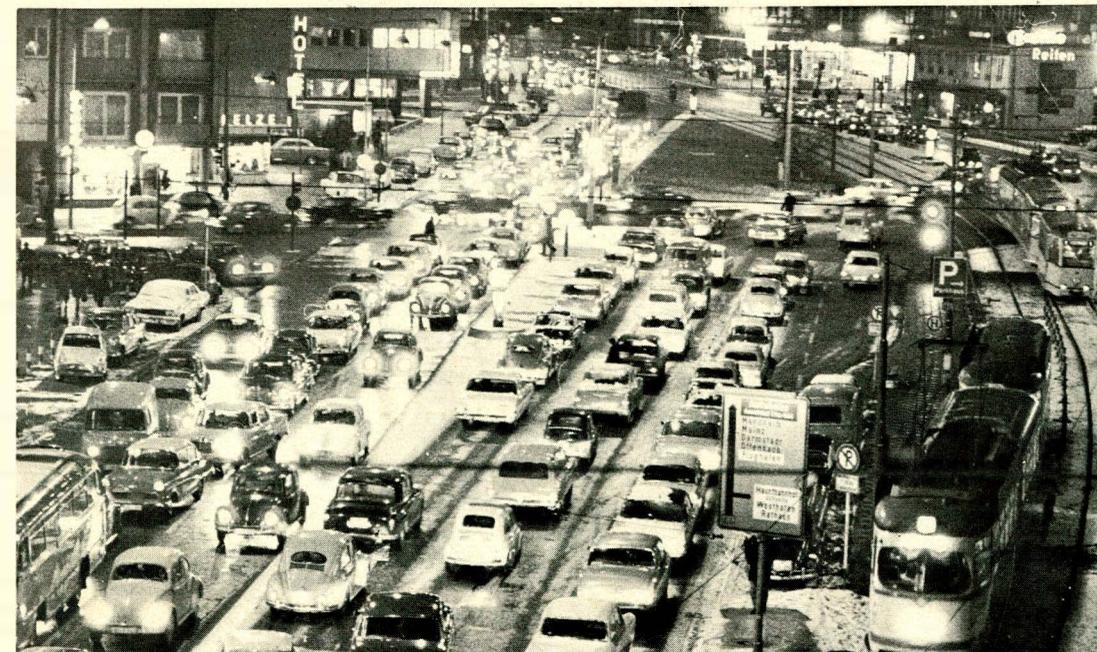
Am 19. Oktober kehrten die Soldaten der 5. Batterie in Lütjenburg von einer Übung aus Bergen-Hohne zurück. Bald nach ihrer Ankunft erlebten sie eine Überraschung: Der Gefreite Hans Joachim Müller war nicht mehr im Standort. Der Gefreite Müller, bekannt als Kamerad, der gegen unvorschriftsmäßige Befehle und Schikanemaßnahmen aufmuckte, war offizieller Kandidat für das Amt des Vertrauensmannes. Er galt als der aussichtsreichste Bewerber für diese Aufgabe.

Hans Joachim Müller war unter einem Vorwand versetzt worden.

Zu diesem Vorfall in der Schill-Kaserne wurde von drei jungen Zivilisten ein Flugblatt verteilt. Dann geschah folgendes: Von bewaffneten Bundeswehrangehörigen wurden sie mit Gewalt auf das Kasernengelände gezerrt und in Arrestzellen eingesperrt. Dort wurden sie festgehalten, bis Beamte der Polizei erschienen und die Arrestierten zur Polizeiwache überführte.

Der Landesvorstand der SDAJ Schleswig-Holstein protestierte dagegen, daß sich Kommandeure der Lütjenburger Kaserne Polizeibefugnisse über Zivilisten anmaßen: „Es ist nicht das erste Mal, daß die Lütjenburger Kaserne unruhlich bekannt wurde. Wegen demokratischer Aktivitäten wurden schon früher Wehrpflichtige grundlos eingesperrt. Auch die Versetzung eines aktiven Soldaten, der das Vertrauen der Wehrpflichtigen hatte, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.“

Das neue rechtswidrige Vorgehen der Bundeswehr gegen Zivilisten muß unverzüglich untersucht und die für diesen Vorfall Schuldigen müssen bestraft werden.



Sechsstreifige Autoschlangen sind in den Großstädten der BRD keine Seltenheit.

Venceremos, Chile!

Jugend kämpft für ein sozialistisches Chile

Von Heinz Kroczeck

Im März diesen Jahres hieß es für viele Kinder in Santiago: „Die Volksregierung bittet euch einzusteigen.“ Damit begann der kostenlose Transport der Kinder zur Schule und ein neues schönes Schuljahr. Was die Volksregierung in Chile in ihrem Programm beschlossen hatte, wurde nun Wirklichkeit. Ein neuer Abschnitt der Volksbildung in diesem Land begann. Im Schuljahr 1972 erhalten viele Kinder zum ersten Mal eine gründliche Schulausbildung. Für 1,7 Millionen Schüler wurde ein großer Teil der Lehrbücher kostenlos



Rolf Jürgen Priemer überbringt dem Präsidenten der Republik Chile, Salvador Allende, die Glückwünsche der SDAJ zum 1. Jahrestag der Volksregierung.

werden folgen. Die Bevölkerung diskutiert zur Zeit ein von den Jugendbrigaden der Unidad Popular veröffentlichtes Programm über die Rechte und Pflichten der chilenischen Jugend, das u.a. die Forderung nach einer Bildungsreform enthält.

Unter der Losung „Jugend bereit zum Kampf“ demonstrierte die Jugend des Landes im März gegen die chilenische Reaktion, die die sozialen Errungenschaften der Werktätigen liquidieren möchte und sich dabei der Unterstützung des amerikanischen Imperialismus sicher ist. Von Mexiko bis Chile haben sich Millionen fortschrittlicher Kräfte im Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft erhoben. Die progressiven Schichten Chiles, vor allem die Arbeiterklasse des Landes, haben dabei im September 1970 einen großen Sieg errungen.

Seit dieser Zeit geht die Volkseinheitsregierung, die die in der Unidad Popular vereinigten Parteien repräsentiert, an die schrittweise Verwirklichung ihres Programms. Die Jugend spielt im Kampf um die Verwirklichung dieses Programms eine hervorragende Rolle.

Für die Arbeiterjugend Chiles ist es das erste Mal in der

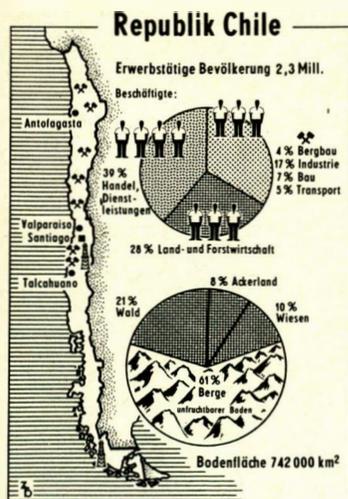
Geschichte ihres Landes, daß sie an wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen mitwirken kann. Aber dafür

müssen auch die Voraussetzungen erkämpft werden: So wird die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft an den Universitäten zugunsten der Arbeiterklasse verbessert.

Bei alledem darf man nicht vergessen, daß die US-Monopole gemeinsam mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA und der einheimischen Reaktion weiterhin einen erbitterten Kampf gegen die revolutionären Kräfte führen.

Hunderttausende fortschrittlicher junger Chilenen antworten auf den Wirtschaftskrieg von außen und auf die Umsturzversuche der Reaktion im Innern mit Taten.

In freiwilligen Arbeitseinsätzen helfen sie der Regierung. Die Arbeitseinsätze werden ergänzt durch die politische und kulturelle Erziehung der Jungen und Mädchen und durch die Unterstützung bei der völligen Überwindung des Analphabetentums. Das Beispiel Chiles wird sicher auch auf andere Länder der Welt ausstrahlen. Und die Jugendlichen aus Chile werden der Jugend aus aller Welt beim X. Festival in der DDR im nächsten Jahr sicherlich zahlreiche Erfahrungen zu vermitteln haben.



ausgegeben. Bis 1973 sollen alle 2,5 Millionen Kinder die Lehrmaterialien unentgeltlich erhalten. In den kommenden Monaten und Jahren werden die Schulen erweitert und neue geschaffen. Noch in diesem Jahr erhalten die Schüler der staatlichen Grundschulen regelmäßig und ohne Bezahlung ein Frühstück. Weitere Maßnahmen

1973		1974	
JANUAR		JANUAR	
MO	1 8 15 22 29	5 12 19 26	
DI	2 9 16 23 30	6 13 20 27	
MI	3 10 17 24 31	7 14 21 28	
DO	4 11 18 25	8 15 22 29	
FR	5 12 19 26	9 16 23 30	
SA	6 13 20 27	10 17 24 31	
SO	7 14 21 28	11 18 25	

SOLIDARITÄT MIT VIETNAM

WESTDEUTSCHE FRAUENFRIEDENSBEWEGUNG
(H. KÜSTER-VERLAG 43 ESSEN / POSTFACH 983)

1973		1974	
FEBRUAR		FEBRUAR	
MO	5 12 19 26	2 9 16 23 30	
DI	6 13 20 27	3 10 17 24 31	
MI	7 14 21 28	4 11 18 25	
DO	8 15 22 29	5 12 19 26	
FR	9 16 23 30	6 13 20 27	
SA	10 17 24 31	7 14 21 28	
SO	11 18 25	8 15 22 29	

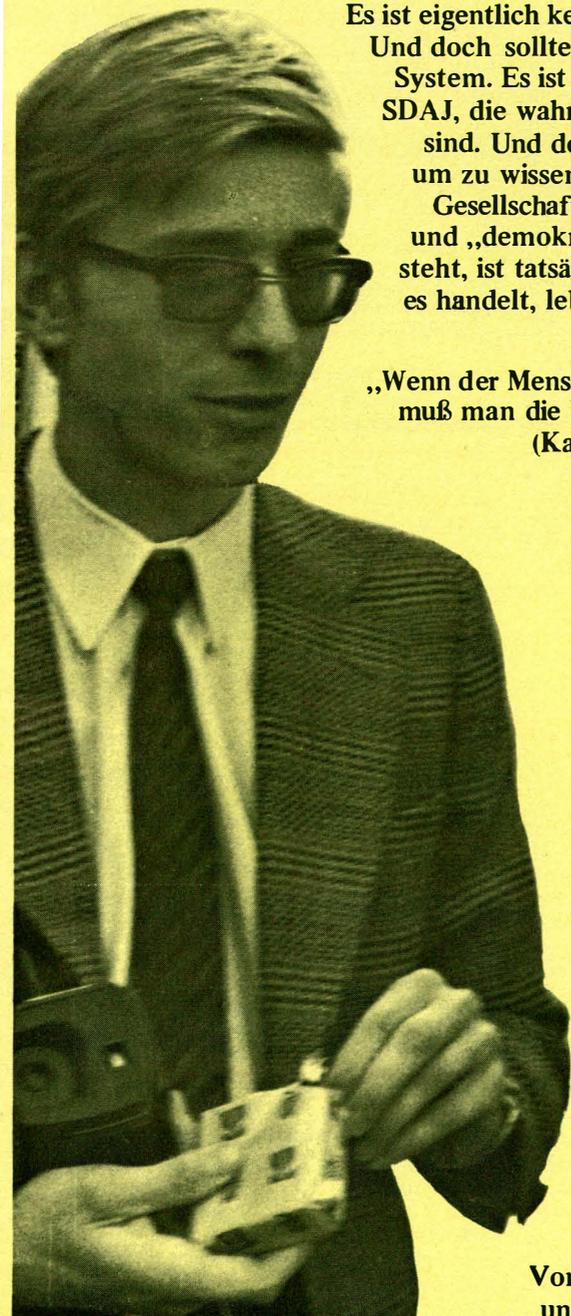
Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung hat einen Vietnam-Kalender für das Jahr 1973 fertiggestellt. Der Kalender besteht aus buntbedrucktem groben Leinen. Der Kalender wird zum Preis von DM 5,- verkauft. Der Reinerlös wird an die Hilfsaktion Vietnam überwiesen. Richtet eure Bestellungen an: Westdeutsche Friedensbewegung, Fritz Küster Verlag, 43 Essen, Postfach 983.

Wo sie die Menschenwürde fanden...

Die »Stümpfe«

Es ist eigentlich keine Geschichte von irgendwelchen Helden oder großen Ereignissen. Und doch sollte sie jeder lesen, der hier lebt, in diesem Staat, in diesem System. Es ist einfach die Geschichte zweier Mitglieder der SDAJ, die wahrscheinlich kaum über Stuttgart hinaus bekannt sind. Und doch ist es wichtig ihre Geschichte zu kennen, um zu wissen, wie verkommen und unmenschlich diese Gesellschaft ist, die bei uns so schön als „freiheitlich“ und „demokratisch“ bezeichnet wird. Alles, was hier steht, ist tatsächlich passiert. Die beiden, von denen es handelt, leben in Stuttgart, jeder kann sie fragen.

„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich gestalten.“
(Karl Marx)



Von Birgit Hummler
und Rene Straub

„Hier haben wir jahrelang gewohnt, in diesem Raum müssen sich noch heute über 20 Familien ihr Wasser holen“, erzählen Jürgen und Dieter

Die Stümpfe

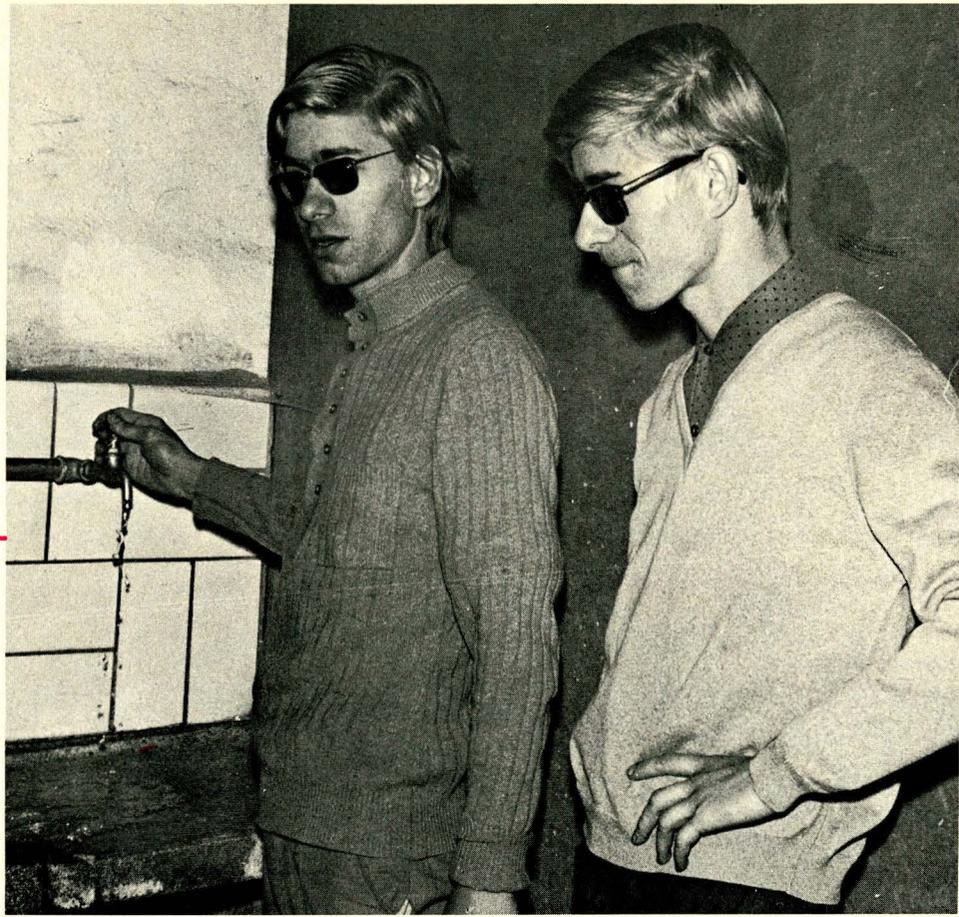
Jürgen und Dieter Stumpf sind am 11.1.1951 geboren. Der eine um 4.00 Uhr, der andere um 4.15 Uhr; sie sind Zwillinge. Sie sind die jüngsten einer ganzen Reihe von Geschwistern, die sie jedoch kaum kennen, da sie von Anfang an im Heim aufgewachsen sind. Sie mußten ins Heim, weil ihr Vater getrunken hat und bis zum heutigen Tag keiner regelmäßigen Arbeit nachgeht, und weil sie in einer Gesellschaft geboren wurden, in der es möglich ist, daß ihre Mutter sich selbst, und damit das ganze Familienleben, an Männer verkaufte. Liebe und Sorgfalt ist den Stümpfen (so werden sie bei uns genannt) lange Zeit völlig unbekannt geblieben.

Das Heim in **Korntal**, in dem die beiden ihre ersten Lebensjahre verbrachten, ist nur für kleine Kinder. Als sie älter wurden mußten sie in ein anderes Heim. Nirgends waren geeignete Plätze frei. Die „Fürsorge“ verfrachtete sie daher einfach nach **Winenden** – in eine Heilanstalt für Geisteskranke; da war noch Platz.

Zwei völlig normale Kinder in der Heilanstalt – dementsprechend sah auch die „Vorschulerziehung“ der Stümpfe aus: Geistesgestörte sperrten sie zwei Tage lang im Schrank ein. Auf keine Frage eine vernünftige Antwort... Mit dem Stempel „Heilanstalt“ im Lebenspaß kamen sie gar nicht erst in eine richtige Schule – zusammen mit geistesgestörten Kindern kamen sie in eine Sonderschule. Sie wurden in ein neues Heim versetzt und blieben weiter Sonderschüler. Erst ab der sechsten Klasse konnten sie eine normale Volksschule besuchen. Im Heim jedoch ging das alte Leben weiter...

Gottesdienst und Zwangsarbeit

Ein „Erzieher“ im Heim war ein ehemaliger Fallschirmjäger der Bundeswehr. Er verprügelte die Jungen mit Besen und Kehrschaufel dermaßen, daß Dieter wochenlang am ganzen Oberkörper mit Blutergüssen übersät war. Und das, weil sie nach 19.00 Uhr – der offiziellen Bettruhe für ihre Altersgruppe – noch miteinander geredet hatten.



Dafür gab es jeden Morgen eine fünfzehnmütige Andacht – damit keine Zweifel an den guten Absichten und der Nächstenliebe entstanden.

„Wilhelms-Pflege“ hieß das neue Heim, in dem die Stümpfe lernten, was Arbeit heißt: Unentgeltlich mußten die Kinder im Ernteeinsatz schuften. Wer sich weigerte, durfte in den Ferien nicht aus dem Heim raus. Wer Überstunden machte, erhielt für jede Stunde 16 Pfennige. Für Kinder über acht Jahren waren 40 Stunden Pflicht, für die unter acht Jahren 20 Stunden. Ein siebenjähriger fiel vom Erntewagen, wurde vom Anhänger überrollt – er war sofort tot. In seinem letzten Jahr in der „Wilhelms-Pflege“ arbeitete Jürgen über 160 Stunden und erhielt dafür 16,- DM an „Lohn“.

Vervollständigt wurde die „Erziehung“ in den „Kelly-Baracks“, einer amerikanischen Kaserne, die über die „Wilhelms-Pflege“ die Patenschaft übernommen hatte. Da konnten sie mal im Panzer sitzen und sich mächtig stark fühlen. Zu Weihnachten bekamen die Stümpfe ein schönes Geschenk von ihren amerikanischen „Freunden“: ein Spielzeug-Maschinengewehr... Zum ersten Mal in ihrem Leben durften sie das Heim verlassen als sie eine Lehre angingen und zu ihren Eltern zogen. Die wohnten damals in einem sogenannten Asozialen-Asyl in Stuttgart-Sillenbuch. Zu Hause hatten die beiden es allerdings kaum besser als im Heim. Täglich gab es Streit zwischen den Eltern. Geschirr und Besteck wurden zu Wurfgeschossen. Die Mutter ging mit dem Messer auf den Vater los.

Die Stümpfe hatten zu zweit ein Bett in einem Zimmer mit Schimmel an den Wänden (ein eigenes Bett lernten sie erst

mit 19 Jahren kennen, als sie sich endlich eine eigene Wohnung suchten). Einen Kleiderschrank gab es nicht.

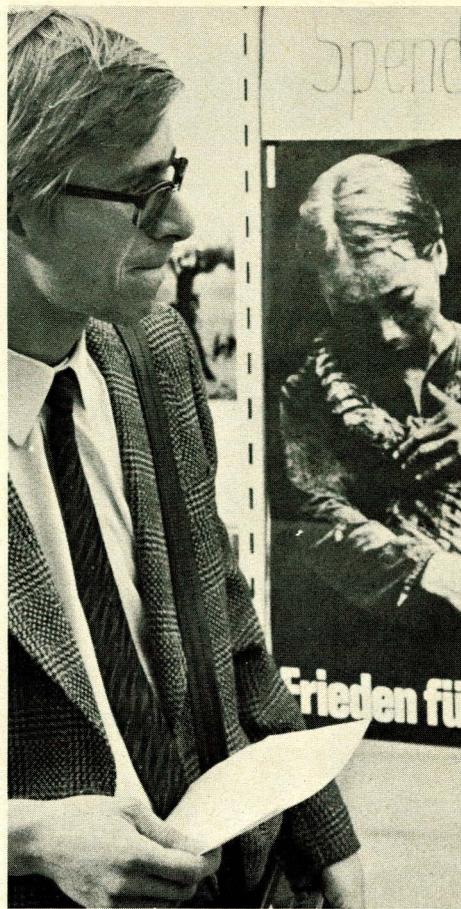
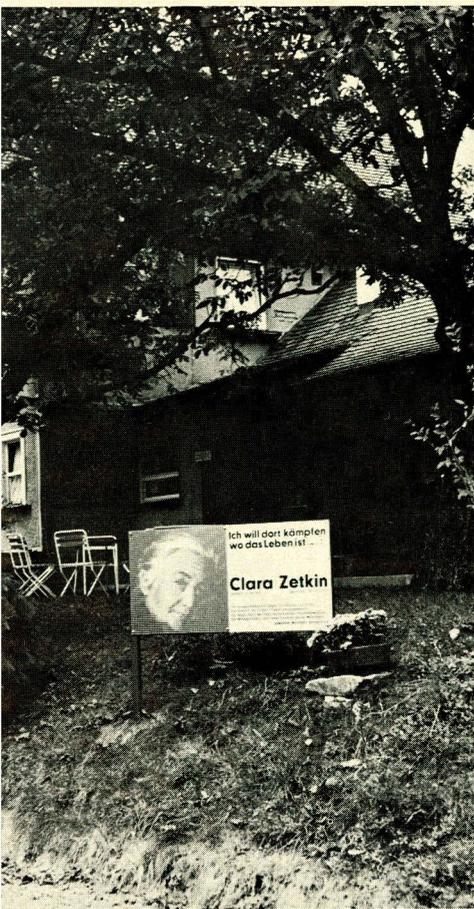
Mord im Asyl

Die anderen Asylbewohner waren auch keine Vorbilder der Jugend. Einer hatte die Spezialität, Frauen und Mädchen mit einer nägelbespickten Peitsche aufzulauern. Alle waren ungeheuer streitsüchtig und aggressiv. Mit siebzehn mußten Jürgen und Dieter miterleben, wie einer ihrer Nachbarn einem anderen Hausbewohner im Streit mit der Axt den Schädel spaltete. Brutalität bis zum Mord, das war es, was die beiden von klein auf kennenlernten.

Während ihrer Lehre bei der **Brown Boverly Company (BBC)** hatten sie kaum Zeit das Berichtsheft zu schreiben, denn die Arbeit auf der Putzstelle ihrer Mutter mußten sie nach Feierabend machen, weil diese sich lieber in der Stadt herumtrieb.

Aber selbst wenn sie Zeit gehabt hätten, was hätten sie in ihr Berichtsheft schreiben wollen?

Sie wollten Elektro-Installateur lernen, aber ihre Arbeit war: von 7.30 Uhr bis 9.00 Uhr Vesper holen für die ganze Belegschaft, von 11.30 bis 12.00 und von 14.30 bis 15.00 Uhr Getränke holen. Abends Werkstatt putzen: Schlosserei, Elektrowerkstatt und Schalttafelbau. In der Zeit dazwischen mußten sie Hochspannungsschranken, die in der Schlosserei gefertigt wurden, mit Nitro abwaschen. Die chemischen Dämpfe griffen ihre Augen an. Beide mußten nach anderthalb Jahren aus



Links:

Clara-Zetkin-Haus, ein Stuttgarter Arbeiter-Waldheim. Hier lernen die „Stümpfe“ zwei junge Sozialisten kennen, sie werden Freunde . . .

Bei Spendensammlungen für Vietnam sind sie die erfolgreichsten von allen . . .

blatttext vor, obwohl ihnen das kein Mensch aufgetragen hatte. Bei Spendensammlungen für Vietnam brachten sie alleine oft 50 Prozent des Betrages des gesamten Ortsverbandes zusammen, und die Kassierung der Gruppe, die sie übernommen hatten, stimmte 100prozentig. Wer die Stümpfe heute trifft, kennt sie nicht mehr wieder: Sie diskutieren schlagfertig und reden flüssig. Sie gehen mit Spaß an ihre SDAJ-Arbeit. Sie gehören zu denen, die sich ständig Gedanken machen, wie man die Arbeit verbessern könnte. Sie sind zwei Pfunds-Genossen geworden. Wenn alle so aktiv und zuverlässig wären . . .!

Im Sommer dieses Jahres waren die beiden in der DDR. Jürgen mit einer Delegation, Dieter im Ferienlager.

Dieter hatte bei seinem Ferienaufenthalt wieder starke Augenschmerzen. In der Bundesrepublik war er schon bei vielen Ärzten. Jeder hatte etwas anderes gesagt. In der DDR stellten Arzt und Klinik sofort das gleiche fest: Durch Chemikalien stark angegriffene Hornhaut. Hier hätten seine Augen und die seines Bruders sachgemäß behandelt werden können!

Begeistert von der DDR

Jürgen hatte Gelegenheit die „Messe der Meister von Morgen“ zu besichtigen. Seine alte Begeisterung für die Technik brach wieder hervor: Voller Eifer erklärte er den anderen Delegationsmitgliedern einige Maschinen. Fassungslos besichtigte er die Ausstellung. Was hätten er und sein Bruder hier werden können, was hätten sie in diesem Land für Möglichkeiten gehabt! Bei einer Erziehung, ohne Diskriminierung der Heimkinder. Bei einer Lehre, in der es wirklich was zu lernen gibt! Hier, wo der Arbeiter was gilt, weil er selber die Macht hat!

Jeder wird verstehen, daß die beiden nur ungerne zurück nach Stuttgart gefahren sind. Dafür wissen sie seit diesem Sommer um so besser wo sie stehen, wer ihre Genossen sind und wofür es zu kämpfen gilt.

Zum ersten Mal in ihrem Leben haben Jürgen und Dieter Gelegenheit mit jemandem über ihre Probleme zu sprechen.

SDAJ – Weg ins Leben

Der Blinde läßt sich von den beiden ab und zu zu SDAJ-Versammlungen führen und die Stümpfe machen eine für sie völlig neue Erfahrung: Bei der SDAJ sind junge Menschen versammelt, die sie als gleichberechtigt behandeln, die keinerlei Vorurteile haben. Am Anfang machen die beiden keinen sonderlich gescheiten Eindruck. Sie stottern herum, bringen beim Reden keine richtigen Sätze heraus . . . Kein Wunder, schließlich haben sie eine Schulbildung hinter sich, die ihre Fähigkeiten verkrüppelte, statt sie zu fördern. So bekamen sie am Anfang ganz leichte Aufgaben, wie zum Beispiel einen Getränkeverkauf zu organisieren. Dadurch fühlten sie, daß sie der SDAJ keineswegs gleichgültig waren, geschweige denn überflüssig.

Mit der Zeit interessierten sie sich immer mehr für politische Probleme. Sie stellten Fragen, wollten ständig mehr wissen, wurden unheimlich lernbegierig. Je mehr man mit ihnen diskutierte, desto besser lernten sie zu diskutieren. Je mehr man ihnen Aufgaben gab, desto besser lösten sie ihre Aufgaben.

Da gab es dann plötzlich ein kurzes Referat über die Situation im Betrieb von Dieter. In Vorbereitung des Bundeskongresses legten die beiden einen druckreifen Flug-

gesundheitlichen Gründen ihre Lehre abbrechen: sie haben eine Linsentrübung davongetragen und sind heute schwer kurz-sichtig. Seither arbeiten sie in verschiedenen Betrieben, der eine als Lagerist, der andere als Telephonist.

Während der Lehre mußten sie ihr ganzes Geld den Eltern abliefern. Kein Wunder also, daß sie, die nie etwas besessen haben, kleine Kaufhausdiebstähle begingen.

Haarscharf am Knast vorbei

Einmal tauchte plötzlich ein Bruder von ihnen im Asyl auf. Er hatte 10 000 Mark bei sich, die hatte er bei einem Einbruch bei einer Prostituierten erbeutet. Er gibt Jürgen und Dieter je 500 Mark. Damit sie den Mund halten.

Zum ersten Mal in ihrem Leben haben die Stümpfe Geld. Sie kaufen sich, was sie sich schon immer gewünscht haben: ordentliche Kleider. Denn bis zu diesem Tag hatten sie noch nie irgendein Kleidungsstück, das sie sich wünschten. Alle ihre Sachen stammten aus Kleidersammlungen, seit Jahr und Tag. Zwei Tage später wird der Bruder gefaßt. Jürgen und Dieter kommen als „Hehler“ in U-Haft. Nach 48 Stunden werden sie glücklicherweise wieder entlassen.

In der folgenden Zeit lernen die beiden zwei Jungen kennen, mit denen sie sich anfreunden. Der eine ist seit seiner Geburt blind. Vielleicht kommt es daher, daß er besonders viel Verständnis für jemanden hat, der nie ein normales Leben führen konnte.

X. Weltfestspiele –
Vorbereitungen
in aller Welt

Subbotnik, Songs und Solidarität



Auf allen fünf Kontinenten bereitet sich die Jugend auf ein großes Ereignis vor: auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. (Berlin/DDR, 28.7. – 5.8.1973.) Dieses Festival wird unter der Losung stehen: Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft. Diese Losung eint die Jugend der Welt im antiimperialistischen Kampf, in der konkreten Vorbereitung des größten Treffens der Weltjugend.
Von Werner Maletz

Der „Palast“ ist überfüllt. Mehr als 3 000 Jungen und Mädchen sind gekommen. Sie sind gekommen, um Angela Davis, die amerikanische Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin zu begrüßen. Sie können von vielen Aktionen zur Freilassung von Angela Davis berichten. Sie berichten aber auch von ihrer Vorbereitung zu den X. Weltfestspielen. Das war am 11. September im

Friedrichstadt-Palast in Berlin/DDR. Da ist zum Beispiel der Aufruf der jungen Arbeiter vom Transformatorwerk „K. Liebknecht“ Berlin-Oberschöneweide, alle Grundorganisationen der FDJ. „Wir können wir unsere Kampfziele noch mehr erhöhen“, hatten sie gefragt. Und das Echo in der gesamten DDR spricht für sich. Das FDJ-Kollektiv des Traktorenwerks Schönebeck/Magdeburg stellte außerplanmäßig einen Traktor zur Verfügung, dessen Verkaufserlös dem Festivalkonto 1973 übergeben wurde. Die Studenten der Berliner Humboldt-Universität führten ein Festival-Subbotnik (freiwilliger Arbeitseinsatz) durch, um mit dem Erlös konkreter Hilfe für den Kampf des vietnamesischen Volkes zu leisten. Junge Künstler starteten auf originelle Weise – mit Postkutsche und Pferd – eine Festival-Tournee in d

orden der DDR, um mit „Liedern, Diskussionen, Tanzabenden Stimmung für das Festival zu machen“.

Die Beispiele ließen sich beliebig ergänzen. Sie machen deutlich, daß sich die Jugend der DDR, dem Festival-Gastgeberland, vielfältig auf den Besuch der Jugendlichen aus aller Welt vorbereitet.

Aber auch die Gäste bereiten sich vor. Unter dem Motto: „Arbeit für Chile – Kampf um die Produktion“ leisten Jugendliche in den chilenischen Kupferbergwerken gute Arbeit bei der Erhöhung der Produktion und im Kampf um die Steigerung der Qualität. Jetzt – unter Präsident Allende – gehören diese Werke dem Volk. Und jede Leistungssteigerung ist ein wichtiger Beitrag im antiimperialistischen Kampf. Rosa Alcalaya, Mitglied des Sekretariats des Nationalen Festivalskomitees Chiles, erklärte vor kurzem in Berlin: „Wir kommen gern nach Berlin, aber die Reise ist teuer. Freiwillige Arbeitseinsätze unserer Jugend sind eine Quelle, damit wir eine starke Delegation schicken können. Wir lassen uns aber auch andere Dinge einfällen. Eine Olympiade der Landjugend wird in Santiago stattfinden. Nun, das Eintrittsgeld geht in den Festivalfond.“

Und dann kündigte sie an: Die chilenische Singsgruppe „Quilapayun“ (elán berichtete über die Gruppe in Heft 4/72) wird beim Festival dabei sein.

Auch die Jugend in der Sowjetunion bereitet sich auf den Besuch in Berlin vor. Mehr als 500 000 Studenten nahmen kürzlich an einem freiwilligen Arbeitseinsatz teil. Ein wesentlicher Teil der Vorbereitungskosten werden somit von der Jugend selbst aufgebracht. Ein wichtiger Beitrag der sowjetischen Jugend in der Vorbereitung des Festivals wird das Allnationsfestival sein, das anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der UdSSR durchgeführt wird.

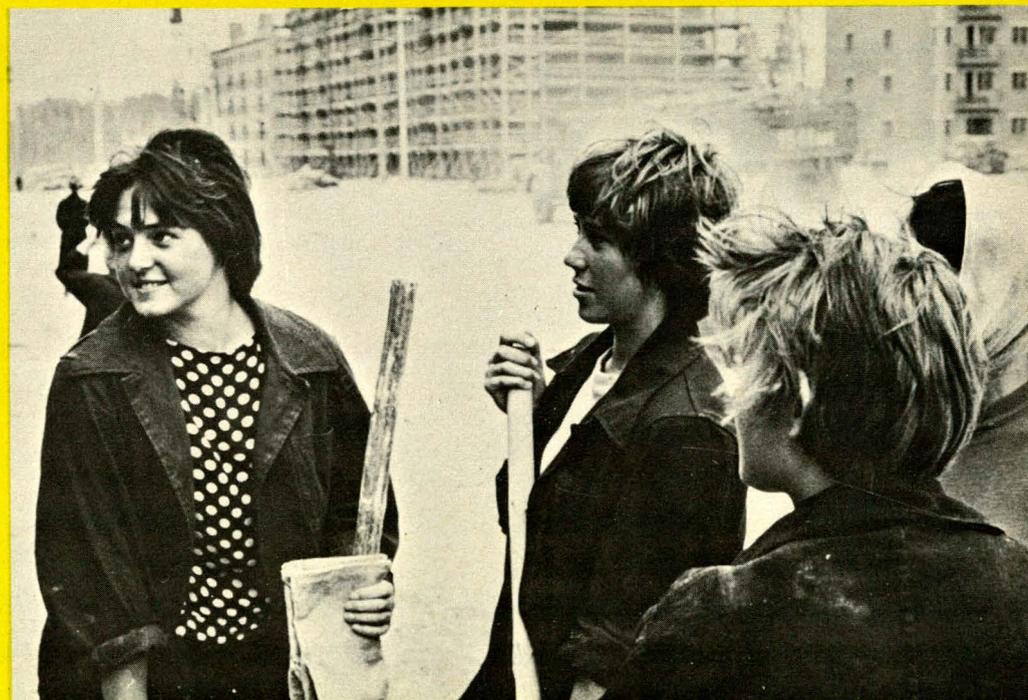
Ein Beispiel aktiver Festivalvorbereitung auch aus Frankreich: 100 000 Jugendliche sind am 15.10.1972 zu einer Vietnam-Solidaritätsdemonstration zusammengekommen. Im nachhinein konnte Roland Savaro, Generalsekretär der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs, erklären, daß dies eine der großen und bedeutungsvollen Aktionen der verschiedensten Kräfte unter der französischen Jugend war. Auch in San Jose, der Hauptstadt von Costa Rica, in Budapest, in Wien, in Kopenhagen, in Tunesien, Indien, Venezuela, Algerien, überall ist es die fortschrittliche Jugend, die innerhalb der Kampagne „Die Jugend klagt den Imperialismus an“ aktiv und konkret die Weltfestspiele vorbereitet. Über 60 Nationale Vorbereitungskomitees existieren bereits. In vielen Ländern steht ihre Gründung bevor. Sie alle lassen sich vom Internationalen Festivalsaufruf leiten. Auch in der Bundesrepublik gibt es bereits viele Beispiele der konkreten Festivalvorbereitung.

Insbesondere die im Arbeitskreis Festival zusammengeschlossenen Organisationen können bereits eine gute Bilanz vorlegen. Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) bereitet zur Zeit verschiedene künstlerische Wettbewerbe für das Festival vor. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterju-



Singegruppen aus der gesamten DDR werden in Berlin/Hauptstadt der DDR beim X. Festival dabei sein.

Ingenieur-Studentinnen in Irkutsk beim Subbotnik. Wie diese Studentinnen bereiten junge Arbeiter, Schüler und Studenten in allen Teilen der Sowjetunion das X. Festival vor.



gend (SDAJ) hat sich zum Ziel gesetzt, in Vorbereitung des Festivals DM 100 000,- für ein Kinderkrankenhaus in Hanoi zu sammeln. Bereits 82 000 DM sind gesammelt. Der SHB unterstützt ebenfalls diese Initiative und hat jetzt beschlossen, DM 25 000 für das Kinderkrankenhaus aufzubringen. Das Jugendmagazin elán hat zu einem Wettbewerb aufgerufen „Macht Lieder zum Festival“.

Und was noch viel wichtiger ist: Viele Jugendgruppen planen Aktionen in Vorbereitung des Festivals: Straßensammlungen und Beteiligung an „Flohmärkten“ zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes, Tribunale gegen Großkonzerne, Aktionen für die Verbesserung des Jugendarbeiterschutzes, Filmabende, Informationsstände, Gruppenabende etc. Sie machen die Aussagen des Internationalen Festivalsaufrufes

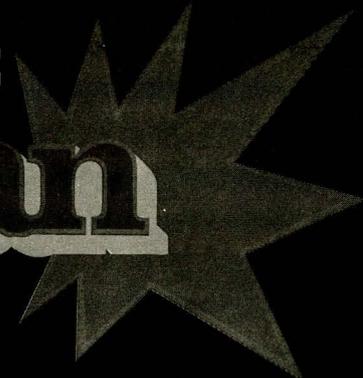
zum Bestandteil ihrer Arbeit.

Für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik beim Berliner Festival ist die Anreise eine Kleinigkeit. Nicht zu vergleichen mit den Fahrtkosten, die die Teilnehmer aus Südamerika, aus Afrika, aus Vietnam und Korea zahlen müssen, um am Festival teilnehmen zu können. Im möglichst vielen Jugendlichen aus diesen entfernten Ländern die Teilnahme zu sichern, ist Solidarität notwendig. Der Arbeitskreis Festival will für eine Reihe dieser Jugendlichen Patenschaften übernehmen. Das kostet Geld. Aus diesem Grunde hat der Arbeitskreis Festival ein Konto eröffnet. Alle elán-Leser sind aufgerufen, diese Aktion zu unterstützen. Das Konto lautet:
Arbeitskreis Festival
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn
Konto Nr.: 10154559

1973

Arbeiterjugend
kämpft
mit

elan



Er ist da: Der neue elan-Kalender

Mit 12 vierfar-
bigen Großfotos. Mit
politischen Texten
Songs und Gedichten.
Nicht irgendein Wand-
schmuck, sondern Blatt
für Blatt, Monat für
Monat Fotos, Infor-
mation. Aus der
Arbeiterjugendbewegung.

Ich bestelle hiermit:
Exemplare des „elan-Kalenders 1973“
(Einzelpreis: DM 3,80, bei Bestellungen ab
10 Exemplaren DM 2,50 zuzüglich Ver-
sandkosten)

Name _____

Anschrift _____

Unterschrift _____

Einsenden an:
Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

ZÜND- SCHNÜRE



Weihnachten und das Jahr 45 rückten näher, aber die Amerikaner nicht. Darüber sprach man jetzt oft nachts im Bunker, und bei einem Treff, an dem auch Fänä teilnahm, lag eine Europakarte zwischen ihnen, darin waren die Fronten gezeichnet. Vor allem interessierte die Westfront, und die sah Mitte Dezember nicht gut aus für sie und die Westalliierten. Stacho erklärte, wie zwei Panzerarmeen unter dem Hitlergeneral Rundstedt durch die Ardennen vorstießen Richtung Antwerpen, zeigte wo die amerikanische neunte und erste Armee operierten, die Engländer und das Häufchen Franzosen, und man war sich einig, daß sie alle hier den Winter über noch durchhalten mußten. Die kommen im Frühjahr erst über den Rhein, sagte der kleine Pottmann, und bis dahin ist noch einiges los. Vor allem keine Spagitzkes mehr, mahnte Stumpe und sah dabei Fänä an. Das Wichtigste ist jetzt überleben.

Zum Überleben gehört zunächst einmal Essen und damit stand es mal wieder schlecht. Das beredeten Fänä und Franz im Pferdestall oft. Franz war jetzt einer von ihnen, wußte natürlich nichts von der Organisation, aber der kleine Pottmann hatte mit ihm gesprochen, verschiedenes klaggestellt, ihm sicheres Unterkommen, Zivilzeug, Papiere bei Desertation wenns soweit war, garantiert, und dafür erzählte ihnen der Obergefreite das was er wußte. Die beiden anderen Soldaten, verspielte junge Leute, ahnten nichts, und der dritte und der Feldwebel waren in einer Nacht zum Güterbahnhof geritten, wo man sie mit anderen Soldaten in Waggonen gesteckt und zur Front transportiert hatte. Im Viertel gab es an Soldaten jetzt nur noch die drei.

„Väterchen Franz“ ist zur Zeit wieder auf Tournee. Singt seine Lieder von „Mutter Mathilde“ und vom „Kommunisten Rudi Schulte“. Was viele nicht wissen: er hat inzwischen einen Roman geschrieben. „Zündschnüre“. Wo das Buch zu kaufen ist? Das hat noch etwas Zeit. Es erscheint nämlich erst im März. Im Verlag Hoffmann und Campe. elan bringt als erste Zeitschrift in der Bundesrepublik einen Auszug, um euch einen Vorgesmack zu geben.

Und hier etwas in Kürze über den Inhalt: Spielt Ende des zweiten Weltkriegs. In einem Arbeiterviertel. Franz Josef Degenhardt schildert den täglichen 'Kleinkampf' von deutschen Arbeitern und sowjetischen Zwangsarbeitern gegen Faschismus und Krieg. Die gelähmte, kämpferische Oma Niehus lernen wir kennen, den sowjetischen Zwangsarbeiter Stacho, der stets guten Rat weiß, Ewald Stumpe, der in die Nazi-Partei eintrat, aber kein Nazi ist, Pater Friedrich, der in diese Gegend „strafversetzt“ wurde.

Das alles erfahren wir aus der Sicht von Fänä Spormann und seiner Freunde, die zum Ende des Krieges immer mehr in den Kampf eingespannt werden. Das Ende des Krieges bringt zwar die Befreiung vom Faschismus, aber der Kampf Fänäs und seiner Genossen für eine menschenwürdige Gesellschaft muß weitergehen – Zündschnüre in die Gegenwart.

e Offiziere wohnten in einer Oberstadt-
la. In den Gesprächen über das Organisie-
n von Lebensmitteln kam natürlich im-
er wieder die Marketenderei am Güter-
hnhof vor. Zusammen mit dem Feld-
ebel und einem Schreiber war Franz dort
wesen, hatte die vollgestellten Regale,
e Flaschen, Dosen, Gläser gesehen, die
cke mit Mehl, die Fäßchen mit Butter-
malz, Pökelfleisch und die Eimerchen
in den Ecken, gestapelte Kartons und
sten Dinge, aus allen Ecken Europas
stohlen. Franz, der Feldweibel und der
chreiber hatten für die Kompanie Sonder-
pflege einholen müssen, zwei Kognak-
aschen hatte Franz dabei stehlen können,
d weil Franz nichts trank, hatte er mit
inen zwei Flaschen später den Feldweibel
shorchen können.

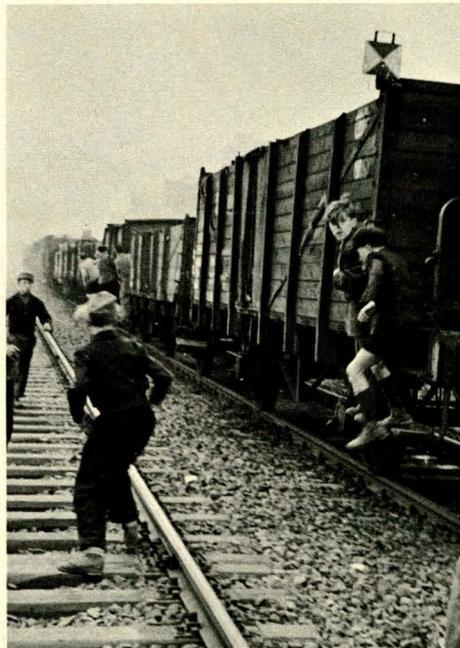
isch mußt du haben mit Stempel, sagte
anz, vom Kommandierenden unter-
hrieben. Damit gehst du auf Schreibstube
n der Marketenderei. Die geben dir eine
mpfangsbescheinigung und damit gehst
u von Kammer zu Kammer und kriegst
a, was sie dir geben wollen. Der Wisch mit
em Stempel, der ist das Wichtigste. Alles
ndere ist dann einfach.

nd Franz bekam den Wisch, wie, hat er
e erzählt, ein Formular mit Stempel und
arin stand: Stärke der Truppe, Anzahl der
ffiziere und Mannschaften und so weiter,
nd das füllte Franz aus und kratzte mit
nem Federhalter in den Stempel eine
nterschrift die niemand lesen konnte.
ajor Panewka heißt das, sagte er, wir
arten bis morgen nachmittag, dann sind
e da alle besoffen. Wer wir, fragte Fänä.
h, sagte Franz, Viehmann und du.
m nächsten Tag war Heiligabend und
änäs Mutter sagte morgens beim
rühstück, mit der Bescherung wird es in
esem Jahr nichts. Wir gehen heut abend
ber zu Krachs, trinken Pülleken Wein.
isbeth und Herta wollen 'nen Kuchen
acken. Die anderen kommen auch. Treib
ich nicht rum und sei pünktlich. Im
olksempfänger sangen Kinder „Leise
eselt der Schnee“. Wart mal ab, sagte
änä, vielleicht kommt der Weihnachts-
ann noch.

egen drei nach Mittag fuhr der Panje-
agen von Bohrs Hof. Auf dem Bock saß
anz, Fänä und Viehmann hockten unter
er Plane. Sie trugen Winter-HJ-Unifor-
nen, schwarz mit Aluminiumknöpfen,
appe mit Schirm und am rechten Ärmel
e weiße Volkssturmbinde.

ls der Wagen am Wiegehäuschen vor dem
üterbahnhof vorbeifuhr rief Franz nach
nten, setzt euch nach vorn, wir kommen
n die Pforte zum Paradies. Er freute sich
af die Feier abends im Stall, wozu er die
achbarn einladen und sie beschenken woll-
mit den Gaben aus dem Vorratslager. Er
nkte den Wagen an die Rampe und zog
e Bremse an. Das Tor zum Vorratslager
and offen und sie sahen in einen langen
ang hinein, rechts und links waren Türen,
nd vorne aus dem Kontor, zu dem eine
reppe hinaufführte, hörten sie Singen und
achen. Die sind in der richtigen Stim-
ung, sagte Franz, also kommt. Die

kletterten vom Bock auf die Rampe,
gingen durchs Tor. Hallo, rief Franz paar-
mal, stieg dann die Treppe hoch zum
Kontor. Wenn das man gutgeht, sagte
Fänä. Sie konnten durch die Scheiben
sehen wie Franz den Wisch auf einen Tisch
legte, redete, nach draußen zeigte, und wie
ein Langer mit Glasauge und offener
Uniformjoppe herumschrie, nicht böse,
mehr so, weil er wahrscheinlich immer
schrie. Dann kamen die beiden die Treppe
runter und der Lange brüllte lachend, na
ihr Bürschchen, wollt den Krieg gewinnen.
Weihnachten nicht bei Papi und Mami.
Nehmt euch, was ihr wollt, sagte er, heute
kommt der Weihnachtsmann. Ist vielleicht
eure letzte Bescherung, ihr Bengelchen.
Soviel brauchen wir nicht, sagte Franz,
sind nur zwei Züge, die heute gekommen
sind und hauen übermorgen schon wieder
ab an die Front. Der Lange stierte sie an.
Wie kann man nur so blöd sein, sagte er,
und schrie nach hinten in den langen Gang,
Kundschaft ihr besoffenen Säcke, hier ist



unsere Wunderwaffe und will Fressen fas-
sen.

Ein älterer Dicker kam schaukelnd und
sabbernd an, stotterte betrunken herum.
Gib ihnen was, schrie der Lange ihn an,
und er kletterte wieder die Treppe hoch,
sang „Wärf an die Motorään, gäbt Voll-
gaas hinein“. Der Dicke in Drillichose
und Unterhemd stolperte an ihnen vorbei,
ging vor ihnen her durch den langen Gang,
öffnete eine Tür und sie standen vor einem
Tresen, dahinter war ein Regal, vollgepackt
bis oben hin mit Flaschen, Konserven,
Gläsern und so weiter. Hier sind die feinen
Spezereien, lallte der Dicke, was darfs sein
meine Herren. Kognak lieben sie sich
geben. Der ist gut beim Kampf um den
Endsieg, sagte Franz, und der Dicke mußte

fast Kotzen vor Lachen. Ölsardinen,
Früchte in Gläsern und anderes was sie
nicht kannten, schob der Dicke über den
Tresen. Viehmann und Fänä schleppten
alles zum Panjewagen. Aus einer anderen
Kammer holten sie Mehl, Butterschmalz
und Öl, einen großen Schweineschinken
bekamen sie, Zucker und paar Arme voll
Kommißbrot.

Schnell raus, sagte Franz als sie das Zeug
bis zum Hals auf gestreckten Armen durch
den langen Gang zur Rampe schleppten.
Der Glasäugige kam nochmal die Kontor-
treppe runter zur Rampe, guckte unter die
Plane in den Panjewagen und schrie, das ist
ja für zwei Kompanien, na haut ruhig ab,
fröhliche Weihnachten und ein glückseliges
Heilhitler. Franz löste die Bremse, schnalzte,
schlug die Zügel leicht auf die Pferde,
streichelte sie mit der Peitsche und im
kurzen Trab fuhren sie los am Wiegehäu-
schen vorbei und Viehmann und Fänä
verschwanden wieder unter der Plane.

Tünnemann, Sugga und Zünder hatten den
Stall geschrubbt und gekehrt und ge-
schmückt. Strohsterne hingen von der
Decke und an die Decke stieß auch der
Tannenbaum, voll mit Kerzen aus Hinden-
burglichtern geknetet und behängt mit den
Silberstreifen aus amerikanischen Bom-
bern, und um den Weihnachtsbaum herum
im Kreis lagen Strohballen zum Sitzen und
über paar Futterkästen lag ein Bettuch,
weiß wie Schnee den es draußen nicht gab,
und auf diesen Gabentisch waren die guten
Sachen gepackt. Es roch nach Harz, ver-
brannten Tannenzweigen, Pferdeschweiß
und Kerzenwachs, und als Fänä die Stalltür
öffnete und die Leute hereinkamen, war es
wie mitten im Frieden. Das ist nicht zu
fassen, sagte Makewka. Die Frauen
schnüffelten und Viehmanns Opa weinte
laut. Franz begrüßte die „lieben Nachbarn
und Freunde“, wurde geküßt und Ah und
Oh riefen alle am Gabentisch, man setzte
sich auf das Stroh um den Tannenbaum.
Kognak machte die Runde, sie lutschten
Pralinen und Schokolade, rauchten Zigar-
ren, sangen „O Tannenbaum o Tannen-
baum wie grün sind deine Blätter“. Der
kleine Pottmann hielt eine Rede, die zu
lang geriet, so daß Berta Niehus flüsterte,
komm zu den Schlaffolgerungen. „Still
senkt sich die Nacht hernieder, rings das
Land liegt tief verschneit“ sang der kleine
Pottmann vor und der Regen klatschte
dabei aufs Dach, aber die letzte Strophe
sangen alle andächtig mit: „Lange Nacht,
nun tagt es wieder, Friedenstraum wird
Wirklichkeit, zukunfts froh erklingen Lie-
der, o du schöne Weihnachtszeit.“ Fänä
begleitete auf der Mundharmonika, Sugga
hatte den Kopf an seine Schultern gelegt
und Viehmann, der eine belgische Zigarre
zwischen den Lippen hatte, ziemlich be-
nebelt, Augen halb geschlossen, sagte, ich
hör die Engelkes singen. Man hörte von
weitem Bombeneinschläge. Aber in dieser
Nacht gingen sie nicht in den Bunker.

aus ZÜNDSCHNÜRE von Franz Josef
Degenhardt. Das Buch erscheint im März
1973 bei Hoffmann und Campe.

Haken- kreuz im Schreine ...

Dietrich Kittner, Polit-Kabarettist, wurde wieder einmal NS-pfündig:

Bei einem Gastspiel im Bielefelder Haus des Handwerks im Rahmen der IG Metall-Polit-Revue „Jugendreport 72“ entdeckte er in einem Unterrichtsraum der Bielefelder Handwerkskammer, in dem Jugendhandwerker weitergebildet werden und der den Künstlern als provisorische Garderobe zur Verfügung gestellt wurde, einen altar-artigen Aufbau an der Stirnwand des Raumes.

Unter den Worten „Ehre, Arbeit, Brot und Friede“ prangte auf dem Schrein unübersehbar ein kunstvoll geschweißtes Hakenkreuz.

Auskunft des Hausmeisters: das steht schon seit Jahren hier und niemand nimmt Anstoß daran. Bevor Kittner im Programm zu seinem Anti-Neonazi-Lied (Refrain: wir packen's an, wir lassen die Faschisten nicht mehr ran) ansetzte, stellten zwei ebenfalls mitwirkende Kollegen vom Kabarett Münchner Hammersänger das

corpus delicti unauffällig auf die Bühne. Nach Absingen der 1. Strophe enthüllte Kittner das Machwerk vor dem Publikum, um „zu beweisen, daß sein Lied gegen die braunen Brüder leider keineswegs unzeitgemäß“ sei und forderte das Publikum auf, Strafanzeige gegen die Handwerkskammer nach den einschlägigen Paragraphen zu erstatten.

Zwei erste Erfolge: die 700 anwesende Metall-Lehr-

linge sangen Kittners Lied „brausend“ mit.

Der Pächter des Lokals im Haus des Handwerks erschien und stellte sich erregt und schützend vor das Nazi-Machwerk.

Zitat: „Wenn die Sache öffentlich ruckbar wird, kommen Gewerkschaften und SPD nicht mehr in diesen Saal.“

Und: „Das ist Privateigentum. Das wird bei uns geschützt.“

Kittner danach: „Die Wirklichkeit ist manchmal schlimmer, als man sie im Kabarett darstellen kann. Ich bedauere es außerordentlich, daß ich nicht Hammer und Meißel im Tourneegepäck gehabt habe, um dieses Sau-Emblem auf offener Bühne abzustemmen. Den Prozeß hätte ich dann gern auf mich genommen. Wozu singe ich sonst ‚Wir packen's an?‘“

Vielleicht wird es um den Hakenkreuz-Schrein nun doch noch einen Prozeß geben. Der engagierte Kabarettist erstattete heute bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld schriftlich Strafanzeige gegen die Handwerkskammer der Oetker-Stadt.



Stille Nacht, heilige Nacht

Stille Nacht, heilige Nacht!
Weihnachtsgeld wird gebracht
durch Herrn Ruprecht vom Lo-hohnbüro.
Schweigend geht die Belegschaft auf's Klo,
zählend, wie viele Krümel
gnädig vom Herrntisch gefallen.

Stille Nacht, heilige Nacht!
Falscher Trost. Oh, wie lacht
der Direktor mit randvollem Mund,
singt uns gnädig zu göttlicher Stund:
„Arbeitsfriede auf Erden!“
Wir fallen mal wieder drauf rein.

Billige Nacht, eilige Nacht!
Ratenkauf, leichtgemacht
durch der Engel Alleluja.
Die gehören zum Werbe-Etat.
Denn der Vater im Himmel
ist Präsident vom Konzern.

Stille Nacht, heilige Nacht!
Lichterbaum angemacht.
Und ein liebliches Liedlein gesingt!
Und ein Eierlikörchen getrinkt!
Und die Kinder geprügelt,
bis sie hübsch andächtig sind.

Gute Nacht, peinliche Nacht!
Fernsehspiel ausgemacht.
Und im Magen ein flaeses Gefühl,
weil die Liebe nicht hochkommen will.
Noch zwei Nächte zum Schlafen.
Dann wieder rinn in' Betrieb!

Stille Nacht, heilige Nacht!
Weihnachtsfest rumgebracht.
Großes Gähnen im Portemonnaie.
Überstunden tun immer noch weh.
Falschen Frieden auf Erden
feierten wir mit den Herrn.

Wilde Nacht, streikende Nacht!
Eines Tages, nicht ganz sacht,
peifen wir auf die Gnade der Herrn,
übernehmen mal wir den Konzern
und die Führung im Staate.
Das wird ein Weihnachtsfest wer'n!!!

Dieter Süverkrüp

HALLPLATTEN ★ SONGS ★ MODE

und so weiter

Es tönt
nicht alles
gut, was
sich HiFi
nennt

Der gute Ton im Wohnzimmer gehört fast schon zum guten Ton. Die HiFi-Stereoanlage zählt heute zu den begehrtesten Anschaffungsobjekten. HiFi-Enthusiasten glauben, sie zaubere den Originalklang der Konzertsalaufnahme unverfälscht in die gute Stube. Nach einer vielzitierten Definition ist eine Wiedergabe dann HiFi-gerecht, wenn sich Lautsprecher- und Originalklang nur noch mit Hilfe von Messungen oder durch direkten Vergleich unterscheiden lassen. Danach dürften HiFi-Geräte in ihrer Klangqualität vom Hörer kaum oder überhaupt nicht zu unterscheiden sein. Entspricht diesem Ideal



auch die HiFi-Wirklichkeit? Nach den Ergebnissen eines Lautsprechertests, den die STIFTUNG WARENTEST West-Berlin, durchführte, läßt sich diese Frage nur mit erheblichen Einschränkungen bejahen. Im Test waren 22 Lautsprecher der Leistungsklasse 20 bis 30 Watt

zu Preisen zwischen 185 und 375 Mark pro Box. Laut Herstellerangabe besitzen alle geprüften Fabrikate HiFi-Qualität, doch im Test reiften nicht alle HiFi-Blütenträume: Nicht alles, was sich HiFi nennt, verdient diese Bezeichnung. Maßstab für die HiFi-Qualität eines Lautsprechers ist die HiFi-Norm DIN 45 500. Sie legt die Mindestanforderungen und Prüfmethoden fest. Fast alle Hersteller verweisen in ihren Prospekten auf diese Norm. Bei den elektroakustischen Messungen erfüllten aber sieben Modelle die Norm-Anforderungen nicht. Die Klangqualität eines Lautsprechers läßt sich jedoch nicht allein nach Meßwerten beurteilen. Denn nicht alle akustischen Eigenschaften können durch Messungen erfaßt werden. Eine Klangbeurteilung durch eine Hörprüfung ist deshalb unerlässlich. Allerdings sind bei solchen Prüfungen nur relative Vergleiche möglich. Die Urteile über den Klingeindruck sagen also nur etwas über die Klangqualität der jeweiligen Box im Ver-

hältnis zu den anderen getesteten Geräten aus.

Bei der Hörprüfung ging es in erster Linie um die Natürlichkeit der Wiedergabe, was ja die HiFi-Qualität einer Box kennzeichnet. Sprache und Einzelinstrumente eignen sich wegen ihres charakteristischen Klanges dafür am besten. Außerdem wurde die Wiedergabe eines Sinfonie- und eines Tanzorchesters beurteilt. In insgesamt 132 Hörvergleichen registrierten sieben Akustik- und HiFi-Experten jede Klangnuance oder -verzerrung, bewerteten Brillanz und Klangvolumen. Dabei stellten sich Unterschiede in der Klangqualität heraus, die bei HiFi-Boxen dieser Preisklasse mit der Vorstellung von High Fidelity nicht ganz in Einklang zu bringen sind.

Insgesamt erhielten sechs Fabrikate die Note „gut“: Blaupunkt Lab 308 (ca. 275 DM), Schaub Lorenz B 530 m (ca. 320 DM), Klein + Hummel TX 2 (ca. 330 DM), Heco P 3000 (346 DM), Saba FL 40 G (348 DM) und Braun L 500/1 (375 DM). Sechs Boxen waren „weniger zufriedenstellend“.

Übrigens



Die Polit-Rock-Gruppe Hotzenplotz aus Stuttgart mußte ihren Namen ändern. Der Thiene-mann-Verlag, der die Kinderbücher vom Räuber Hotzenplotz verlegt, erwirkte am Gericht eine einstweilige Verfügung. Die Polit-Band nennt sich jetzt „Volks-Musik“. Ende Oktober trat die „Lokomotive Kreuzberg“ im Mengeder Saalbau auf. Veranstalter war das Jugendmagazin elan zusammen mit der SDAJ. 350 Jugendliche gingen beim „Kollegen Klatt“ begeistert mit. Die Berliner Polit-Rock-Band mußte am Schluß noch einige Zugaben bringen, bevor sie ihre Anlage zusammenpacken konnte.

Jeden Krimi wieder...

1. Es wird ständig geraucht.
2. Es steht überall und zu jeder Zeit etwas zum Trinken da.
3. Es wird demzufolge auch immerzu getrunken.
4. Dies bewirkt, daß niemand betrunken wird.
5. Die Kriminalkommissare reden meistens recht witzig, so daß man sich fragt, weshalb sie nicht statt zur Kriminalpolizei zum Kabarett gegangen sind.
6. Die Täter, die in rasendem Tempo verfolgt werden, geraten dadurch natürlich in einen Zustand hochgradiger Nervosität. Am Ende der Hetzjagd beneh-

men sie sich ganz und gar abgefemt.

7. Die Autos der Flüchtenden wie auch der Verfolger springen im Bruchteil einer Zehntelsekunde an.

8. Falls keine eigenen Autos beziehungsweise keine vorhanden sind, die man mit Leichtigkeit klauen kann, so kommt im entscheidenden Moment immer gerade ein leeres Taxi vorbei.

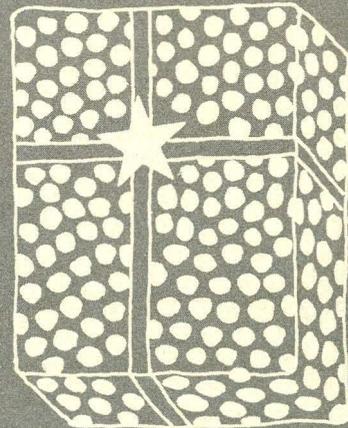
9. Die Wagen treffen überraschend mit einer Geschwindigkeit von mindestens 200 km/h auf eine überraschende Straßensperre.

10. Falls der Wagen des Täters nicht an der Straßensperre zerschellt, so kann er auch mitsamt den Insassen von einer fünfzig Meter hohen Klippe ins Meer (brodelnde Gischt) hinabstürzen. Dies spart allemal die Gerichtskosten.

Felix Mantel



Platten Bücher elan-Kalender '73



Wem der Schuh paßt...

Nach dem Willen der großen Schuhproduzenten soll das weibliche Geschlecht auch im kommenden Winter auf „großem Fuß“ leben. Daß dieser Wunsch jedoch nicht ganz gefahrlos ist, haben viele modebewußte Mädchen feststellen

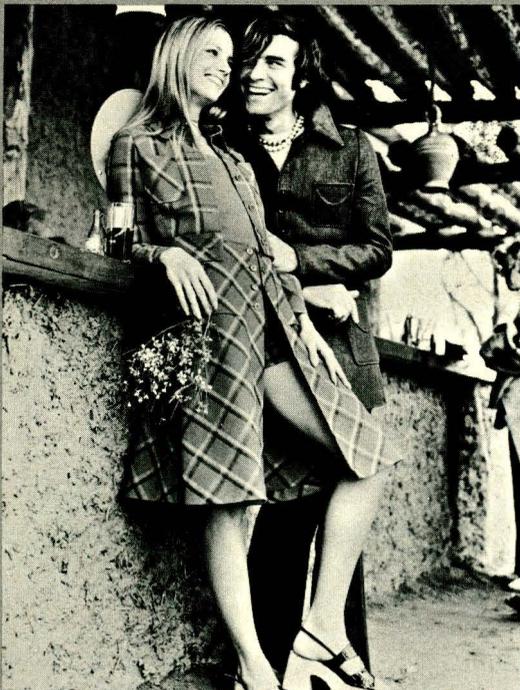
müssen, die mit schmerzhaften Bänderzerrungen und Brüchen der Fußknochen ihren Arzt aufsuchen mußten.

Denn die modischen Schuhe mit Plateausohlen sind reinste Stolperschuhe! Besonders gut sehen sie nicht gerade aus, praktisch sind sie auch nicht und fußgerecht sind sie erst recht nicht. Dafür aber sind diese Schuhe mit den unbeweglich dicken Sohlen und den viel zu hohen Absätzen der „letzte Schrei“, und im nächsten Sommer sollen nach der neuesten Vorhersage die Sohlen noch dicker und die Absätze noch höher werden.

Fest steht jedoch: Dieses Schuhwerk paßt sicherlich am besten den Schuhproduzenten selbst, die daran riesige Profite machen. Sehen lassen können sich die Preise in den Schuhgeschäften: Zwischen 50,- bis 80,- DM muß man herausrücken, um dieses modische Machwerk zu erstehen.

Wir meinen: Neue Schuhmoden sollten auf jeden Fall unter Mitwirkung einiger Fachärzte für Orthopädie entstehen, die heute das an Fußschäden bei vielen Mädchen und Frauen kurieren müssen, wofür die gewinnstüchtige Schuhindustrie verantwortlich ist.

Wer auf hohem Fuße leben will, sollte beim Gehen und Stehen festen Halt suchen. Umknicken kann bei Plateausohlen recht unangenehm werden.



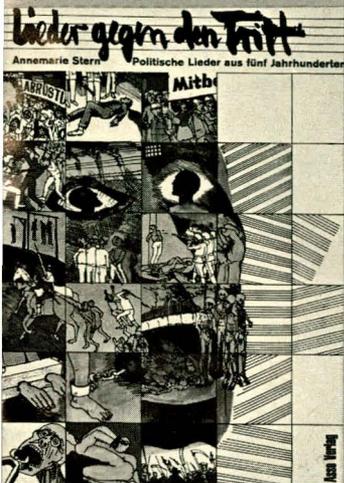
Das Berliner Ensemble hat mit seinen Aufführungen der „Tage der Commune“ in der ganzen Welt einen riesigen Erfolg gehabt. Wer diese Aufführung zu Hause miterleben möchte, für den gibt es eine Kassette mit drei Langspielplatten und einer Beilage mit Bildern und Texten. **Tage der Commune, Weltkreis-Verlag-GmbH, Dortmund, 42,- DM**

Diese Langspielplatte bringt eine Auswahl bekannter deutscher und internationaler Kampflieder der Arbeiterbewegung. Und das zu DDR-Preisen: die LP für 12,10 DM!

Völker, hört die Signale, Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, 12,10 DM

CHALLPLATTEN ★ SONGS ★ MODE

und so weiter



Als bei einer geheimen Zusammenkunft des Bundschuh der Bauernführer Conz Annahas im Jahre 1526 sein Lied gegen die Schinder und Schaber des Volkes sang, wurde er von den Bütteln der Ritter ergriffen und unter Folterungen einem Verhör unterzogen, dessen Protokoll den Text seines Liedes aus dem Großen Deutschen Bauernkrieg überliefert hat.

Auch in der Zukunft blieb es gefährlich, revolutionäre und freiheitliche Lieder zu singen. Über fünf Jahrhunderte wird in diesem Buch das politische Lied dargestellt, vor allem in Deutschland und der Bundesrepublik. Im Anhang werden auch bekannte ausländische Kampflieder abgedruckt.

Dieses Buch erzählt 500 Jahre Geschichte des Kampfes der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker in Versen und Noten, in der Sprache der unmittelbar Betroffenen. Vielleicht bringt es uns darum auch diese Geschichte näher als manches andere trockene Geschichtsbuch.

Lieder gegen den Tritt, Annemarie Stern, ASSO-Verlag, 450 Seiten, 22,- DM.

Lorenz Graham, ein farbiger Schriftsteller aus den USA, schildert in diesem Buch die Lage der Farbigen in den Südstaaten. Er berichtet von den alltäglichen Demütigungen, denen sie ausgesetzt sind. Als sich Ed Williams weigert, als farbiger Facharbeiter für den Lohn eines Hilfsarbeiters zu arbeiten, rotten sich einige

Weißer zusammen, um den „Nigern“ zu zeigen, wo ihr Platz in der Gesellschaft ist. Aber es läuft nicht alles, wie geplant. Denn auch die Farbigen schließen sich zusammen. Und einige Weiße stoßen zu ihnen. Es kommt zu einem blutigen Kampf. Ein junger Weißer, der auf der Seite der Farbigen steht, wird erschossen. **Stadt im Süden, Lorenz Graham, Deutscher Taschenbuch-Verlag, 151 Seiten, 3,80 DM.**



Ein ungewöhnliches Mädchen ist Vera Storm, Tochter aus „gutem Hause“. Schon als Kind will sie allen Dingen auf den Grund gehen. Während ihrer Lehrzeit findet sie zum Kommunistischen Jugendverband und wird Mitglied der KPD. Als Kommunistin kämpft sie Anfang der 30er Jahre auch in China weiter, wo sie den Partisanen Kai kennenlernt. Ruth Werner hat diese Lebensgeschichte spannend erzählt. Das Buch ist auch gut dazu geeignet, z.B. auf einem Gruppenabend gelesen zu werden. Es sind genug Stellen darin, über die es sich lohnt zu diskutieren. Habt ihr an eurem Ort Kontakt zu Schauspielern? Ladet sie doch einmal zu einer Vorlesung ein, anschließend mit Diskussion über das Kapitel.

Ein ungewöhnliches Mädchen, Ruth Werner, Verlag Neues Leben, 304 Seiten.

In knappen Abschnitten, ähnlich Kurzgeschichten, zeigt Richard Limpert Erichs Weg als Arbeiterkind durch Schule, Lehre, Krieg und Gefangenschaft bis zur Rückkehr in die schon wieder etablierte westdeutsche Gesellschaft, die längst wieder zur Tagesordnung übergegangen ist. Dabei geht es weniger um das Einzelschicksal als darum, am Beispiel von Erichs Erlebnissen und Reaktionen diese Zeit deutlicher zu machen und Ansätze möglicher Konsequenzen zu zeigen.



Dem Widerstand gegen den Faschismus sind schon viele Bücher gewidmet worden. Aber dieses ist etwas besonderes: hier wird der Widerstand gegen Hitler in Briefmarken dokumentiert. Die Marken sind nach Ländern geordnet – von Albanien bis Jugoslawien. Jedesmal wird eine Einführung gegeben, die die Rolle des betreffenden Landes im zweiten Weltkrieg und die Bedeutung des Wider-

standes berichtet. Das Buch ist in internationaler Zusammenarbeit entstanden. Herausgeber ist die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer. In der Bundesrepublik hat der Röderberg-Verlag die Vertriebslizenz.

Dies ist ein heißer Geschenktyp für alle elan-Leser: Der elan-Kalender für 1973! Mit 12 großen Vier-Farbbildern! Format: 32,5 x 48 cm. Und das alles für 4,80 DM. Zu haben beim Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Der widerstand gegen hitler-deutschland im spiegel der briefmarke

INTERNATIONALE FÖDERATION DER WIDERSTANDSKÄMPFER (I.F.W.)

